

hast Du schon von irgend einer Seite vernommen, daß ich um Rückversetzung nach Glogach angesucht. Die Wohnungsfrage und familiären Verhältnisse zwingen mich dazu, natürlich kann das nur ein Provisorium sein; denn so wenig ich noch mit meiner überzeugt sozialistischen Weltanschauung in den kirchlichen Aberglauben jener passe, denen der römisch-katholische Kult das Innenleben geraubt, so wenig bin ich gesonnen, mich dort zu vergraben. Wüßten die Glogacher, wie sie mich wieder kriegen, sie möchten sich gegen meine Wiederanstellung verwahren." Und dann kommt eine Mitteilung, die das Privatleben betrifft. (Oberzaucher: "Das ist ein Privatbrief, den verlesen Sie!") Ich meine, so hat das der Oberlehrer Stark gemacht. Seinem guten Freunde schreibt er einen Brief, damit es die Glogacher wissen, wie er hinkommt, wie er selbst nicht dortbleiben will, wie er ihren Glauben als Aberglauben bezeichnet. Glauben Sie, wenn die kirchentreue Bevölkerung von Glogach erfahren muß, in welcher Absicht ihr Oberlehrer zurückkehrt, daß sie ihn mit Freuden empfangen wird? (Wolff: "Dafür hat der Kaplan Gutmann gesorgt!") Glauben Sie nicht, daß förmlich der Widerstand der Glogacher gegen den Oberlehrer Stark von ihm selbst bestellt war auf Grund dieses Briefes? Ich glaube, in diesem Falle ist wohl gar kein Grund vorhanden, über Terror zu klagen, das würden auch Sie sich nicht gefallen lassen, daß ein Mann unserer Seite Ihre Kreise in dieser Weise provoziert. (Aust: "Was war denn dann in Pölsing-Brunn? Das gehört doch zum Fall Stark dazu!") Ich glaube, Herr Kollege Aust, Sie wissen das. (Aust: "Nein, das weiß ich nicht.") Ich meine, ich habe den Fall erzählt, den ich kenne. Sie dürfen mir glauben, in diesem Falle brauche ich aus meinem Herzen keine Mördergrube zu machen. Wir alle in Weiz wären froh, wenn wir den Oberlehrer Stark weg hätten. Das Hindernis, daß er nicht nach Pölsing-Brunn kommt, besteht gewiß nicht bei den Weizener Christlichsozialen. Wir geben ihn Ihnen geschniegelt und gebügelt, serviert auf dem Präsentierteller. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Hohes Haus! Ich habe mich bemüht, die Ausführungen des Herrn Abg. Gföllner zu widerlegen. (Wallisch: "Ohne Erfolg!") Ich darf feststellen, daß die Grundsätze der Sparsamkeit, der Einfachheit und der Wirtschaftlichkeit, die der Herr Finanzreferent aufgestellt hat, nach unserer Ansicht im Voranschlage erfüllt sind. Trotz Bedenken, die wir bei der Spezialdebatte vorbringen werden, geben wir die grundsätzliche Erklärung ab, für den Voranschlag zu stimmen und somit zum Ausdruck zu bringen, daß wir uns der Verantwortung und der Pflicht bewußt sind, auch dem Lande zu geben, was des Landes ist. (Lebhafter Beifall bei der Einheitsliste.)

Präsident: Als nächster Redner gelangt zum Worte Herr Landesrat Dr. Hübler. Ich erlaube mir aber zu bemerken, daß es Beschluß der Parteien ist, daß die Sitzung um 1 Uhr zu unterbrechen wäre, und ich möchte bitten, daß der Herr Landesrat darauf Rücksicht nehmen wolle. (Zwischenrufe: "Vielleicht unterbrechen wir gleich!")

Dr. Hübler: Wenn das hohe Haus einverstanden ist, würde ich bitten, die Sitzung jetzt zu unterbrechen und sie um 3 Uhr weiter fortzusetzen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 50 Minuten unterbrochen und vom Präsidenten Kölbl um 15 Uhr 5 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich eröffne die Sitzung wieder und fahre fort in der Behandlung der Tagesordnung. Der nächste Redner in der Generaldebatte ist Landesrat Doktor Hübler. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hübler: Hohes Haus! Bei Verabschiedung des heurigen Budgets hat sich der hohe Landtag entschlossen, den Landesvoranschlag mit dem Abgang von 5·4 Millionen Schilling zu verabschieden. Im vorigen Jahre hat sich der Landtag bemüht, ein fast bis auf den Heller ausgeglichenes Budget herzustellen. Es würde also scheinbar in der Auffassung des Landtages von heute und der im Vorjahre ein gewisser Abstand bestehen, und doch kann und muß festgestellt werden, daß der heurige Voranschlag eine organische Weiterentwicklung des Voranschlages des vorigen Jahres ist. Es sei aus Gründen der Gerechtigkeit festgestellt, daß der vorherige Finanzminister Dr. Gürkler und seine damaligen Mitarbeiter im Finanzreferate die Grundlage geschaffen haben, die Prearablewirtschaft und das sogenannte steirische Finanzgesetz, auf dem auch der Finanzreferent in diesem Jahre erfolgreich weiterarbeiten konnte. Wir haben im Vorjahre ein Minimal- und ein Maximalprogramm aufgestellt gehabt. Wir haben die Wünsche, für die keine Bedeckung vorhanden war, auf das Maximalprogramm verwiesen. Die Hoffnung auf eine Besserung der Einnahmen hat sich leider nicht erfüllt und so ist das Maximalprogramm unerfüllt geblieben. Der steirische Landtag ist in diesem Jahre einen anderen Weg gegangen. Er hat den Abgang mit in Kauf genommen, er ist für den unbedeckten Abgang mit eingetreten und in dieser Tatsache liegt ein gewisser Wirtschaftsoptimismus des Herrn Finanzreferenten, wie ja bereits heute ein Redner bemerkte, daß die Lage, die aufsteigende Kurve keineswegs eine derartige ist, daß man mit voller Sicherheit auf den bedeutenden wirtschaftlichen und schönen Aufschwung rechnen kann. Es liegt aber eine gewisse Überzeugung darin, die wir mit dem Herrn Finanzreferenten teilen, daß eine Auseinandersetzung zwischen Bund und Land bezüglich der Abgabenteilung endlich einmal in der ungünstigen Behandlung der Länder einen Wandel schaffen muß. Auch das heurige Budget muß also mit Recht als eine Fortsetzung des Gürklerbudgets, als ein Budget der Ordnung, der Klarheit bezeichnet werden und diese Bezeichnung verdient das Budget auch, wenn man seinen Aufbau betrachtet. Es empfiehlt sich durch eine Klarheit und Durchsichtigkeit des Aufbaues der einzelnen Kapitel und ich kann mit Befriedigung feststellen, daß sich das Land zu gewissen Aufbaureisen bekennt, die unbedingt notwendig zu erfüllen sind, wenn sie auch in der Gesetzgebung des Bundes im Rahmen des Gesetzes nicht ausdrücklich den Ländern als Pflichtleistungen zugeschoben werden sind. Ich möchte betonen, daß es mich freut, daß das Kapitel für körperliche Ertüchtigung eine gewisse Zu-

sammenfassung erfahren hat dadurch, daß das Land für diesen wichtigen Titel der Erziehung und Gesundheitspflege ein offenes Bekenntnis abgelegt hat. Es ist außerordentlich wichtig, daß in das Wirrwarr der Subventionen eine gewisse Klarheit hineingekommen ist. Es ist wichtig, daß aus dem Kapitel 7 die Posten Sanitätsanstalten herausgehoben wurden und an einem besonderen Platz erscheinen. Ebenso ist es zu begrüßen, daß die Invalidenverbände in diesem Kapitel einer besonderen Beurteilung unterzogen wurden. Es freut mich, daß im heurigen Budget eine gewisse großzügige Einstellung auf produktive Befähigung im Landeshaushalt bemerkbar ist. Es ist namentlich in der schon erwähnten Behandlung des Straßenproblems von dem Grundsatz mit Erfolg ausgegangen worden, die Mittel nur auf einige Bezirke zu verteilen. Es sind großzügige Projekte ausgearbeitet worden und ich erinnere daran, daß das erstemal für so ein großzügiges Programm wie die Packstraße, die Gesäusestraße, die energische Inangriffnahme durch eine Finanzierung gegeben erscheint. Ich kann auch mit besonderer Genugtuung feststellen, daß das erste Mal das Kapitel Gewerbe-förderung als ein eigenberechtigtes Kapitel ausscheidet und dotiert ist und daß für Gewerbe-förderung und Fremdenverkehr 60.000 S eingestellt sind. Es ist dies eine Summe, die nach den Wünschen der Gewerbetreibenden und nach meinen eigenen Wünschen größer sein könnte, die aber für den Anfang zweifellos die Möglichkeit gibt, auf dem Gebiete Ersprießliches zu leisten. Ich möchte gleich betonen, daß ich in der Gewerbe-förderung denselben Weg einzuschlagen gedenke, der auch in der Landeskultur der einzig richtige und gangbare Weg ist, nämlich den Weg der Beispielwirtschaft, des Beispielgebens. Es ist klar, daß die Landesfinanzen nicht in der Lage sind, solche Mittel für Gewerbe-förderung aufzubringen, daß man eine Art charitative Gewerbe-förderung mit Erfolg durchführen, jedem einzelnen zusammenbrechenden Gewerbetreibenden helfen kann. Diese Mittel sollen nur dazu verwendet werden, um Beispiele aufzustellen, welche den Gewerbetreibenden zur Selbsthilfe anregen. Es ist überhaupt vielleicht gerade für unsere österreichische Bevölkerung eine Hauptaufgabe, daß die Behörden, daß die Regierung, ihnen ein Beispiel gibt, wie sie sich selbst helfen soll.

(Präsident R e g n e r übernimmt den Vorsitz.)

Im Deutschen Reich ist die Selbsthilfe vorbildlich gegenüber unseren Verhältnissen und so meine ich, wenn ich gestern ganz ernstlich unter diesem Kapitel die Kredithilfe für Kleingewerbetreibende angeschnitten habe, daß es möglich sein wird, mit einer verhältnismäßig geringen Summe, doch einen großen Kreis von Kleingewerbetreibenden mit einem billigen Kredit zu versehen. Dann endlich handelt es sich darum, dem Kleingewerbetreibenden, dem es heute unmöglich ist, sich einen Kredit von 200, 300 bis 400 S zu verschaffen, zu helfen.

Es ist im Kapitel Gewerbe-förderung auch eine Post für gewerbliche Ausstellungszwecke enthalten: Eine korrespondierende Post mit einer Post im Kapitel Landwirtschaft. Wir wissen, daß die 800-Jahrfeier der Stadt Graz Gelegenheit geben wird, die schaffenden

Stände der Steiermark in ihrem Wirken auf dieser Ausstellung zu zeigen. Es muß daher auch das Land Steiermark hier einen kleinen Beitrag für jene Teile der Ausstellung leisten, die vom steierischen Gewerbe bei diesem Anlasse dargeboten werden wird.

Zum Kapitel Fremdenverkehr möchte ich betonen, daß ein Betrag eingesezt ist, der das erste Mal unter Pauschalkredit für Fremdenverkehrsförderung erscheint. Das bedeutet aber nicht, daß der hochverdiente Landesverband für Fremdenverkehr ausgeschaltet werden soll, im Gegenteil, ich kann nur wiederholen, daß es das Bestreben meines Referates sein wird, dem hohen Hause ein Fremdenverkehrsgesetz vorzulegen, das allen modernen Anforderungen entspricht, das aufgebaut ist auf den Erfahrungen, welche die anderen Fremdenverkehrsländer Österreichs auf diesem Gebiete gesammelt haben und daß es ein Zusammenarbeiten mit den drei Kammern, mit den Interessenten, mit der Landwirtschaftskammer, mit der Kammer für Arbeiter und Angestellte und mit der Handelskammer, eine Zusammenfassung, ich möchte sagen, der gesamten am Fremdenverkehr interessierten Kräfte der Steiermark, darstellen soll. Es soll dadurch möglich werden, daß nicht nur das Land eine Subvention gibt, sondern daß alle interessierten Kreise unter Hinzuziehung zur Mitarbeit und Kontrolle zur Beitragsleistung herangezogen werden.

Im Kapitel Gewerbe-förderung möchte ich auch auf die Behandlung des Gewerbes im Kapitel Steuern zu sprechen kommen. Ich möchte da kurz meine Stellungnahme zum Abbau der Lohn- und Gehaltsabgabe behandeln. Die Lohn- und Gehaltsabgabe wird vom gesamten Gewerbebestand überhaupt als eine ungerechte, weil produktionsstörende Steuer, empfunden. Ihr Abbau wird energisch verlangt. Wir wissen, daß es gar nicht in unserem Bereiche liegt, auch wenn wir wollen, alle diese Abgaben fallen zu lassen, weil sie uns vom Bunde als eine der Steuerfäulen zugewiesen wurden, weil wir diese Säulen nicht ohne weiteres abtragen können, ohne den ganzen Bau zu gefährden. Aber mit dieser Steuer ist für Kleingewerbetreibende eine solche Fülle von Zeit verbunden, Arbeit, die als Schikane empfunden wird. Es ist bekannt, daß eine Vereinfachung des Bekenntnisses eine Hauptforderung der Gewerbetreibenden ist und erfreulicherweise wurde diesem Petite Rechnung getragen. Es wird noch eine Verordnung des Landes die Möglichkeit geben, auch im Verordnungswege alles das, was zur Klarheit der Einhebung geschehen kann, zu regeln. Es hat der Finanzreferent zugesagt, im Wege von Verhandlungen mit den Vertretern der Gemeinden und dem Gewerbeverband zu beraten, wie man diese Steuer am einfachsten und ohne jede Schikane einheben könnte. Ich möchte nur meiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß die Pauschalierung der Lohn- und Gehaltsabgabe für Gewerbetreibende eine ganz besondere Erleichterung, weil Vereinfachung bedeutet. Die Zahl der lohn- und gehaltsabgabepflichtigen Betriebe beträgt 12.250 und durch die Einbeziehung von Betrieben mit nur drei Arbeitern in die Pauschalierung werden im ganzen 5200 Betriebe erfaßt. Es ist also schon ein großer Teil sämtlicher Betriebe, und zwar gerade derjenigen Be-

triebe, für die die umständliche Einbekennung am quälendsten war, in die Pauschalierung einbezogen. Die weitere Erleichterung auf fünf Arbeiter, die verlangt wurde, würde eine viel kleinere Gruppe erfassen, nur mehr 800 Betriebe, und es trifft bei diesen eine gewisse Schwierigkeit in Bezug der Aufteilung der Steuer ein. Ich glaube also mit dem Gesagten feststellen zu können, daß für die Gewerbetreibenden eine bedeutende Erleichterung eingetreten ist, die die Gewerbetreibenden selbst heute noch nicht einmal so absehen können.

Was das Budget bezüglich der Frage der Angestellten und Lehrer des Landes betrifft, so ist da ein wichtiges Ereignis zu verzeichnen, ein Ereignis, dessen Verwirklichung von allen Parteien des hohen Hauses schon seit längerer Zeit angestrebt wurde, nämlich die Angleichung der Bundesangestellten an die Angestellten des Landes. Die finanzielle Beseitigung der unseligen Doppelgeleisigkeit, deren Auswirkung wir dadurch zu verspüren hatten, daß Beamte, die an einem Tische sitzen, die den gleichen verantwortungsvollen Dienst leisten, sich einer verschiedenen finanziellen Behandlung ausgesetzt sahen. Durch die Auswirkung auf Grund der Bundesgehaltsgesetznovelle und der in ihrer Durchführung im Lande vollzogenen Angleichung erscheint der Unterschied in den Bezügen der ehemaligen Bundesangestellten und den alten autonomen Landesangestellten bis auf eine ganz geringfügige, kaum 2 Prozent betragende Spannung, beseitigt. Wir begrüßen diese Tatsache mit Genugtuung, ebenso wie wir uns allen Bestrebungen der Parteien mit Teilnahme und Mithilfe widmen, die darauf ausgegangen sind, die Wünsche der Lehrerschaft und Angestellten des Landes zu erfüllen. Es haben mit beiden Gruppen Verhandlungen stattgefunden, um einerseits den guten Willen nach Kräften zu helfen, zu bekunden, andererseits auch die außerordentlich schwierige Lage des Landes, die sich im hohen Abgang kundgibt, den betreffenden Angestelltengruppen kundzutun. Ich glaube, daß die Angestellten aus den Verhandlungen den Eindruck gewonnen haben müssen, daß es den Parteien des Hauses ernst sei mit ihren Zusicherungen, die Wünsche dieser Angestelltengruppen voll zu erfüllen, sobald es die finanzielle Lage des Landes erlaube.

Im Budget ist besonders etwas, was noch mit großer Genugtuung festgestellt werden darf, nämlich, daß der Gedanke der produktiven, volkswirtschaftlichen Hilfe zu Tage getreten ist in einzelnen Aktionen, die in ihrer Auswirkung im Budget eingebaut erscheinen. Ich erinnere da an die Aktion der Übernahme der Bahn Birkfeld—Ratten, durch welche die wirtschaftliche Verödung eines wichtigen Gebietes der Oststeiermark verhindert wurde. Ich erinnere an das Rußlandgeschäft, das wir im gestrigen Landtage verabschiedet haben und das der oststeirischen Industrie, dem oststeirischen Wirtschaftsgebiete eine neue Lebensmöglichkeit und Bewegung schaffen soll.

Nun möchte ich mich noch einem Kapitel, dem der kulturellen Erfordernisse zuwenden, und da kann ich mit großer Befriedigung feststellen, daß das heutige Budget den kulturellen Bedürfnissen weitgehendst Rechnung trägt. Es ist dem steirischen Landtage wie-

derholt vorgeworfen worden, daß er die alte steirische Tradition, die Kultur in ihren wichtigen Instituten zu fördern, verlassen habe und daß er ihr nicht mehr das notwendige Verständnis entgegenbringe. Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß der Abbau der Landeskunstschule nicht erfolgt ist, daß der weitere Ausbau dieses wichtigen Kulturinstitutes möglich ist, da für die Förderung lebender Künstler ein neuer Posten eingesetzt wurde. Ich kann auch mit Genugtuung feststellen, daß durch die Einsetzung eines bedeutenden Betrages für die kulturellen Bedürfnisse der Stadtgemeinde Graz die sichere Aussicht besteht, eines unserer wichtigsten Grazer Kulturinstitute weiter in aufsteigender Linie sich entwickeln zu sehen. Ich möchte nur den Herrn Finanzreferenten bitten, daß er auch den Weg, der für die Lösung der Künstlerhausfrage als gangbar erscheint, ebenso tatkräftig betreten möge, wie er uns in der Kulturförderung und auf anderen Gebieten entgegengekommen ist.

Wenn ich nun noch diesen Plusposten gegenüberhalte, daß es doch gelungen ist, das Auslangen ohne Steuererhöhungen zu finden, so müssen wir sagen, daß in diesem Budget von allen Parteien unter Führung des Herrn Finanzreferenten eine bedeutende und erfolgreiche Arbeit geleistet worden ist. Ich muß offen sagen, daß, als der Vertreter einer rein agrarischen Partei das Finanzreferat übernommen hat, gerade in den Kreisen der städtischen Bevölkerung eine gewisse Sorge eingetreten ist, wie sich die Auswirkung auf die Bedürfnisse der konsumierenden Bevölkerung gestalten würde. Ich muß sagen, daß die Landwirtschaft selbstverständlich die Hand des Herrn Finanzreferenten wohlthuend zu fühlen bekam, aber daß wir allen diesen Produktionsförderungen sympathisch gegenüberstehen, weil sie in geordneter Weise vor sich gehen und weil der Gedanke der Beispielswirtschaft energisch durchgeführt wird. Ich muß sagen, daß wir auch bezüglich der kulturellen Förderung eine Überraschung erlebt haben und daß wir dem Herrn Finanzreferenten an dieser Stelle dafür danken, daß er nicht von fiskalischen, sondern von großzügigen, volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt wurde, daß er auch Gebiete betreten hat, die zwar dem agrarischen Interessenskreise fern liegen, aber für diese Entwicklung wichtig sind, keineswegs vernachlässigt, sondern gefördert hat.

Und nun, meine werthen Damen und Herren, muß und darf ich mich vom Budget und von den eigentlichen budgetären Fragen doch auch einzelnen Fragen zuwenden, die alljährlich in der Generaldebatte angeschnitten wurden. Das ist die Frage der Heimatschutzbewegung, die hier von verschiedenen Rednern des Hauses schon behandelt wurde. Ich kann mich kurz fassen. Es ist von Seite der Sozialdemokraten gemeint worden, daß der Heimatschutz unter Führung von abgetakelten Offizieren, Großgrundbesitzern und Großdeutschen (Oberzaucher: „Wird schon stimmen!“ — Auf: „Soweit sie noch vorhanden sind!“) die Möglichkeit zur Durchführung allerhand dunkler Pläne gebe. (Oberzaucher: „Wird auch stimmen!“) Diese Feststellung der Sozialdemokraten kann aus zweierlei Absichten erfolgt sein, entweder um die Führung des Heimatschutzes herabzusetzen (Ober-

zauer: „Nicht nötig!“) oder um vielleicht der Gefolgschaft diese Führung zu vereiteln. Demgegenüber, meine verehrten Herren von der Linken, möchte ich wohl eines zu bedenken geben. Sie werden sich damit abfinden müssen, daß die Heimatschutzbewegung etwas geworden ist, das eine Abwehr gegen den Druck darstellt. Sie dürfen nicht vergessen, daß wir in früheren Jahren uns in jeder Budgetdebatte mit Terrorfällen in Obersteiermark beschäftigen mußten, die sich einmal gegen den Turnverein in Kapfenberg, das andere Mal gegen einen Aufzug in einem anderen Orte, da oder dort im obersteirischen Industriegebiet gerichtet haben. Wenn der Heimatschutz nur ein Machtinstrument in der Hand von Abenteurern wäre, dann wäre er nicht die starke, mächtige, geschlossene Bewegung geworden, mit der Sie sich werden abfinden müssen als etwas Bestehendem, als etwas psychisch leicht Erklärbarem, weil schließlich und endlich das friedfertige, geduldige Bürger- und Bauerntum in Österreich es satt hatte, sich jeden Augenblick durch Demonstrationen der Straße in seiner sicheren Ruhe stören zu lassen. (Oberzauer: „Auch der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird!“) Sie haben sich, meine werthen Herren, nach dem 15. Juli über die Krümmung des Wurmes nicht so sorglos geäußert, Herr Kollege Oberzauer. (Oberzauer: „Ich schon!“ — Hornik: „Sie werden sich auch nicht so äußern!“ — Oberzauer: „Jetzt braust der Chabeso auf!“) Ich glaube, meine Herren, wenn Sie sich heute auf die Bahn begeben wollen, eine Bewegung, die so weite steirische Kreise erfaßt und ergriffen hat, lächerlich zu machen, so werden Sie nicht den Weg gehen, den Sie wünschen, Beruhigung und Frieden im Lande herzustellen. Sie haben Zweifel ausgesprochen über die Tendenz und die Gesinnung der Heimwehrführer und deren Anhang. Sie fallen immer wieder in den alten Fehler, diejenigen nicht für Republikaner zu halten, die nicht am 1. Mai mit roten Fahnen gehen. (Leichner: „Und am 12. November!“) Wenn nur die Republikaner wären, die mit roten Fahnen am 1. Mai hinter Ihnen gehen, dann sage ich, dann bestünde die Republik längst nicht mehr. (Rufe: „Sehr richtig!“ — Oberzauer: „Das ist eine leere Phrase!“) Wenn Sie fragen, welche Tendenz die Heimwehrführer haben und die Heimwehr verfolgt, so kann ich nur darauf hinweisen, was Herr Kollege Winkler im Finanzausschusse gesagt hat, der erklärte, im Namen des überwiegenden Teiles der ordnungsliebenden, bürgerlichen Bevölkerung zu sprechen, — zu diesen rechnen auch wir uns — daß wir dieser Erklärung gar nichts hinzuzufügen haben. Der einzige Weg, meine werthen Damen und Herren, zu einer Ruhe und Ordnung zu kommen, geht nur über den Weg einer ehrlichen Verständigung. In den kleinen Zellen unseres Zusammenlebens, das ist in den Orten, wo die Leute zusammen wohnen, wenn Sie dort ehrlich das Ihrige tun, Ihre Leute in der Auffassung erziehen, daß eine Minderheit nicht terrorisieren kann und darf (Oberzauer: „Das muß aber gegenseitig sein!“), dann lassen Sie es unsere Sorge sein, daß auch wir unseren Teil zur Beruhigung beitragen werden. (Bichl: „Das haben Sie in der Vergangenheit ge-

zeigt!“) Weder wir wünschen eine Auseinandersetzung mit Gewalt, die bisher in Österreich, in Steiermark, Gott sei Dank, im großen und ganzen bis zum heutigen Tage vermieden werden konnte (Oberzauer: „Siehe Haus, Glosach!“), noch wünscht sie jemand von denen, die die Heimwehrleute durch ihre Ausführungen so schwer verdächtigen wollen. Ich meine, meine werthen Damen und Herren, daß die Erklärungen, die hier abgegeben wurden, sicherlich nicht Phrasen sind und nicht Phrasen sein sollen, sondern den ehrlichen Willen bekunden sollen, sich in Frieden mit der Arbeiterschaft der Steiermark auseinanderzusetzen. Einen Faschismus will niemand von uns, nicht nur deshalb, weil er der demokratischen Auffassung widerspricht, sondern deshalb, weil er anfönsional und anfönsional ist. Es ist eine geradezu lächerliche Auffassung und wir würden uns bedanken, wenn wir den deutschen Arbeiter so niedrig einschätzen wollten, daß er nach dem Vorbild eines romanischen Volksstammes sich durch die Krönte und Bajonette seelisch um 180° umstellen läßt. (Ing. Witzmann: „Auch nicht von den Bauern!“) Die Auseinandersetzung wird auf ganz anderem Wege erfolgen als auf dem Wege der Gewalt, dessen können Sie sicher sein. (Oberzauer: „Das nehmen wir gerne zur Kenntnis!“)

Ich möchte nun meine Ausführungen mit dem Wunsche schließen, daß wir hier im Landtage in sachlicher Arbeit ein Werk geschaffen haben, das der Verwaltung des Landes zugute kommt, daß auch draußen sich diese gemeinsame Arbeit in dem Sinne auswirken möge, daß jeder Teil dafür Sorge, daß Gewalttaten von keiner Seite geduldet werden. Dann werden wir zu dem Frieden kommen, den wir alle wünschen. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Dr. Serneß: Hohes Haus! Der vorliegende Voranschlag soll dem hohen Hause und der breiten Öffentlichkeit Richtlinien festlegen, unter welchen im kommenden Jahre im Landeshaushalte gewirtschaftet werden soll. Er soll weiter den Aufwand in den einzelnen Verwaltungszweigen zeigen und soll sagen, welche Mittel notwendig sind und welche von der Volkswirtschaft gefordert werden müssen, um den Aufwand in den einzelnen Zweigen der Landesverwaltung zu decken. Wenn man nun die Kritik über diesen Voranschlag eröffnen will, so muß man in erster Linie sagen, er versucht, sich dem tatsächlichen Aufwand anzupassen, um zu zeigen, was für unsere Verwaltung des Landes, was für unseren Landeshaushalt tatsächlich gebraucht wird. In dieser Beziehung steht er im Gegensatz zum vorjährigen Voranschlag, dessen erste Mühe es war, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Finanzwirtschaft des Landes eine ausgeglichene sei. Ich erinnere nur an die Worte des Herrn Landesrates Machold, der bei Behandlung des Titels Krankenhaus im Finanzausschusse zugeben mußte, daß man die Zahlen niedriger eingeseht hat, weil man ein ausgeglichenes Budget wünschte. Es ist notwendig, daß wir der Öffentlichkeit zeigen, wie es um die Finanzen des Landes steht und es ist ebenso notwendig, dazu zu erklären, zu zeigen, daß wir eine Defizitwirtschaft haben und daß unser Budget eben ein unausgeglichenes ist. Wenn man die Ausgabenziffer betrachtet, muß

man feststellen, daß das Finanzreferat bemüht war, den Anforderungen der heimischen Wirtschaft insofern gerecht zu werden, als es speziell auf dem Gebiete der Landwirtschaft und auf dem Gebiete des Straßenwesens Zuwendungen gemacht hat, die, wenn auch nicht ausreichend, doch umso mehr notwendig waren. Es ist ja eine Notwendigkeit in unserer Volkswirtschaft, daß man auf jenen Gebieten zuerst hilft, die dazu da sind, uns das zu geben, was wir zum täglichen Leben als tägliches Brot brauchen. Gerade in diesem Zweige ist unsere Volkswirtschaft so ausnahmestähig, daß man in der Landwirtschaft wohl noch weitere Zuwendungen machen müßte. Daß auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktionsförderung nicht mehr geschehen konnte, ist dadurch zu erklären, daß wir vermöge unserer Verfassung gewisse Richtlinien diktiert erhalten haben, in der sich unsere Ausgaben bewegen müssen. Ich denke an die großen Aufgaben der Volkserziehung, die ja schließlich und endlich durch den Bund gesetzlich geregelt werden, deren Ausgaben aber das Land zu tragen hat. Ebenso verhält es sich auf dem Gebiete des Fürsorgewesens. Auch hier hat das Land einen ganz enormen Aufwand aus eigenem zu bestreiten. Es ist schließlich klar, daß auch die übrigen Verwaltungsgebiete große Aufgaben zu leisten hätten, die aber nur im Rahmen des Möglichen dotiert werden können. Jedenfalls möchte ich es nochmals betonen, daß in der Förderung produktiver Zweige ein kleiner Schritt nach vorwärts getan wurde und damit die Hoffnung gegeben ist, daß im kommenden Jahre noch weitere Schritte in dieser Richtung gemacht werden.

Auf Seite der Einnahmeziffer hat das Land das Unglück, daß es seine Einnahmen aus Steuerquellen schöpfen muß, die furchbar unpopulär sind, weil sie tief in den Produktionsprozeß der heimischen Wirtschaft eingreifen. Der Herr Vorredner hat schon betont, daß wir hier im Lande Steiermark keine besonderen Steuerquellen mehr besitzen, und wir können vom Herrn Finanzreferenten nicht verlangen, daß er auf die Suche nach neuen Steuerquellen ausgeht, weil unserer Meinung nach schon alle Steuerquellen ganz erfasst sind. Ich wüßte kein Gebiet, das man steuerrechtlich noch erfassen könnte, in welchem nicht schon der Bund erschöpfend zugriffen hätte. Der Bund besteuert, was er nur besteuern kann. Dem Lande Steiermark sind faktisch nur Steuerquellen zugewiesen, gegen die man sich wenden muß, wenn man an die heimische Volkswirtschaft denkt. An eine Renovierung derselben könnten wir erst dann denken, wenn eine Änderung in unserer Verfassung, in unserer Verwaltung durchgreifend stattgefunden hat. Das Ergebnis unseres Landeshaushaltes ist, wie ich bereits erwähnte, ein Defizit. Ich stehe bestimmt nicht auf dem Standpunkt, daß jedes Budget ein ausgleichendes sein muß. Es gibt eben auch in der öffentlichen Wirtschaft, in der Wirtschaft des Staates und Landes, in der Wirtschaft einzelner Gemeinden Zeiten, wo man eben auch seine Ausgaben nicht ausgleichen, nicht mit Einnahmen decken kann. Das sind Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Aber man muß sich immer vor Augen halten, und muß doch den Zeitpunkt ungefähr be-

stimmen, wann die Defizitwirtschaft endlich beendet sein kann. In dieser Frage ist man aber sowohl in der Debatte im Finanzausschusse, als auch hier, ziemlich kühl hinweggegangen. Ich habe den Eindruck, daß man sich an die Regelung dieser Frage nicht herantraut, wahrscheinlich weil Probleme aufgerollt werden müßten, die tief in das parteipolitische Leben unserer beiden großen Parteien, die das ganze Konzert im Landhause und im Landeshaushalte bestreiten, eingreifen würden. Ich habe im Finanzausschusse und auch heute hier im hohen Hause bei Besprechung des Budgets immer wieder beobachten können, daß der politische Kampf der zwei großen Parteien, der christlichsozialen und der sozialdemokratischen, eigentlich in jeder Frage das maßgebendste ist. Die Gegensätze der beiden Parteien ziehen sich hindurch von Kapitel zu Kapitel, und es gibt fast keinen einzigen Punkt, wo nicht diese Gegensätze mit größerer oder kleinerer Vehemenz zum Ausbruche kommen und gegeneinanderprallen. Dies haben die Generalredner der beiden Parteien so deutlich in ihren Ausführungen gezeigt und immer wieder bewiesen, daß diese Gegensätze bis auf weiteres nicht aus der Welt zu schaffen sind, und daß ihre Politik eingestellt ist — und zwar höchst scharf — auf die Austragung dieser Kämpfe, eines Kampfes, dessen Auswirkung für unsere Wirtschaft in naher Zeit nicht abzusehen ist. Ich verweise beispielsweise auf die Landarbeiterfrage. Welche Unsumme parteipolitischer Leidenschaft löst diese Frage aus. Wir werten eigentlich die ganze Erledigung dieser Frage rein vom parteipolitischen Standpunkte aus. Es werden Vorwürfe von der einen Seite gemacht und Gegenvorwürfe von der anderen, und wenn man unparteiisch in der Mitte steht, so muß man mit Recht sagen, es liegt auf beiden Seiten Recht und auf beiden Seiten ebensoviel Unrecht.

In der Frage der Wiederbesiedlung, die für die Volkswirtschaft des ganzen Staates von besonderer Wichtigkeit wäre, treten wieder diese ganz enormen Gegensätze zwischen unseren beiden großen Parteien zutage. Auf der einen Seite die parteipolitische Bindung an den Großgrundbesitz, auf dessen Kosten die Wiederbesiedlung in mancher Hinsicht durchgeführt werden mußte, auf der anderen Seite die Bindung an den Gedanken der Sozialisierung des Bodens, der Probleme in sich verbirgt, die auch in der rauhen Wirklichkeit des Alltags nicht durchgeführt werden können. So streifen sich die beiden Parteien aneinander vorüber, ohne den goldenen Mittelweg finden zu können. Auch auf dem weiten Gebiete der Förderung der Landwirtschaft erleben wir immer wieder ähnliches Zusammenprallen der Parteileidenschaften. Und ich hätte an dieser Stelle gerne die Frage aufgerollt, ob denn überhaupt in reinen Verwaltungsangelegenheiten beispielsweise die Politiker das erste Wort zu sprechen haben, ob es Sache der Politiker ist, ob diese oder jene Parzelle der Wohlthat einer Entwässerung zuerst zugeführt werde, ob auch hier die parteipolitische Zugehörigkeit des Bodeneigentums eine Rolle zu spielen habe.

Ganz entsetzlich aber tobt der Kampf auf dem Gebiete des Schulwesens. Hier kämpft man mit ganz be-

sonderer Leidenschaft. Es werden von beiden Seiten Vorstöße gemacht, die immer wieder auf das beiderseitige Bestreben hinausgehen, die Lehrerschaft in eine politische Abhängigkeit zu bringen. Man weiß ganz genau, daß derjenige, der die Lehrerschaft auf seiner Seite hat, die Macht besitzt, den parteipolitischen Geist in das heranwachsende Kind hineinzutragen. Daher die kolossale Leidenschaft und daher die schweren Kämpfe, die auf diesem Gebiete immer wieder zutage treten. Auf dem Gebiete der Heranbildung der landwirtschaftlichen Jugend hatten wir im Laufe der Beratungen ganz typische Beispiele zu verzeichnen. Ich erwähne nur die Ackerbauschule in Grottenhof, der vorgeworfen wird, daß sie ein bündlerisches Nest sei. In der nächsten Umgebung haben wir wieder St. Martin, von dem man sagt, daß es eine christlichsoziale Hochburg wäre. Und beide Schulen sollen nur den einen Zweck haben, die heranwachsende landwirtschaftliche Jugend für den harten Beruf eines Landwirtes heranzubilden. Dort hätte parteipolitischer Geist wohl nichts zu schaffen, sondern es hat die Heranziehung unparteilich im Sinne wirtschaftlicher Notwendigkeit zur Erziehung für die Arbeit zu erfolgen. Und deshalb, solange wir hier einen parteipolitischen Kampf auch auf diesem Gebiete haben, wird eine Gesundung unserer Verhältnisse kaum zu erwarten sein.

Auch beim Fürsorgewesen erleben wir daselbe. Die Fürsorge, die die Fürsorge für die Allgemeinheit beinhaltet, ist zum großen Teile zur Parteifürsorge geworden, und ich habe im Laufe der Beratungen die wunderliche Bemerkung gehört, daß man die Subventionen, die Zuwendungen, die man den Bedürftigen geben soll, ebenfalls nach dem Proporz zu vergeben habe. Also Wohlthätigkeit nach dem Proporz. Das ist eine österreichische Erscheinung, die nicht mit der Regel einer gesunden Fürsorge zu vereinbaren ist. Bei anderer Gelegenheit sind Vorwürfe erhoben worden, daß das Pflegepersonal einen parteipolitischen Einfluß auf die Kranken ausübe, daß man selbst in die Krankenküche die Parteileidenschaft hineinträgt.

Man hat sich von der ursprünglichen Aufgabe der Politik entfernt. Die Politik ist die Fürsorge für das Allgemeinwohl des Volkes, nicht aber die Fürsorge einer Partei oder die Fürsorge der Parteien. Es geht nicht an, daß wir über diese Sachen hinweg zur Tagesordnung übergehen. Wir müssen uns schließlich in einer demokratischen Republik fragen, was das Volk dazu sagt, und das Volk, dafür sprechen verschiedene Zeichen, hat es mit dieser Parteiwirtschaft, mit diesen Parteikämpfen, wie sie sich so häufig im Parlamente, in dem Landtage, in den Gemeindefestungen zeigen, gründlich satt. Sie dürfen sich nicht einbilden, daß die Zusammensetzung, in der Sie hier sitzen, und ich spreche da vornehmlich von den beiden großen Parteien, tatsächlich ein Bild des Volkswillens sei. Vergessen Sie nicht, daß diese Zusammensetzung in einer Zeit bestimmt wird, wo das Volk unter dem Einfluß einer Massenpsychose steht. (Dr. Enge: „Der Massenpsychose verdanken Sie es doch, daß Sie überhaupt hier sitzen!“) Lieber Herr Landesrat, ich möchte mich nicht bei der Frage des Hier Sitzens in eine per-

sönliche Auseinandersetzung mit Ihnen einlassen. (Dr. Enge: „Ich meine auch nicht Sie persönlich, sondern Ihre Partei!“) Ich möchte vielleicht nicht einmal die Frage erörtern, ob Sie bei einem rein persönlichen Wahlkampf hier sitzen würden. Es ist das Wahlergebnis des Listenwahlrechtes, das heute genügend in der breiten Öffentlichkeit bekämpft wird. Immer größer wird das Verlangen, daß man es abschaffen soll, weil es nicht dem Volkswillen angepaßt ist, und weil das Listenwahlrecht schließlich und endlich ein Wahlbild schafft, das lediglich ein Ergebnis der geschickten Finanzierung, einer geschickten Reklame und einer unerhörten Aufstachelung des Volkes ist. Ich muß weiter betonen, daß wir jetzt, schon ein Jahr nach den Wahlen, immer wieder den Ruf nach Neuwahlen vernehmen, der immer wieder erkönt, wenn für eine Partei infolge einer politischen Konjunktur die Aussicht besteht, die Mandatszahl zu verbessern. Man denkt aber dabei nicht, daß mit den Wahlen Unsummen von Kosten verbunden sind, mit welchen die Volkswirtschaft belastet wird. Es hat vor kurzem der Nationalrat Ellenbogen im Justizausschuß die treffenden Worte gesagt: „Man entfernt sich in der Politik langsam vom Volke.“ Wenn er damit auch die Wahlniederlage der christlichsozialen Partei dokumentieren will, das Entfernen vom Volksempfinden, das ist das ausschlaggebende in unserer Politik, das aber betrifft die beiden großen Parteien gemeinsam. Daß Sie sich heute in dieser Stärke erhalten, ist nur der Ausfluß der geschilderten Mittel, deren sie sich bedienen, um die Wahl durchzuführen, und der Wohlthat des unmoralischen Listenwahlrechtes. ... (Dr. Enge: „Wie sind denn Sie hereingekommen? Unter der Flagge Ude!“ — Zwischenruf Dr. Illig.) Aber Herr Dr. Illig, an Ihrer Stelle möchte ich überhaupt nichts reden. (Dr. Enge: „Warum nicht? Er wird schon noch genug reden!“) Nun, meine Damen und Herren, daß ich nicht so Unrecht habe mit meiner Behauptung, das beweist eine Reihe von Artikeln, die ich aber nicht zur Gänze vorlesen kann. Ich habe in der Tagespost einen Artikel über Eherechtsreform gelesen; es wird auch hier zuerst über die meritorische Regelung dieser Frage gesprochen. Es ist ganz interessant, welche Meinung heute in der breiten Öffentlichkeit von den Arbeiten in unseren öffentlichen Körperschaften vertreten ist. Sie schreibt (liest):

„Das ist vollkommen richtig, und es fragt sich nur, in welcher Weise diese Reform möglich und durchführbar ist. Wir wissen leider, daß unser Nationalrat für grundsätzliche, große, gesetzgeberische Arbeiten eigentlich nicht geeignet ist. Unsere politischen Parteien behaupten zwar, durch Gegensätze der Weltanschauung voneinander getrennt zu sein, und allgemein glaubt man, oder man kann es auch in politischen Zeitschriften lesen, daß die dogmatischen Gegensätze der Parteien in unserem lieben Vaterlande das Haupthindernis seines gesetzgeberischen Fortschrittes seien. Ich glaube aber, daß das Haupthindernis solchen Fortschrittes in gemeinsamen Eigenschaften dieser Parteien zu finden ist, und zwar im mangelnden Verständnis für die Wichtigkeit und den Ernst solcher Fragen und in der Verbohrtheit des Parteistandpunktes, der über die

Gegensätze und kleinen Parteiinteressen selbst nicht hinauszieht."

Ich bitte, solche Artikel und solche Meinungen lesen Sie in allen Zeitschriften, in unserer ganzen Presse, ausgenommen selbstverständlich in unserer Parteipresse, die lediglich die Interessen der eigenen Partei zu vertreten hat.

Es wurde heute schon von verschiedenen Rednern die Heimwehrfrage angeschnitten, und ich behaupte, daß auch diese Bewegung eigentlich darauf zurückzuführen ist, daß sich die Fürsorge unserer Parteien vom Volksempfinden immer mehr entfernt. Auch darüber habe ich im Organ der „Alpenländischen Heimwehr" in der Folge 24, 2. Jahrgang, folgenden treffenden Artikel gelesen (liest):

„Die österreichischen Selbstschutzverbände sind keine Schutztruppe des Kapitals oder des sozialen Unverstandes. Sie betrachten es als ihre ernste Aufgabe, die Arbeitgeber zur Einsicht zu führen, daß es für sie selbst und für den sozialen Frieden bedeutend vorteilhafter ist, wenn sie ohne äußeren Anstoß die berechtigten Wünsche ihrer Arbeiter und Angestellten befriedigen, weil sie dadurch am schönsten bekunden würden, daß sie im Arbeitnehmer und Angestellten nicht den Gegner, sondern den Mitarbeiter erkennen und ehren. So wenig sich die politische Demokratie in Österreich bewährt hat,

Hören Sie!

diese soziale Demokratie ist ein Ziel, das die schönsten Hoffnungen erwecken darf. Niemand hat den sozialdemokratischen Organisationen größere Zutreiberdienste geleistet, als jene kurzfristigen Unternehmer, die durch die Vernachlässigung oder die Verweigerung berechtigter Forderungen die Arbeiterschaft erbittert haben. Das Wort von der Sozialdemokratie regt uns selbst zur Untersuchung an, ob es nicht wünschenswert wäre, daß die großen organisierten Wirtschaftsgruppen mit einer weitgehenden Autonomie zur Regelung ihrer Angelegenheit ausgestattet werden sollen. Wir haben in Österreich Bauernkammern, Handels- und Gewerkekammern, Arbeiterkammern. Würden diese Körperschaften durch geeignete Maßnahmen von den parteipolitischen Einflüssen befreit, und wäre es dadurch möglich, ihnen eine ausgedehnte Selbstverwaltung zu verleihen, so schiene uns das als der verheißungsvolle Beginn einer zweckmäßigen Gliederung der Bevölkerung nach Berufen und als der Grundbau einer Gesellschaftsordnung, in der die Rechte des wirtschaftlich Schwachen mit starken Sicherungen umgeben würden. Die Erhebung der freiwilligen Organisationen durch Berufsorganisationen würde auch insofern zur Verschärfung der wirtschaftlichen Auseinandersetzungen führen, als das demagogische Moment der Mitgliederjagd ausgeschaltet wäre. Diese Ideen lassen klar erkennen, daß die durch die alpenländischen Selbstschutzverbände verkörperte Bewegung eine soziale Reaktion aufs entschiedenste ablehnt, daß sie im Gegenteil neue Methoden des sozialen Ausgleiches anzustreben versucht. Da in unseren Zeiten die wirtschaftliche Selbstständigkeit beinahe zur Fabel geworden ist — es gibt auch keinen Unternehmer, der nicht irgendwie vom Finanzkapital abhängig wäre — und

die Verarmung Österreichs im Dahinschwinden des Mittelstandes ihren erschreckenden Ausdruck gefunden hat, kann die Arbeiterfrage natürlich nicht isoliert betrachtet werden, wenn wir die Mittel zu ihrer befriedigenden Lösung aufsuchen wollen. Aber auch die österreichische Arbeiterschaft selbst hat oft genug einen klaren Instinkt dafür bewiesen, wie sehr sie den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen würde, wenn die politische Verhezung nicht den Blick beirrte. Unser Staatsideal ist weder der kapitalistische, noch der marxistische Staat, die Diktatur der goldenen und roten Internationale sind ein gleich großes Unglück für die Völker. Wir wünschen eine starke Staatsordnung, die ein Volk zusammenschließt, das freudig arbeitet, weil es weiß, daß es durch die neue Formung genossenschaftlicher Ideale, wie sie dem deutschen Rechtsbewußtsein entsprechen, Schutz vor Ausbeutung und Bedrückung finden kann."

Meine verehrten Damen und Herren! Es ist dies ein Bekenntnis, das sich gegen unser heutiges System richtet, das uns nicht die Gewähr bietet, daß bei dem großen Widerstreit und Parteienkampf die Möglichkeit geboten wird, die wirtschaftliche Gesundung unseres Volkes zu erreichen. Ich muß in diesem Zusammenhange die Frage aufwerfen, wieso befinden sich die beiden großen Parteien in solchen Gegensätzen, daß es ein Zueinanderkommen voraussichtlich überhaupt nicht gibt? Der Herr Abg. Wolf hat im Finanzausschusse vielleicht ganz richtig gesagt, daß die Sozialdemokraten im Reiche draußen von den Zentrumsparteien nur mehr durch die ethische Auffassung getrennt sind. Ich bin der Auffassung, daß die ethische Auffassung nicht das Fundament zu derartigen Parteikämpfen sein kann. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß jeder Mensch, wenn er Gerechtigkeit für sich in Anspruch nimmt, unbedingt die ethische Auffassung und Weltanschauung des anderen zu achten und zu ehren hat. Auf keinen Fall geht es an, daß man die ethische Auffassung eines Menschen, sei sie religiös oder freiheitlich, dazu benützt, um ihn parteipolitisch auszuwerten oder zu bekämpfen und zu verheizen. Ich bezeichne auch hier das Wort der Aufklärung als überflüssig. Achten wir die ethische Auffassung des Einzelnen, so wird es nicht möglich sein, daß diese zum Angelpunkt derart heftiger Widerstreite wird. Schließlich muß immer wieder gefragt werden, wohin soll dieser Kampf führen. Eine Verständigung unserer Parteien kann nur dann erfolgen, wenn man im eigenen Lager jene Grundsätze hat, die nötig sind, um das gegenseitige Vertrauen zu erhalten. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß die Sozialdemokratie, wie sie heute in Österreich ist, den Weg zur Verständigung finden kann, wenn auch immer und immer wieder in neuerer Zeit davon gesprochen wird. Ich muß einen scharfen Strich ziehen zwischen jenen Männern, die den Arbeiterstand als ihren Stand vertreten, die sich darum auf das Gebiet der Politik begeben haben, weil sie es als ihre Aufgabe betrachten, die wirtschaftliche Lage ihres eigenen Standes zu bessern, und jenen, die sich lediglich zu Führern einer Partei aufgeschwungen haben. Es ist heute oft und auch bei Besprechung des Budgets das Wort „bürger-

lich" gebraucht worden, es ist behauptet worden, dies sei ein „bürgerliches" Budget. Meine verehrten Damen und Herren, ich muß Sie fragen, was heißt bürgerlich? Unsere Verfassung spricht nur von Bürgern, sie kennt nur Bundesbürger. Soll diese Bezeichnung bekunden, daß wir staatszerhaltende und staatsfeindliche Elemente haben? Ich glaube, so darf man das Wort „Bürger" nicht gebrauchen. Deswegen kann ich mit voller Beruhigung behaupten, daß von Seite des Bürgertums unbedingt jenen Männern die Hand zur gemeinsamen Arbeit geboten werden könnte, die sich dazu berufen fühlen, die wirtschaftlichen Interessen des Arbeiterstandes, frei vom parteipolitischen Standpunkte, zu vertreten. Ich muß aber diese Männer von jenen scheiden, die sich heute vielfach in der Führung der Partei befinden, denen die Fürsorge für den Arbeiterstand lediglich ein politisches Geschäft geworden ist, und die von einer Rasse stammen, die von Geburt aus schon mit einem guten Geschäftssinn ausgestattet worden sind.

Ich möchte nun wieder zurückkommen auf unsere heutige Besprechung der Budgetziffern. Es soll unsere Aufgabe sein, jene Mittel zu finden, die notwendig sind, um aus der Defizitwirtschaft herauszukommen, und darüber ist hier zu wenig gesprochen worden. Es ist richtig, wenn der Herr Finanzreferent sagt, daß wir schließlich und endlich die Hoffnung auf den Bund hegen können, daß er jenes Verfassungsgesetz ändert, das heute den Ländern eine große Menge von Einnahmen verschließt. Es ist ganz entsetzlich, zu hören, daß Wien als Gemeinde 21 Prozent, während die Gemeinden in Steiermark nur 9 Prozent Ertragsanteile bekommen, daß Wien als Land weitere 57 Prozent einzieht, während das Land Steiermark nur 10 Prozent erhält. Hier liegt gewiß ein großer Teil der Schuld unserer Defizitwirtschaft. Aber schließlich und endlich müssen wir an uns selbst Kritik üben und müssen uns vorerst mit den Einrichtungen im Lande selbst beschäftigen. Darum in erster Linie zu uns selbst, zum steiermärkischen Landtag! Ich frage Sie, ob dieser koffspielige Apparat, der eine typisch österreichische Einrichtung ist, auf die Dauer aufrechterhalten werden kann, und ob es wirklich notwendig ist, daß für so kleine Gebietskörperschaften, wie es die österreichischen Bundesländer sind, eigene gesetzgebende Körperschaften systemisiert werden. Der Landtag ist nach meiner Auffassung und der Auffassung weiterer Kreise überflüssig. Diese Zweigeleigkeit ist nicht notwendig, wir brauchen sie in unserer Verwaltung nicht. Sehen wir uns die Materie an, mit der wir uns in der dritten Landtagsperiode beschäftigen. Von 160 Vorlagen waren ein großer Teil Notstandsunterstützungen, die immer eigentlich ein Akt der Verwaltung sind. Es ist selbstverständlich, daß den Bauern draußen, die durch schwere Unwetter-Elementarereignisse geschädigt wurden, geholfen werden muß. Ich frage, ist es notwendig, daß diese Hilfe einen Akt einer gesetzgebenden Körperschaft erfordert? Ich glaube, das würden die Bezirkshauptmannschaften rascher erledigen. Ich erwähne die vielen Ansuchen um Gnadengaben, die hier im hohen Hause erledigt werden müssen, und verweise auf den umständlichen Weg der

Zuerkennung dieser Gnadengaben. Zuerst die Zuteilung, dann eine lange Pause bis zur nächsten Finanzausschusssitzung. In dieser kann auch nur das Urteil des zuständigen Referenten maßgebend sein. Rascher und billiger wäre dies im Wege eines einfachen Verwaltungsaktes zu erledigen. Und schließlich, ist es überhaupt notwendig, daß wir 56 hier sitzen, ich glaube, wir könnten auch weniger sein. (Dr. Engge: „Was würde von Ihnen übrig bleiben?" — Heiterkeit. — Jenz: „Wenn Sie nur zum Vorlesen hier sind, hätten Sie ganz ausbleiben können!") Ich weiß, daß ich Ihnen hier mit diesen Worten unsympathisch bin, ich finde es aber gänzlich überflüssig, daß Sie das hier so offen eingestehen. Sie werden mir zugeben müssen, daß es für die Erledigung aller Fragen gleichgültig ist, ob hier 56 sitzen oder nur 28. Das ist für den Proporz vollständig gleichgültig. (Dr. Engge: „Daß es Ihnen gleichgültig ist, das glaube ich. Sie sitzen in keinem Ausschusse, Ihnen ist es Wurst. Aber die in einem Ausschusse sitzen, haben genug zu tun. Sie haben auch keine Kenntnis davon!") Ich habe leider Kenntnis davon, aber nachdem wir auf die Ausschüsse zu sprechen kommen, so muß ich bemerken, daß von wirklicher Tätigkeit eigentlich nur beim Finanzausschusse die Rede sein kann. Von der Tätigkeit der anderen Ausschüsse sollte man hier lieber nicht viel sprechen. Unsere Landtage sind eine typische österreichische Erscheinung (Dr. Illig: „Das Nörgeln ist eine österreichische Erscheinung!"), und der Amerikaner und Engländer würde uns auslachen. (Zwischenruf: „Aber besser machen sollen Sie es!") Das Bessermachen soll eine österreichische Erscheinung werden, wenn wir uns mit Staat und Wirtschaft auf die Dauer erhalten wollen. Wir müssen endlich daran gehen, Verfassung und Verwaltung entsprechend zu ändern. In der Öffentlichkeit wird dies immer mehr und mehr verlangt. Glauben Sie ja nicht, daß der steiermärkische Landtag als eine notwendige Konstitution in der breiten Öffentlichkeit gefordert wird. Wenn wir entschlossen wären, der Defizitwirtschaft im Lande wirklich ein Ende zu bereiten, dann ist es notwendig, daß wir auch darangehen, unsere Verfassung zu ändern und daß wir auch den Abbau in unseren überflüssigen gesetzgebenden Körperschaften beginnen. Weiters ist es notwendig, daß wir endlich eine Verwaltungsreform durchführen, die jene kolossale Mehrarbeit, die wir auf diesem Gebiete haben, beseitigt.

Und zum Schlusse, meine Herren, muß ich es immer und immer wieder sagen, die wichtige Frage ist für die breite Öffentlichkeit der Abbau des Klassenkampfes. Wenn an dessen Stelle die Verständigung tritt, wenn ein gemeinames Wollen in unseren gesetzgebenden Körperschaften eintritt, dem Volke wirklich zu helfen, dann wird es leichter sein, dem Volke das herbeizuführen, was es wünscht, die Gesundung unserer heimischen Wirtschaft.

Präsident: Die Generaldebatte ist geschlossen. Der Herr Hauptberichterstatter hat das Schlußwort.

Hauptberichterstatter Ing. **Wihany:** Ich möchte nur folgendes mitteilen. Die Behandlung des Rechnungsabschlusses für 1925 ist bisher ohne Widerspruch im Finanzausschusse nicht erfolgt. Zu den Ausführungen

des Abg. Dr. Serneß möchte ich feststellen, daß die Landesvertretung im ganzen Voranschlag 0,6 Prozent ausmacht. (Dr. Serneß: „Ist das noch zu viel!“ — Dr. Enge: „Sie können Ihre Tätigkeit einschätzen, wie hoch Sie wollen!“) Ich bitte nunmehr, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Zu Abschnitt I, Kapitel 1 und 2, ist Berichterstatter Herr Dr. Enge.

Berichterstatter **Dr. Enge:** Hohes Haus! Ich habe die Ehre, im Namen des Finanzausschusses in der Spezialberatung des Landesvoranschlages berichten zu dürfen über den Abschnitt I, Aufwandszweige, über das Kapitel 1, Landesvertretung, und über das Kapitel 2, Landesverwaltung.

Wenn Sie den Voranschlag zur Hand nehmen, finden Sie beim Kapitel 1 ein Gesamterfordernis von 322.872 S. Nach den Beratungen des Finanzausschusses ist bei diesem Kapitel der Beschluß gefaßt worden, die Rubrik 6, Repräsentationsauslagen der Landesregierung, aus dem Kapitel 1 herauszunehmen, dort zu streichen und als Rubrik 12 in das nächste Kapitel 2 einzureihen. Durch diesen Beschluß des Finanzausschusses verringert sich das Erfordernis des Kapitels 1 um 20.000 S, so daß das Gesamterfordernis, das zugleich, mangels jeder Bedeckung, den Abgang darstellt, mit 302.872 S sich darstellt.

Im Kapitel 2 sind durch die Beschlüsse des Finanzausschusses nachstehende Änderungen vorzunehmen. Infolge der Auswirkung der sogenannten zweiten Gehaltsgefehnovelle, die der Nationalrat in den letzten Tagen beschlossen hat, ist in der Rubrik 1, Bezüge der Funktionäre, eine Erhöhung von 11.058 S. Nach der Rubrik 2 ist eine Rubrik 2 a einzuschalten: Mehrerfordernis für die Landesbeamten und Bundesbeamten der veränderten politischen Verwaltung, infolge der zweiten Gehaltsgefehnovelle 810.000 S. Bei Rubrik 4, Dienstgeberbeiträge zur Arbeiter-, Angestelltenversicherung und Krankenversicherung der Bundesangestellten, tritt eine Erhöhung von 3200 S ein. Dafür tritt bei der Rubrik 5, Sonderentlohnungen und Notstandsunterstützungen, eine Ersparung von 40.000 S ein. Die Rubrik 6, Krankenfürsorge für Landesangestellte, wird um 4800 S erhöht.

Im Sachaufwand bei der Landesverwaltung haben folgende Änderungen einzutreten: Rubrik 1, Post 2, Kommissionskosten, eine Ermäßigung um 60.000 S, Rubrik 2, Amts- und Kanzleierfordernisse, eine Ermäßigung um 40.000 S. Dazu kommt, wie ich schon bei Kapitel 1 berichtet habe, die neue Rubrik 12, Repräsentationsauslagen der Landesregierung 20.000 S. In diesem Kapitel erhält die bisherige Rubrik 12, Verschiedene Ausgaben, die Nummer 13. Das Gesamterfordernis in der ursprünglichen Vorlage betrug 5.254.380 S. Wenn Sie die von mir vorgebrachten Änderungen berücksichtigen, so wird das Gesamterfordernis um 709.058 S höher, so daß das Gesamterfordernis sich auf 5.963.438 S beziffert. Der Abgang war bisher, da die Bedeckung von 4.130.704 S die gleiche geblieben ist, 1.123.676 S. Durch die vorgebrachte Änderung beträgt der Abgang nunmehr 1.832.743 S.

Zu diesem Kapitel wurde folgende Entschliebung im Finanzausschusse gefaßt, deren Annahme ich zu empfehlen habe.

Zu Abschnitt I, Kapitel 1 und 2 (lies):

„Der Landtag genehmigt die dem Landesvoranschlage zugrundegelegte Festsetzung der Bezüge für die Mitglieder des Landtages und der Landesregierung.

Auf die Landesangestellten hat die 2. Gehaltsgefehnovelle mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1928 sinngemäß Anwendung zu finden. Die von der Landesregierung bereits vorgenommenen Beförderungen (samt Härteausgleich) mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1928 werden genehmigt. Die den Bundespensionisten gewährten Zuwendungen haben sinngemäß auf die Landespensionsparteien Anwendung zu finden.

Die Landesregierung wird ermächtigt, den Bundesangestellten, deren Bezüge nunmehr vom Lande zu fragen sind, für das Jahr 1928 Personalauslagen zu bewilligen, insoweit die hiefür im Voranschlage eingesezten Beträge ausreichen.“

Im Namen des Finanzausschusses erlaube ich mir, den Antrag zu stellen, die Kapitel 1, Landesvertretung, und Kapitel 2, Landesverwaltung, in der von mir vorgebrachten Form und Art anzunehmen.

Dr. Serneß: Im Kapitel 1 wurden die Bezüge der Abgeordneten wegen der Entfernungszuschläge und Entfernungsgebühren, die den einzelnen Vertretern zuerkannt wurden, erhöht. Abgesehen davon, daß ich grundsätzlich gegen jede Erhöhung der Gebühren bin, muß ich auch gegen eine nur teilweise Erhöhung in Form von Entfernungszuschlägen Stellung nehmen, und möchte bei dieser Gelegenheit überhaupt einmal über die Pflichten eines Abgeordneten sprechen. Ich finde es nicht gerechtfertigt, daß man Unterschiede zwischen Stadt und Land macht. Entweder hat der Abgeordnete die Pflicht, für die ganze Steiermark einzutreten oder nicht. Der städtische Abgeordnete ist genau so berufen, hinaus zu fahren, wie der ländliche. Der Wunsch eines Einzelnen rechtfertigt eine Erhöhung der Gebühren nicht. Ich muß daher nur aus diesem Grunde dem Titel 1 meine Zustimmung versagen.

Dr. Oberegger: Hohes Haus! Im Kapitel Landesverwaltung befinden sich einige Posten, die in ihrem Zusammenhang nicht klar aufscheinen, wie es vielleicht der Voranschlag gewünscht hat. Man könnte zunächst einmal zur 1. Rubrik dieses Kapitels 2 die Bemerkung machen, daß eine Erhöhung der Bezüge in dieser Rubrik natürlich überflüssig wäre. Wenn es auch im einzelnen Falle nicht so unbedeutend ist, was herauskommt, ist es doch in der Summe ein recht geringfügiger Betrag. Es macht nur $\frac{1}{70}$ des gesamten Mehraufwandes aus. Es ist aber wichtig zu bemerken, daß hier eine Zusammenwerfung von zwei Funktionsfähigkeiten in einem Kapitel, und zwar die Tätigkeit des demokratischen Funktionärs und die Tätigkeit der Angestellten, stattfindet. Diese Auffassung hat auch offenkundig der Finanzausschuß gehabt, als er den

Beschlußantrag stellte, und dann auch dem Beschlußantrage zustimmte, wonach der Landtag die im Landesvoranschlage zugrunde gelegte Festsetzung der Bezüge für Mitglieder des Landtages und der Landesregierung und getrennt davon in einem zweiten Beschluß die Bezüge der Landesangestellten und in einem dritten jene der Bundesangestellten genehmigt. Nun nimmt er eine Vermehrung der im Kapitel 1 und 2 auseinandergeteilten Mittel vor. Es ist aber die Formulierung im Beschlußantrag richtiger als die hier in den Kapiteln Landesvertretung und Landesverwaltung vorgenommene Verteilung.

Zur Rubrik 2 a dieses Kapitels sind vor allem einige grundsätzliche Bemerkungen zu machen. Zunächst einmal ist festzustellen, daß nach den ursprünglichen Erläuterungen hier nur die Bezüge der Bundes- und Landesangestellten aufgezeigt erscheinen, die speziell beim Amte der Landesregierung, ich möchte sagen, im engeren Sinne tätig sind. Es ist klar, daß der Aufwand, der hier spezialisiert erscheint, in der Erläuterung zu Rubrik 2 nicht der gesamte Aufwand weder für die Landesangestellten, noch für die veränderten Bundesangestellten ist. Wenn dem so ist, dann dürfen andere Rubriken nicht zum vollen Betrage des Gesamtaufwandes für die Angestellten eingestellt werden, weil dies einen falschen Schluß zuläßt. Es ist unrichtig, Rubrik 2 so aufzufassen, daß die gesamten 810.000 S ein Mehrerfordernis für die Landesbeamten und Bundesbeamten, deren Bezüge in diesem Kapitel aufscheinen, darstellen, es ergibt sich sonst die Auffassung, als ob eine Erhöhung der Bezüge der Angestellten um 20 Prozent stattgefunden hätte. Es steht nicht vermerkt, daß dieser Betrag die Gesamtsummen der Erhöhung für die Beamten des gesamten Amtes der Landesregierung ist. Wenn man die zwei Ziffern nebeneinander hält, so glaubt man, es wäre eine 20-prozentige Erhöhung der Bezüge der Angestellten erfolgt. Man hat Grund vom Standpunkte des öffentlichen Angestellten, eine derartige Auffassung im gegenwärtigen Zeitpunkt ganz entschieden zu bekämpfen, weil in der Öffentlichkeit durch das fortgesetzte wahn sinnige Aufbauschen der Zugeständnisse, die gemacht werden, die Ansicht vorherrscht, als würde man tatsächlich für die Angestellten etwas Nennenswertes tun. Davon ist keine Rede. Die gesamten Aufwendungen, die gemacht werden, machen keine 5 Prozent aus, was man ausrechnen kann, wenn man die verschiedenen Posten aus dem ganzen Budget zusammen addiert. Es wäre zweckmäßig, wenn man hier eine Trennung durchführen würde, oder wenn man das nicht kann, so wäre es zweckmäßig, die gesamten Bezüge des ganzen Amtes in einer Rubrik darzustellen. Man muß sich auf die eine oder andere Seite schlagen. Wenn ich ferner eine kleine Kritik anfügen darf, so füge ich sie an den zweiten Beschlußantrag. Ich sehe nicht ein, wieso auf einmal der Beschluß gefaßt werden soll, daß diese Gehaltsgesetznovelle für die Landesangestellten nur vom 1. Jänner 1928 wirksam, nicht aber rückwirkend vom 1. Oktober 1927 sein soll, wie das die Gehaltsgesetznovelle der Bundesangestellten vorsieht. Ich habe den Eindruck, daß hier eine Kompensation mit den durch den Landtagsbeschluß

vom 22. November 1927 zur Verfügung gestellten Beträgen nicht den Intentionen des hohen Hauses entspricht, und glaube, daß hier nicht die notwendige Klarheit herrscht. Ich bin der Auffassung, daß es ganz unmöglich wäre, den schwankenden Rechtsboden solcher Kompensationen zu betreten, denn es kann sein, daß sich sonst in dieser geheimen Wissenschaft niemand auskennt. Ich mache aufmerksam, daß wir, nicht gerade wir Abgeordnete, aber die hohe Regierung die Zauberer darstellen, und die Angestellten dabei nicht bezaubert, sondern verzaubert sein dürfen. Ich meine, der Versuch, den Artikel 21 der Bundesverfassung, gleiche Bezüge für alle Angestellten, der in der Resolution 3 zum Ausdruck kommt, und dem sich in einer allgemein anerkannten Weise die Landesregierung angeschlossen hat, anzuwenden, darf nicht dazu führen, daß man meint, irgend jemand hat etwas von der Angleichung, daß man einem Teil etwas wegnimmt, und dem anderen Teile möglichst wenig gibt. Davon hat niemand etwas, und ist niemand entzückt. Ich muß feststellen, daß, wenn den Schutz wohl erworbener Rechte, den die deutsche Verwaltung kennt, unsere Verfassung beharrlich verweigert, es nicht möglich ist, eine Klarheit zu schaffen. Sie dürfen sich dann nicht wundern, daß der Rechtsboden verlassen wird und mehr und mehr Willkür platzgreift. Die Behandlung der Angestelltenfrage überhaupt ist nicht uninteressant und könnte zu längeren Ausführungen Anlaß geben. Es ist schon manchmal in den Sitzungen der verschiedenen Ausschüsse zu beobachten gewesen, wie man heute für alle möglichen und unmöglichen Sachen den Beamten verantwortlich macht, als wenn wir nicht in einem demokratischen, sondern noch in einem bürokratischen Staate unser Leben führen würden. Besonders interessant ist es, wenn es manchmal heißt, ja, der oder jener demokratische Funktionär fand nicht den Mut, den Angestellten entgegenzutreten, das heißt doch die Dinge umdrehen, wie sie wirklich nicht sind. Es ist auch nicht am Platze, wenn durch Abgeordnete auch der Versuch der Einschüchterung von Beamten gemacht wird. Ich konnte diese Feststellung machen nicht nur dadurch allein, was ich hier im Hause hörte, sondern auch durch die Mitteilungen des Betroffenen selbst, um die Wirkung solcher Anklagen richtig zu werten. Das ist nichts anderes als Einschüchterung. Es geht zu weit, wenn über die Tätigkeit eines Angestellten gesagt wird, dieses und jenes ist vorgekommen, und ich frage an, wann und ob seine Bestrafung erfolgt. Da muß doch zuerst festgestellt werden, ob er überhaupt schuldig ist. Das kommt daher, weil Sie die Ansicht haben, daß Sie nicht nur immun, sondern auch infallibel sind. Ich denke, daß eine derartige Auffassung dem demokratischen Geiste vollständig widerspricht. Diese kurzen Bemerkungen möchte ich zu Rubrik 2 gemacht haben.

Ich komme nun zu Rubrik 3. Da sehe ich, daß unsere Landesverwaltung bei Zusammenstellung des Kapitels für Landesverwaltung sich einer, ich möchte es *Kienböck'sche* Methode nennen, befleißigt, indem sie auch solche Löhne unter den Personalaufwand bringt, die klipp und klar zum Sachaufwand gehören. Wenn ich mich dagegen wende, so tue ich es, weil ich die Auf-

fassung vertrete, daß es nicht angeht, den Personalaufwand künstlich zu steigern, als wenn er, weiß Gott, wie groß wäre. Es ist meiner Ansicht nach nicht richtig, daß Löhne, die in unbedingtem Zusammenhange mit dem Sachaufwande stehen, aus dem Sachaufwande herausgenommen und in den Personalaufwand gestellt werden. Es macht im Lande Steiermark nicht viel aus, es handelt sich aber um die allgemeine Tendenz, und um die Tatsache, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, als ob der Personalaufwand so groß wäre. Es ist nicht dasselbe, wie beim Bunde, wo man 4 Millionen Schilling aus dem Sachaufwande herauseskamotiert und auf den Personalaufwand hinaufgeschoben hat.

Auch Rubrik 4 gibt zu Bemerkungen Anlaß, und zwar deshalb, weil ein Zusammenwerfen der Dienstgeberbeiträge zur Arbeiter- und Angestelltenversicherung und zur Krankenversicherung der Bundesangestellten erfolgt, zwei Dinge, die in ihrer ganzen Struktur miteinander recht wenig zu tun haben und auch sachlich nicht zusammengehören, wie denn ganz richtig ein eigener Punkt eingesezt ist, Krankenfürsorge der Landesangestellten, wobei ich mich erinnere, daß diese Post zum erstenmal eingesezt ist, und dort diese Trennung erfolgte. Zu Dienstgeberbeiträge zur Arbeiter- und Angestelltenversicherung möchte ich speziell bemerken, daß diese einen Fehler aufweisen, weil in keiner Weise gesagt ist, wie die für die Pensionsversicherung bezahlten Beträge seinerzeit refundiert werden. Es mag für das Land belanglos sein. Die Beiträge sind nach den Erläuterungen nicht sehr groß, aber, meine sehr verehrten Anwesenden, für den Einzelfall ist es sehr gewichtig. Wenn der einzelne Vertragsangestellte seinerzeit definitiv wird, so hat er nichts davon, daß er die Versicherungsbeiträge gezahlt hat. Es ist ein Abzug von seinem Gehalte. Es wäre sehr am Platze, wenn die Bestrebungen der öffentlichen Angestellten, die dahin gehen, diese Pensionsbeiträge refundiert zu erhalten, die Unterstützung der öffentlichen Körperschaften fänden und diese darangingen, diese Beiträge von der Kasse refundiert zu erhalten. Wenn die Zusammenfassung der Beiträge der Krankenversicherung für Bundesangestellte ebenfalls nach einem anderen Prinzip erfolgt, als wie hier in Rubrik 6 für Landesangestellte, bei welcher nämlich für die gesamte Krankenfürsorge der Betrag eingestell ist, während jener für die Bundesangestellten auf Kapitel verteilt ist, so nehme ich an, daß das nur erfolgt ist, weil die Krankenfürsorge für Landesangestellte zum ersten Male erscheint und nicht wie früher unter „Armenwesen“ aufscheint.

Ich komme zu Rubrik 5, Sonderentlohnungen und Notstandsunterstützungen, und wundere mich, daß hier ein Betrag von 40.000 S gestrichen wurde, als ja tatsächlich in einem ganz besonderen Maße die Hilfsbedürftigkeit der Angestellten gegeben erscheint. Wenn man sich heute Aufgaben stellt, die über den Rahmen der Verpflichtung der Bundesverfassung hinausgehen, wenn man da und dort helfend eingreifen will, wenn man selbst dem Unternehmer Hilfe gewährt, dann ist es klar, daß dasselbe auch für die Angestellten ge-

schehen müßte. Die Mitglieder der Regierung haben schon oft etwas von einer Entschuldungsaktion und deren Notwendigkeit gehört. Es wäre am Platze, wenn die 40.000 S nicht gestrichen würden, sondern in richtiger Erkenntnis, daß es sich um eine hilfsbedürftige Gruppe handelt, es so geblieben wäre, wie es ursprünglich war. Soweit zum Punkte A, Personalaufwand.

B. Sachaufwand. Da kann ich mich kürzer fassen und möchte Rubrik 1, Post 2, Kommissionskosten, herausgreifen. Die Kommissionskosten mit 136.000 S stehen in logischem Zusammenhange mit der Bedeckung, Rubrik 5, Bauschgebühren für Kommissionen, die ebenfalls mit 136.000 S angegeben sind. Dieser logische Zusammenhang ist ausdrücklich festgestellt in den bezüglichen Erläuterungen, aber er wurde gelockert, und zwar ohne Erklärung. Es wurden 60.000 S von diesen Kommissionskosten gestrichen, das heißt, wenn ich die richtige Übersetzung verstehe, daß der seinerzeitige Zusammenhang zwischen den Kommissionsgebühren und den Bauschgebühren vollständig nur für die optische Wirkung bestimmt war, daß aber nicht gedacht war, die ganzen Bauschgebühren für die Kommissionsgebühren wirklich auszugeben. Ich halte einen solchen Vorgang für unrichtig. Ich glaube, daß es nicht angeht, von einzelnen Parteien mehr zu verlangen, als die Kommissionskosten ausmachen, aber wenn schon, dann bin ich der Auffassung, man soll die Kommissionsgebühren so erhöhen, daß die Bauschgebühren aufgehen. Es geht aber nicht an, Zweckentnahmen zu schaffen, ohne daß sie dem betreffenden Zweck zugeführt werden, das nennt man sonst eine Vor Spiegelung falscher Tatsachen.

Bezüglich der Rubriken 5 und 6, des Verschiebens eines Teiles des Sachaufwandes auf Personalaufwand, habe ich bereits vorher gesprochen. Bei Punkt 9, Steuern, ist nicht ganz klar, wie diese eigentlich eingehoben werden. Es scheint so zu sein, daß das Land nicht allein von den in seinen Gebäuden untergebrachten Mietern Steuern einhebt, sondern auch von sich selbst. Das wäre zu weitgehend, denn wenn man selbst von Bundesgebäuden keine Steuern einhebt, kann man das auch bei den Landesgebäuden nicht beschließen.

Beim außerordentlichen Erfordernis ist der Umbau von elektrischen Lichtleitungsanlagen zu erwähnen. Dieser Umbau von Gleich- auf Drehstrom ruft im allgemeinen in der Grazer Bevölkerung eine kolossale Erbitterung hervor, und zwar deshalb, weil die seinerzeitige Einleitung dieser Umschaltung in einer Art Befehlston vor sich gegangen ist. Es hat geheißen: „Wenn Sie nicht diese Umschaltung durchführen, werden Sie von diesem oder jenem Zeitpunkte an ohne elektrisches Licht sein.“ Eine merkwürdige Auffassung für wirtschaftliche Körperschaften, Einrichtungen und Betriebe. Da ist allerdings nun eine Änderung in der Denkweise eingetreten. Die neue Leitung des Elektrizitätswerkes hat sich bemüht, diese Unmöglichkeiten, die geschaffen waren, so gut es ging, zu reparieren. Das ist freilich noch immer keine Reparatur in der Tat selbst gewesen, indem man noch immer auf den Standpunkt steht, eine Umschaltung zum Vorteile des Unternehmens sei vom

Konsumenten zu bezahlen. Darum haben sich weite Kreise der Konsumenten, insbesondere der Gewerbetreibenden, der freien Berufe und der Angestellten zusammengeslossen, um hier Ordnung zu schaffen. Gelingen ist es bis heute nicht. Deshalb wäre es am Platze gewesen, wenn eine Körperschaft von der Bedeutung des Landes sich dazu verstanden hätte, hier auch zum Schutze weiterer Kreise der Bevölkerung einzugreifen und zu sorgen, daß nicht allein diese Gebühren soweit wie möglich ermäßigt, sondern daß die Zahlungspflicht jenem zugeschoben werde, dem sie tatsächlich angeht. Es hat die Kosten der zu tragen, welcher seinerzeit den Vorteil haben wird, es geht aber nicht an, daß diese Kosten auf einmal den Konsumenten aufgelastet werden. Ich muß feststellen, daß das noch nirgendwo anders erfolgt ist als hier in Graz.

Ich glaube, so ziemlich eingehend dargetan zu haben, daß nicht allein dieses Kapitel wegen verschiedener Punkte, die ich hervorgehoben habe, unbedingt eine Ablehnung erfahren sollte, sondern daß der Aufbau nach verschiedenen Prinzipien für die einzelnen Rubriken erfolgt, die sich für die optische Wirkung als unmöglich darstellen und schließlich glaube ich dargetan zu haben, daß die rechtlichen Grundlagen nicht klar, sondern verschleiert sind, daß eine Vermischung der Ausgaben für Funktionäre und Angestellte stattgefunden hat, so daß dieses Kapitel unmöglich angenommen werden kann.

Dr. Enge (Schlußwort): Ich möchte gegenüber den Ausführungen des letzten Redners bemerken, daß eine optische Wirkung dergestalt eintritt, daß das Mehrerfordernis, das durch die Anwendung der zweiten Gehaltsnovelle bedingt ist und das für alle Landes- und Bundesangestellten ein Erfordernis von 810.000 S erfordert, im Kapitel 2 bei den Bezügen der Zentralämter eingebaut wurde. Den Mitgliedern des Finanzausschusses war es selbstverständlich begreiflich und ich glaube, auch den Mitgliedern des hohen Hauses und der breiten Öffentlichkeit, daß ein Ausschuß, der sich in 31 Sitzungen mit einem Voranschlag befaßt, auch das Interesse hat, die letzten Auswirkungen eines in Wien beschlossenen Gesetzes noch im letzten Momente unterzubringen, um es eben im Sinne der Beamten zu ermöglichen, daß die Auswirkung, die Auszahlung möglichst rasch erfolgen soll. Etwas anderes ist nicht geschehen. Sonst hätte man dieses Gesamterfordernis von 810.000 S zerteilen müssen in hunderte Einzelposten und aufteilen müssen auf die einzelnen Kapitel. Nur aus diesem Grunde und in diesem Falle decken sich die Bestrebungen des Finanzausschusses, des Finanzreferates mit den Bestrebungen, die der Herr Vorredner ins Treffen geführt hat, um den Beamten rasch zu helfen, nur aus diesem Grunde, nicht um eine optisch falsche Wirkung zu erzielen, wurde einhellig im Finanzausschusse es gut geheißen, dieses Mehrerfordernis in diesem Kapitel unterzubringen, so daß ich glaube, daß die Bedenken des Herrn Vorredners unberechtigt sind. Im übrigen möchte ich die Kapitel 1 und 2 samt den von mir vorgebrachten Entschlüssen zur Annahme beantragen und ich bitte daher das hohe Haus um die Annahme dieser Kapitel samt Entschlüssen- und Abänderungsanträgen.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und bitte die Mitglieder des hohen Hauses, welche für Kapitel 1 und 2 in der vom Berichterstatter vorgebrachten Fassung samt Abänderungs- und Beschlüssenanträgen sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere die Annahme gegen 2 Stimmen.

Wir kommen nunmehr zu Kapitel 3. Berichterstatter ist der Herr Abg. **Leichin**.

Berichterstatter Leichin: Hohes Haus! Ich habe über Kapitel 3 zu berichten, und zwar vorerst über Titel 1, Schub.

Erfordernis 81.000 S, Bedeckung 25.000 S, Abgang 56.000 S.

Ich bitte um die Annahme dieses Kapitels.

Dr. Oberegger: Hohes Haus! Es ist das das einzige Kapitel in diesem Voranschlag, welches Gelegenheit gibt, im allgemeinen die Frage der Sicherheit des Landes anzuschneiden. Ehe ich jedoch hiezu meine Bemerkungen vorbringe, möchte ich für den Fall, daß ein sehr geehrter Herr Redner oder der Herr Berichterstatter mir entgegentritt, bitten, dies nicht in der Form zu tun, wie es der letzte Herr Berichterstatter gemacht hat, welcher die Güte hatte festzustellen, daß die Berechnungsart, welche ich wünschte, zu lange dauern würde. Ich habe mich genau erkundigt, auf welche Art und Weise diese Berechnungen vor sich gehen und habe gedacht, sie würden in Prozenten gemacht werden. Ich hätte das gut verstanden, weil dies dem Bundesvoranschlag entsprochen hätte, der auch um Prozente die Angestelltenbezüge erhöht. Es ist mir geantwortet worden, es werde Post für Post errechnet. Das kann man natürlich nur bei den einzelnen Ämtern und bei den einzelnen Dienstzweigen erreichen und am Schlusse addieren. Infolgedessen hätte es genau dieselbe Zeit gekostet, ja weniger, falls man die Erhöhung kapitelweise eingestellt hätte. Ich bringe dies nur deshalb vor, weil ich naturgemäß Wert darauf lege, daß ich bei Dingen, in denen ich in die Sache eingehe und nicht etwa eine optische Wirkung für mich zu erzielen beabsichtige, Entgegnungen bekomme, die nicht stichhältig sind.

Ich will mich nun mit den Sicherheitsverhältnissen im Lande beschäftigen, bei welchen in letzter Zeit gewisse Tendenzen laut geworden sind, die eine Ablehnung von Seite anderer Kreise erfahren haben. Es ist uns nicht entgangen, daß die Absicht besteht, Polizei und Gendarmerie in eine andere Organisationsform zu bringen, als dies bisher der Fall gewesen ist. Es ist auch darüber dann in den Zeitungen verhältnismäßig viel geschrieben worden und ich würde darauf nicht zurückgekommen sein, wenn nicht unlängst eine sogenannte Aufklärung vom Polizeipräsidenten und ehemaligen Bundeskanzler **Schöberl** in den Blättern zu lesen gewesen wäre. Diese Aufklärung scheint mir im Gegensatz zu stehen mit jener Auffassung, die das Land Oberösterreich in einem einstimmigen Beschlusse vor kurzer Zeit dargetan hat und in welchem Oberösterreich sich kategorisch dagegen gewehrt hat, eine Abänderung der Struktur der Gendarmerie vorzunehmen. Also entweder ist das, was hier in der Presse steht und was durch die Wiener Zeitung verbreitet

worden ist, nicht vollständig auf der Basis der ursprünglichen Auffassung stehend oder ist das, was ein Landtag gesagt hat, nicht vollständig richtig. Daher müßte man von Landes wegen Stellung zu der Frage nehmen, weil es natürlich nicht gleichgültig sein kann, in welcher Form die Organisation der Gendarmerie erfolgt. Denn es handelt sich darum, die Organisation der Gendarmerie zu verändern. Es wird nunmehr behauptet, daß es gar nicht darauf ankomme, die Gendarmerieposten zusammenzulegen, ihre Zahl zu vermindern, während der Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich Langoth feststellt, daß die Absicht besteht, die Gendarmerieposten zu verringern. Es ist kein Zweifel, daß die ursprüngliche Tendenz des Erlasses vom 3. November darauf hinausgeht, die Gendarmerieposten zu verringern, indem man der Ansicht ist, daß man mit Motor- und Fahrrädern überallhin gelangen könne, wo eine Notwendigkeit bestehe. Ich glaube, Sie werden zugeben, daß es richtig ist, wenn man der Meinung Ausdruck gibt, daß diese Art Organisation in unserer Gegend unmöglich ist. Ich glaube, daß in Amerika oder in Norddeutschland dies möglich ist, bei uns aber ist dies ausgeschlossen. Ich befürchte daraus eine wesentliche Schädigung der Sicherheitsverhältnisse auf dem flachen Lande. Ein zweiter Erlaß hat die Abschaffung der Abteilungskommanden durchgeführt und es sei, bemerkt hiezu der Zeitungsbericht, dabei keine Schädigung von einzelnen Personen vorgekommen. Dies ist auch nicht richtig. Es ist richtig, daß keine Schädigung einzelner Personen dormalen bei den Kommanden vorgekommen ist, aber die eingeteilten Beamten der Gendarmerie wurden geschädigt, die Bezirksinspektoren, die Revierinspektoren, die eingeteilt waren. Es wird behauptet, daß die Zustimmung aller Landeshauptleute vorgelegen sei. Ich kann mir dies nicht vorstellen; denn Oberösterreich hat in einem einstimmigen Landtagsbeschlusse anlässlich der unlängst stattgefundenen Budgetdebatte dagegen Stellung genommen. Ich glaube also, daß vielleicht ein Vortrag stattgefunden hat und anschließend daran ist der genannte Erlaß herausgekommen. Ich halte diese Sache für wichtig, da dormalen die Landesregierung, zumindestens aber der Herr Landeshauptmann eine bestimmte Ingerenz auf die Führung der Agenden der Gendarmerie hat, so daß man nicht über die Angelegenheit zur Tagesordnung hinweggehen soll. Ich habe heute diese Ausführungen mit dem Kapitel 3 verbunden, weil dieses überschrieben ist mit der Bezeichnung „Polizei“ und es daher die einzige Möglichkeit bietet, auf die Sicherheitsverhältnisse in unserem Lande in diesem Zusammenhange einzugehen. Ich gebe mich der Erwartung hin, daß diese meine Ausführungen bewirken werden, daß sich sowohl die Landesregierung wie auch das hohe Haus mit diesen für die Sicherheitsverhältnisse des Landes wichtigen Fragen beschäftigen und diesbezüglich jene Schritte unternehmen wird, die nach der allgemeinen Ansicht die richtigen sein dürften. Ich glaube, daß man der Meinung sein wird, daß man mit Motor- und Fahrrädern an Stelle der lebenden Personen in unseren Gegenden wenig ausrichten kann.

Ing. Paul: Hohes Haus! Auf die Ausführungen des Herrn Vorredners kann ich folgendes feststellen.

Im November waren die Landeshauptleute der einzelnen Bundesländer nach Wien berufen worden und aus diesem Anlasse wurde den Landeshauptleuten dieser Reformplan bezüglich der Reorganisation der Gendarmerie vorgelegt. Damals hat tatsächlich die Absicht bestanden, die einzelnen Gendarmerieposten zusammenzulegen, und zwar wurde das damit begründet, daß die Ausbildung der Gendarmerie eine leichtere und zweckmäßigere wäre, wenn sie zu größeren Posten zusammengezogen sind, weil die einzelnen Gendarmeriebeamten, welche sich am flachen Lande befinden, naturgemäß nicht Gelegenheit haben, sich in polizeilicher und anderer Hinsicht weiter auszubilden. Von diesem Standpunkte aus wäre eine Zusammenlegung der Gendarmerie in größere Abteilungen von Erfolg begleitet.

Ich selbst habe aber gegen diesen Plan Stellung genommen, schon bei dieser ersten Besprechung und habe besonders darauf hingewiesen, daß es gerade für den Gendarmeriebeamten notwendig ist, Personenkenntnis zu haben und die kann er nur auf diese Weise gewinnen, daß er mit der Bevölkerung ständig in engster Fühlung ist. Es wird dadurch der Ausforschungsdienst gefördert. Ich habe außerdem darauf hingewiesen, daß gerade in Steiermark die Terrainverhältnisse sehr schwierige sind und daß es nicht möglich sein wird, von außen her jeden beliebigen Ort des Landes zu erreichen und es ist besonders wichtig, daß die Gendarmerie rasch zur Stelle ist, um ihren Dienst tadellos ausführen zu können. Ich habe diesen Standpunkt damals vertreten und habe auch gegen andere Reformpläne, insbesondere was die Auflaffung der Abteilungskommanden anbelangt, entsprechend Stellung genommen. Um aber da noch sicherer zu gehen, habe ich verfügt, daß von hier aus an alle Landeshauptleute ein Schreiben gerichtet werde, daß das Bundeskanzleramt zu ersuchen wäre, ehe irgendein Erlaß in dieser Beziehung herausgegeben werde, noch vorher das Einvernehmen mit den Landeshauptleuten zu pflegen. Ich habe dies selbst gemacht und habe auch, wie gesagt, alle anderen Landeshauptleute gebeten, sich diesem Schritte anzuschließen. Wie mir von zwei Bundesländern mitgeteilt wurde, ward dieser Anregung Folge gegeben und haben Kärnten und Oberösterreich erklärt, daß auch sie sich an das Bundeskanzleramt mit dem Ersuchen wenden werden, noch vor Hinausgabe eines Erlasses mit den Landesregierungen Fühlung zu nehmen. Die Erlässe sind aber ohne die gewünschte Fühlungnahme hinausgegeben worden und es wird darin verfügt, daß Anregungen gemacht werden sollen, welche Posten aufgelassen werden könnten. Es mag richtig sein, daß nahe einander gelegene Gendarmerieposten vereinigt werden könnten, aber der Streit wird schon dadurch entstehen, daß kein Ort den Gendarmerieposten wird hergeben wollen und selbst in benachbarten Orten wird sich der Streit entwickeln, ob der Posten von diesem oder jenem Orte nach diesem oder jenem Orte kommen soll. Wir haben nach reiflicher Prüfung eine sehr geringe Anzahl, ich glaube 18 Posten, gefunden, welche ohne Schädigung des Dienstes vereinigt beziehungsweise aufgelassen werden könnten. Aber es wird auch das nicht leicht

durchzuführen sein. Eine Auflassung, wie sie bei dieser Besprechung geplant wurde, ist vom steierischen Standpunkte aus auch nicht möglich. Ich werde im Interesse der Ruhe und Sicherheit der Bevölkerung und im Interesse der Durchführungsmöglichkeit aller dieser Aufgaben seitens der Gendarmerie, da ungemein vorsichtig zu Werke gehen und werde immer dagegen Stellung nehmen, wenn ich eine Schädigung unserer Interessen dabei erblicken würde. (Beifall.) (Kapitel 3, Titel 1, wird einstimmig angenommen.)

Präsident: Wir kommen nun zu den Titeln 2 und 3 des Kapitels 3. Berichterstatter ist Herr Abg. **Leichin**.

Berichterstatter Leichin: Hohes Haus! Bei Titel 2, Zwangsarbeits- und Besserungsanstalt Messendorf ist das Gesamterfordernis 135.007 S, die Gesamtbdeckung 79.370 S, so daß sich ein Abgang von 55.637 S ergibt.

Titel 3, Zwangsarbeitsanstalt in Lankowitz, hat ein Gesamterfordernis von 61.960 S, eine Bedeckung von 15.860 S, so daß sich ein Abgang von 46.100 S ergibt. Ich bitte diese Budgetposten anzunehmen.

(Titel 2 und 3 des Kapitels 3 werden einstimmig angenommen.)

Präsident! Es kommt nunmehr Kapitel 4, Titel 1 und 2, zur Verhandlung. Berichterstatter ist Herr Abg. **Dr. Illig**.

Berichterstatter Dr. Illig: Hohes Haus! Als Berichterstatter des Finanzausschusses zu Kapitel 4, Titel 1, Straßen, möchte ich die erfreuliche Tatsache feststellen, daß das Land in weit größerem Ausmaße als im Vorjahre sich der Straßenpflege angenommen hat. Das Gesamterfordernis beträgt 2.282.000 S, gegenüber 1.000.000 S im Voranschlage für das Jahr 1927 und einem tatsächlichen Aufwande von 1.312.617 S im Jahre 1926. Das Straßenproblem ist ja kein rein österreichisches Problem, sondern es ist in den letzten Jahrzehnten ein Weltproblem geworden, seitdem der grundlegende Umschwung des Verkehrswesens durch den Automobilitismus stattgefunden hat. Solange die Straßen lediglich durch den Fuhrwerksverkehr in Anspruch genommen wurden, konnte man sich zur Not mit einem System des Ausbesserns und Ausflickens behelfen, weil der Fuhrwerksverkehr eben geleisbildend auf die Straße wirkt und der Schotter oft schon von selbst in die Straße eingepreßt wird. Der Autoverkehr nimmt die Straße nicht nur absolut in weit höherem Maße in Anspruch, sondern die Art der Inanspruchnahme ist eine grundverschiedene, weil das Auto auf die Straßendecke vorwiegend tangential wirkt und sich der Autoverkehr mit durchschnittlich 10mal größerer Geschwindigkeit als der Fuhrwerksverkehr abspielt. Daher ist eine grundlegende Umwälzung im Straßenbau und in den Straßenerhaltungsarbeiten notwendig geworden. Das früher bei reinem ausschließlichem Fuhrwerksverkehr angewandte System der Ausbesserung, des Ausflickens und Ausflickens versagt hier vollkommen. Es ist notwendig, daß die ganze Straßendecke nach neuen Grundsätzen gebaut und erhalten wird. Es ist daher begrüßenswert, daß das Land Steiermark darangegangen ist, ein großzügiges Straßenbau- und Erhaltungsprogramm durchzuführen

und für das Jahr 1928 bedeutend größere Mittel zur Verfügung stellen will, als im Vorjahre der Fall war. Gerade Steiermark, das infolge der ungünstigen geographischen Lage bezüglich des Fremdenverkehrs in der Hinterhand ist, ist verpflichtet, durch besondere Straßenpflege den Autoverkehr in höherem Ausmaße heranzuziehen als bisher. Ich möchte in diesem Zusammenhange wieder und nochmals auf die Wichtigkeit der Packerstraße hinweisen, die speziell für Mittelfteiermark und Graz eine Notwendigkeit ist, weil gerade durch das Fehlen dieser Straße der internationale Autoverkehr von Graz abgehalten wird. Es ist interessant, daß beispielsweise das kleine Leoben eine größere Frequenz an internationalen Autos aufweist als Graz.

Das ordentliche Erfordernis für Straßenwesen beträgt 1.734.000 S. Hier hat der Finanzausschuß in Rubrik 2 die Post in der ursprünglichen Vorlage von 1.000.000 S auf 1.100.000 S erhöht. In dieser Rubrik, „Besondere Instandsetzung verkehrswichtiger Straßenverbindungen“, ist außer für die schon erwähnte Packerstraße auch ein Betrag für die Gesäusestraße vorgesehen und auch das Straßennetz im Bezirke Friedberg, das bisher allzusehr vernachlässigt war, hat besondere Berücksichtigung gefunden, so besonders die Straßenzüge Beigütl—Vorau, Beigütl—Bruck a. d. Lafnitz und einige andere. Auch die Straße Weiz—Passail, die sich bisher in lebensgefährlichem Zustande befunden hat, wird nunmehr eine Neugestaltung erfahren. Auch die Grundseerstraße, die für den Fremdenverkehr wichtig ist, wird fertiggestellt und noch einige andere wichtige Straßen. Endlich sind auch auf Antrag des Finanzausschusses für die Grazer Straßen 100.000 S statt 30.000 S eingesetzt und für die Straßen der Umgebung Graz 30.000 S.

Das außerordentliche Erfordernis beläuft sich auf 548.000 S, die Bedeckung für den Titel „Straßenbau“ beträgt 30.000 S als Erträgnis an Mautgebühren für die Erhaltung der Straße Rohrbach—Beigütl—Waldbach. Hier hat ebenfalls der Finanzausschuß den ursprünglichen Betrag von 60.000 S auf 30.000 S abgeändert.

Das Gesamterfordernis des Titels 1, des Kapitels 4, beträgt somit 2.282.000 S, die Bedeckung 30.000 S, daher der Abgang 2.252.000 S.

Ich beantrage, den Titel 1 des Kapitels 4 mit den angegebenen Änderungen des Finanzausschusses anzunehmen, außerdem bitte ich um Annahme der Beschlüsse anträge des Finanzausschusses, welche lauten:

Zu Abschnitt I, Kapitel 4, Titel 1 und 2 (liest):

„Die veranschlagten Mittel für Straßen- und Wasserbau sind im Jahre 1928 für die weststeierischen Bezirke wegen der außerordentlichen Verhältnisse in diesem Gebiet mit Beginn der Bauzeit sofort im Frühjahr 1928 in voller Höhe flüssigzustellen, damit mit den geplanten Arbeiten sofort begonnen werden kann und die Arbeitslosigkeit gemindert wird.“

Zu Abschnitt I, Kapitel 4, Titel 1 (liest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, durch eine Novellierung des Landesgesetzes über die Hereinbringung von Straßenerhaltungsbeiträgen zu-

gunsten der Bezirke und Gemeinden dafür Sorge zu tragen, daß künftighin diesen Gebietskörperschaften wesentlich höhere Straßenerhaltungsbeiträge seitens der Interessenten zufließen“.

Zu Abschnitt I, Kapitel 4, Titel 1, Rubrik 2 (liest):

„Die Erhöhung des Erfordernisses um 100.000 S ist bestimmt für die Instandsetzung der sogenannten Grazer Seitenstraßen (Bezirk Umgebung Graz 30.000 S, Stadtgemeinde Graz 100.000 S anstatt 30.000 S).“

Wiesler: Hohes Haus! Es ist keine Schimäre, es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß der Bau von Straßen, seien es Bezirksstraßen erster und zweiter Klasse oder sonstige Verbindungsstraßen, eine derartige Wichtigkeit für das Land Steiermark bedeuten, insbesondere für das Mittelland, für die Ost- und Weststeiermark, weil die Schotterbeschaffung eine ziemlich schwierige ist, daß der Einfluß und die Wichtigkeit für gute Straßen eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Lage in diesen Landesteilen hat. Die seinerzeit, lange vor dem Kriege gebauten Straßen sind teilweise ohne Untergrund, teilweise mit mäßigem Untergrund hergestellt worden und der ganze Verkehr, der sich nachher entwickelt, hat insbesondere durch die große Belastung von Lastautos, durch Personen-Automobile und sonstiges Großfuhrwerk es mit sich gebracht, daß die Abnutzung der Straßen selbstverständlich eine viel größere geworden ist. Es müßten Mittel zur Verfügung gestellt werden, die die Bezirke allein aufzubringen nicht imstande sind und das Land eine Aushilfe wird geben müssen. Es ist ja auch schon im hohen Maße bekanntgegeben worden, daß auch diese Aushilfe keinen idealen Zustand für die Bezirke beinhalten kann, nachdem die Bezirke durch die Umlagen für die Straßenerhaltung bedeutend belastet werden. Da auch Bahnbauten in den nächsten Jahren sicher nicht stattfinden können, nachdem der Bund und das Land die Zinsengarantie nicht übernehmen können und wollen, so kommen die heutigen Straßen selbstverständlich zu höherer Bedeutung und meine Partei begrüßt es daher auf das lebhafteste, daß durch die Bereitstellung immer größerer Beträge endlich der Anfang gemacht ist. (Beifall beim Landbund.)

Pfortner: Es ist gewiß erfreulich, daß in dem diesjährigen Voranschlag die Landesregierung uns einen Vorschlag macht, dahingehend, daß große Straßenzüge ausgebaut, verbessert und neu hergerichtet werden sollen. Wir begrüßen es insbesondere, daß auch im Ennstale eine Reihe von Straßen neu hergerichtet werden sollen, die bisher ziemlich stiefmütterlich behandelt wurden. So der Ausbau der Lauffastraße, die Fortsetzung nach Weißenbach und Altenmarkt und insbesondere die Ausgestaltung der Grundseerstraße, und speziell möchte ich darauf hinweisen, daß es als eine große Wohltat empfunden werden wird, wenn das langjährige Projekt mit dem Ausbau der Hieslau—Gstatterboden—Gesäusestraße in Angriff genommen wird. Wenn wir uns damit überhaupt befassen, so tun wir es deswegen, weil wir eigentlich freudig davon überrascht sind, daß es endlich einmal dazu kommt. Aber wir können nicht umhin, zu bemerken, daß unsere Hoffnungen nicht voll und ganz erfüllt werden, weil die

Gesäusestraße wieder nur zum Teile hergerichtet werden soll, zwar freilich das größte Stück von Hieslau—Gstatterboden—Gesäuse-Eingang. Es ist interessant und typisch, daß vorher projektiert war, diese Straße weiter auszubauen, und zwar über Admont nach Selztal. Dieses Projekt scheint nun fallengelassen worden zu sein. Wir kennen auch die Gründe hiesfür. Diese liegen in der Uneinigkeit der betreffenden Interessenten und insbesondere einiger Mitglieder des Bezirksverwaltungs-Ausschusses von Liezen, die absolut nicht haben wollen, daß diese neue Straße durch das Gesäuse von Admont nach Selztal geht, sondern unbedingt aus lokalpolitischen Gründen haben wollen, daß diese Gesäusestraße einen Umweg machen soll über Liezen, damit die dortigen Gastwirte und Kaffeehäuser unbedingt mehr Bier als notwendig auschenken und weißen Kaffee verkaufen können. Anstatt auf dem kürzesten Weg nach Leoben kommen zu können, soll man weiterhin gezwungen werden, den Weg über Liezen zu machen, um von dort nach Selztal zu fahren. Es mußte leider darauf Rücksicht genommen werden, und so sehen wir, daß nur der erste Teil der Straße in Angriff genommen worden ist, der untere Teil Hieslau—Gstatterboden—Gesäuse-Eingang.

Ich möchte mir gestatten, noch auf einiges aufmerksam zu machen. Auch die Grundseerstraße ist reformbedürftig und es wird nur angenehm berühren, wenn sie in einem halbwegs fahrbaren Zustand hergestellt wird. Jeder, der dies Gebiet kennt, weiß, welche ungeheure Entwicklung der Fremdenverkehr in den letzten Jahren genommen hat und man muß es daher begreiflich finden, daß alle dieses Projekt freudig begrüßen. Wir müssen aber feststellen, daß diese Bauarbeiten nicht immer so geführt werden, wie sie im Interesse des Landes und der Arbeiter sind. Wir haben gerade beim Bau der Grundseerstraße feststellen müssen, daß die notwendigen Gelder für die Lohnauszahlungen nicht immer rechtzeitig vorhanden waren, so daß man die Arbeiter verträsten mußte. Das ist eine unangenehme Situation nicht nur für den betreffenden Beamten oder Bau-Schreiber, sondern auch für die Arbeiter selbst. Ich bin der Meinung, daß, wenn man schon größere Beträge in das Budget einstellt, dann dürfen sie nicht bloß auf dem Papier stehen, sondern man muß mit allen Mitteln frachten, die notwendigen Gelder rechtzeitig flüssigzumachen, um die Lohnbedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen. Im übrigen sind wir der einhelligen Meinung, daß gerade in der Zeit des aufsteigenden Fremdenverkehrs, in der Zeit der Automobilisierung es notwendig ist, die Straßen besonders zu verbessern, zu verbreitern usw. Wir können gerade da im Ennstale ein Lied singen, wie stiefmütterlich wir hinsichtlich des Eisenbahnverkehrs behandelt werden, wo nur alle 6 bis 7 Stunden ein Zug geht, so daß man zum Auto als Verkehrsmittel greift. Diese Autos können aber nicht verkehren, weil sich die Straßen in einem sehr schlechten Zustande befinden, daß kaum eine Privatperson, geschweige denn die Postverwaltung sich bereit findet, einen Autobetrieb instand zu setzen, um dem Nahverkehr zu genügen. Erst der Bau und die Ausgestaltung dieser beantragten Straßenzüge wird dazu beitragen, auch hier den Wünschen der

Ennstaler Bevölkerung entgegenzukommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Auer: Hohes Haus! Aus der Erhöhung des Erfordernisses zur Instandhaltung der Grazer Seitenstraßen erhoffe ich mir auch die endliche Inangriffnahme der Arbeiten in der Grabenstraße und Heinrichstraße. Der Zustand dieser Straßen ist einfach skandalös und einer Stadt wie Graz unwürdig. Es ist sehr bedauerlich, daß in diesen alten Straßen, wo der Autoverkehr eingeseßt hat, für die Häuser, die ja nicht für diese großen Erschütterungen gebaut sind, dieser Zustand gerade eine Gefahr bedeutet und das hat sich bei den Häusern Nr. 20, 18 und 17 in einem größeren Umfange gezeigt. Ich möchte da wohl bitten, daß in dieser Richtung bei diesen Straßen in erster Linie etwas geschieht. Diesen Zustand jemanden zu beschreiben, der ihn nicht gesehen hat, ist unmöglich. Die Fußgänger, die aus diesen Straßen kommen, sehen bei Regenwetter aus, als ob sie aus einer weglosen Einöde kommen würden. Was nun den Autoverkehr betrifft, so müssen die Autos bei diesen vielen Löchern und Gruben stets einer Katastrophe gewärtig sein, die Häuser aber könnten monatlich renoviert werden, was die Mieter und Hausbesitzer ganz unnötig belastet. Es ist bis jetzt bereits in ungezählten Eingaben, Beschwerden, Anzeigen auf diese unmöglichen Straßenzustände hingewiesen worden und ich muß mich fragen, ob angesichts dieser vielen ergebnislosen Proteste die Landeshauptstadt Graz diese Straßenschande zur besonderen Illustrierung der bevorstehenden 800-Jahrfeier erhalten will. Man sollte meinen, daß das Bild dieser Straßen keine Sehenswürdigkeit darstellt, um sie weiten Kreisen bekannt zu machen. Ich glaube aber doch, mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß diese nicht mehr aufschiebbaren Straßenarbeiten noch vor Eintreten der Feier der Stadt Graz in Angriff genommen werden.

Auff: Hohes Haus! Ich habe mich im Finanzausschusse vergebens bemüht, den Herrn Finanzreferenten von der Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge für die Erhaltung der Bezirksstraßen zu überzeugen und ist der Betrag von 300.000 S trotz meines Antrages im Budget verblieben. Ich muß sagen, daß uns schöne Worte und die Anerkennung über die Tätigkeit der Bezirksverwaltungen in bezug auf die Straßenerhaltung nicht allzuviel nützen, da die Notlage der Bezirke eine erhöhte Sanierung durch die Landesverwaltung unbedingt notwendig machen würde. Wir wissen, daß nur wirtschaftliche Erwägungen den Herrn Landesfinanzreferenten von einer Erhöhung dieser Subvention abgehalten haben und daß sicherlich alle Parteien der Ansicht sind, daß auf diesem Gebiete mehr geschehen soll als es bisher der Fall war. Der Herr Landeshauptmann hat als zuständiger Referent auch eine Königs-idee, wie sie der Herr Abg. Dr. Engerl genannt hat, in bezug auf die Regelung der steirischen Bezirksstraßen zur Kenntnis gebracht, eine Idee, die sicherlich die Gewähr für eine Verbesserung unseres steirischen Straßewesens bieten könnte, wenn es möglich wäre, diese Idee in die Tat umzusetzen. Der Herr Landeshauptmann vertritt den Standpunkt, daß alle steirischen Bezirksstraßen in möglichst kurzer Zeit in die Ver-

waltung des Landes zu übernehmen und durch das Land zu regulieren seien. Die Ausführung dieses Planes scheitert augenblicklich und vielleicht auch in späterer Zeit am Geldmangel, und wenn wir den uns zur Verfügung stehenden Kreditrest aus der Dollaranleihe restlos verbraucht haben werden, werden wir die Dufende von Millionen Schilling, die wir zur Verwirklichung des Planes des Herrn Landeshauptmannes und Bauamtes benötigen werden, noch schwerer aufbringen, als dies augenblicklich der Fall ist. Eine praktische Ausführung der Idee würde nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn es möglich ist in möglichst kurzer Zeit alle Straßen einer gründlichen Herrichtung zu unterziehen und wenn wir dieses Programm auf ein Jahrzehnt aufteilen wollten, ist wegen der starken Abnützung unserer Bezirksstraßen praktisch eine Neugestaltung unseres Straßewesens unmöglich gemacht. Wenn nun schon einmal alle Bemühungen zur Erhöhung der Landessubvention mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage des Landes erfolglos bleiben, so möchte ich doch den Herrn Finanzreferenten bitten, daß er den Bezirken wenigstens so weit entgegenkommt, daß diese Summe von 300.000 S, die ungefähr 8 bis 10 Prozent der tatsächlichen Aufwendungen der Bezirke für das Straßewesen ausmacht, nicht immer so verspätet flüssig gemacht wird. Wir erhalten jetzt, wenn man beim Landesfinanzreferat sehr gut angeschrieben ist, mit Ende Dezember 1927 die Subvention für 1926, während der für das Jahr 1927 für den gedachten Zweck eingesezte Betrag überhaupt nicht zur Auszahlung gebracht wird, so daß wir frühestens nach bisheriger Gepflogenheit Ende 1928 auf diese 300.000 S, die im Budget für 1928 vorgesehen sind, rechnen können. Man soll mir nicht mit dem Einwand kommen, daß umfangreiche Erhebungen und Berechnungen diese verschleppende Taktik in der Flüssigmachung dieser Landesbeiträge notwendig machen. Ich glaube, daß rein fiskalische Erwägungen diese langsame Auszahlung verschuldet haben und daß man technische Berechnungen und Überprüfungen nur zum Vorwand nimmt, um diese Subventionen des Landes verspätet flüssig machen zu können. Ich muß feststellen, daß man die Art, wie man den Anteil der Bezirke an dieser Subvention berechnet, als sehr rückständig und bürokratisch bezeichnen muß. Ich muß zugeben, daß letzten Endes die tatsächlichen Aufwendungen der Bezirke für die Aufwendung der Subvention maßgebend sein müssen. Wenn man aber nun diese tatsächlichen Aufwendungen überprüfen und durch verschiedene Belege nachgewiesen haben will, das nenne ich bürokratisch und meine, daß es dem Referenten möglich sein müßte, zu einem Schlusse zu kommen, der eine raschere Flüssigmachung der Subvention des Landes an die Bezirke möglich macht.

Es ist im Finanzausschusse ein Antrag angenommen worden, der eine Novellierung des Gesetzes über die Herbeibringung von Straßenerhaltungsbeiträgen vorsieht. Ich hoffe zuversichtlich, daß durch die Annahme dieses Beschlusses der ganzen Sache nicht ein Begräbnis 1. Klasse bereitet wird. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Landesregierung raschestens darangehen wird, diesen Beschlusses des Finanzausschusses und des hohen Landtages in die Tat um-

zusehen. Das gegenwärtig geltende Gesetz über die Herbeibringung von Straßenerhaltungsbeiträgen ist vollständig wertlos. Wenn man nach monatelangen Verhandlungen und Bemühungen von dem einen oder dem anderen Straßeninteressenten wenige Schilling zur Straßenerhaltung erhält, dann sind diese Beträge so lächerlich gering, daß sie für das Budget keine Rolle spielen. Ich spreche sicherlich vorwiegend im Interesse der Landwirte, weil doch die Landwirte es sind, die diese Bezirksstraßen in erster Linie benötigen. (Zeng: „Benützt sie das Gewerbe nicht, die Industrie nicht? Wird nicht stimmen!“ — Dr. Eng: „Erhalten, aber benötigen!“) Ich könnte aus unserem Bezirke nachweisen, daß die Stadt Knittelfeld, die diese Bezirksstraße nicht gebraucht, mehr als 50 Prozent zur Erhaltung der Bezirksstraße beiträgt, während alle übrigen 15 Landgemeinden wesentlich weniger beitragen, als die Stadt Knittelfeld allein. Der Zurschlag geht also von unrichtigen Voraussetzungen aus. Jedenfalls wollen wir uns nicht streiten, sondern wollen der übereinstimmenden Meinung sein, daß man dieses Gesetz aus der Welt schaffe oder eine Novelle dazu beschließe, die eine raschere Abwicklung dieser Frage ermöglicht. Wir sind der Meinung und ich glaube, auch der übereinstimmenden Meinung, daß die beste Lösung darin liegt, daß durch eine Abgabe auf den Betriebsstoff für Kraftwagen ein Teil dieser Erhaltungsbeiträge hereingebracht werden kann. Nachdem aber die Kompetenzen über die Schaffung einer solchen Benzinabgabe noch nicht geklärt sind, wird die Lösung in dieser Richtung noch längere Zeit auf sich warten lassen. Die Notlage der Bezirke zwingt uns, und da geht es allen Bezirken gleich, die Landesregierung zu ersuchen, diesen Erscheinungen ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß von den Abnützern der Bezirksstraßen höhere Straßenerhaltungsbeiträge hereingebracht werden können. Wir sind außerstande, mit diesem Gesetz den Wünschen auf Erhaltung der Bezirksstraßen Rechnung tragen zu können und meinen, daß ein Weg gefunden werden müsse, daß den Bezirken, wenn nicht aus Landesmitteln, so doch aus der Tasche der Interessenten eine höhere Einnahme zufließe. Wenn man nun wieder erklärt, daß die neue Kraftfahrzeugabgabe eine Zwecksteuer sei, so wäre es naheliegend, daß man auch die Bezirke, die ebenfalls unter Kraftfahrzeugen unter Umständen schwer zu leiden haben, an diesem Erträgnisse der Kraftfahrzeugabgabe Anteil nehmen läßt und ihnen eine Quote aus dieser Einnahme für Erhaltung der Bezirksstraßen zuweist. Leider erlaubt es die finanzielle Lage des Landes nicht, eine Lösung in diesem Sinne zu erzielen, und so müssen wir uns auf das Gesetz über die Straßenerhaltung verlassen.

Es freut mich auch, daß ein sozialdemokratischer Antrag bezüglich der Straßenerhaltung in den weststeirischen Bezirken einstimmig angenommen wurde. Der Antrag ist ausgegangen von der Tendenz, der Arbeitslosigkeit in dieser Gegend, die besonders kraft in Erscheinung tritt, dadurch zu steuern, daß die veranschlagten Mittel für diese Gegend schon im Frühjahr 1928 flüssiggestellt werden und der Finanzreferent durch diesen Beschlußantrag des Landtages schon gebunden ist, damit doch die Möglichkeit besteht, in dieser

Gegend mit Beginn der wärmeren Jahreszeit mit diesen Straßenbauten und Wasserbauten beginnen zu können. Die Feststellungen des Landesfinanzreferenten, daß die Steiermark aus dem Verkehr ausgeschaltet erscheine und besonders stiefmütterlich behandelt werde, waren sicherlich notwendig und erfreulich. Die Inanspruchnahme der steirischen Straßen durch Kraftfahrzeuge ist vielfach auf stiefmütterliche Behandlung des steirischen Landes durch die Bundesbahnverwaltung zurückzuführen und es wäre höchst wünschenswert, wenn der hohe Landtag und die Landesregierung sich mit dieser einschneidenden Frage beschäftigen würden. Wir wissen, daß bei diesen sogenannten Verkehrskonferenzen durch Vertreter der Regierung und der Handels- und Gewerbekammer Verkehrswünsche der Steiermark vorgebracht wurden. Wenn ich aber von einem Erfolge bezüglich des Mittagsschnellzuges nach Wien absehe, möchte ich sagen, daß alle diese, von den steirischen Vertretern vorgebrachten Verkehrswünsche bisher keine Berücksichtigung in den Fahrplänen durch die Bundesbahnverwaltung gefunden haben. Steiermark ist lediglich ein Durchzugsland für Jugoslawien und Italien und in dieser Richtung hat man durch entsprechenden Anschluß für einen klaglosen Verkehr Sorge getragen. Alles übrige interessiert die Bundesbahnverwaltung nicht. Und unser Lokalbahnverkehr ist so stiefmütterlich aufgebaut, daß alle, die die Eisenbahn öfter benötigen, ein Klagelied darüber anstimmen können. Wenn man sich die Verhältnisse von Obersteiermark vor Augen hält und sich sagen muß, daß man 8 Stunden im Tage auf der Eisenbahn sitzen muß, wenn man von Knittelfeld nach Graz und wieder zurück fahren will, so ist unser Verkehrselend klar zum Ausdruck gebracht. Genau so verhält es sich für die übrigen Landesteile, und ich meine, daß es dann den maßgebenden Faktoren doch möglich sein dürfte, die von allen Kreisen als stiefmütterlich bezeichnete Behandlung unserer grünen Steiermark einer Besserung zuzuführen.

Jedenfalls glaube ich abschließend sagen zu können, daß unsere Finanzverwaltung im Lande bemüht war, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel eine Verbesserung unseres Verkehrswesens herbeizuführen. Wenn es der Finanzverwaltung gelingt, auch die Bundesbahnverwaltung von der Notwendigkeit der Verbesserung zu überzeugen, so wird es möglich sein, den Fremdenverkehr zu heben. Darüber hat sich Herr Dr. Illig noch nicht ausgesprochen. Seine Sorge bezüglich der Hebung des Fremdenverkehrs war hauptsächlich auf Abschaffung der Herbergsabgabe gerichtet und ein Herr Kollege hat schon betont, daß es andere Probleme zu lösen gäbe als diese, wenn man tatsächlich den Verkehr in Steiermark heben wolle. Es hängt nicht von den Hotels ab, sondern neben den Naturschönheiten von Verkehrsmöglichkeiten. Und diesen Mangel zu beseitigen, soll unsere Aufgabe sein und ich bin überzeugt, dann wird der Fremdenverkehr, wie wir ihn wünschen, in Steiermark einen Aufschwung erfahren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Kammerer: Hohes Haus! Ich lege ebenfalls Wert darauf, hier festzustellen, daß die durch die Verhältnisse bei der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft hervorgerufene Industrie- und Wirt-

schaftskrise zu dem Beschlusantrag geführt hat, daß alle Mittel für Straßen- und Wasserbauten für die weststeirischen Bezirke noch im Frühjahr des Jahres flüssiggestellt und die Bauten in Angriff genommen werden. Es fällt besonders in diese Kategorie hinein der Ausbau der Packstraße, die Straße Geisttal—Stübing und dann die Ausgestaltung der Straßenverbindung Eibiswald—St. Oswald—Soboth unter Vorbehalt des Ausbaues der Bahn Eibiswald—Pöfingbrunn. Außerdem fällt in dieses Kapitel die Herstellung ziemlich vieler Objekte in der Weststeiermark: Im Bezirke Arnfels die erste Teilstrecke der Bezirksstraße Groß-Florian—Gleinstätten und die Mantracher Sulmbrücke, im Bezirke Eibiswald die Gasseldorfer Sulmbrücke, im Bezirke Umgebung Graz die Kainachbrücke bei Lieboch, im Bezirke Leibnitz der Neubau der Scherberlbrücke, im Bezirke Mureck der Ausbau des Weges St. Nikolai o. D. — St. Peter a. D. als Bezirksstraße, im Bezirke Stainz der Neubau der Lafeldsdorfer Bezirksstraße und der Liebocher Kainachbrücke, im Bezirke Volksberg der Neubau der Pichlingerstraße. Wenn alle diese Projekte im Jahre 1928, so weit sie im Voranschlage gedeckt sind, zur Durchführung gelangen, so können wir hoffen, daß wenigstens einigermaßen die dort herrschende Arbeitslosigkeit, die zum Großteil zurückzuführen ist auf die dortigen krisenhaften Verhältnisse, die hervorgerufen worden sind durch die Verhältnisse bei der Graz-Köflacher Gesellschaft, herabgemindert werden.

Ich möchte bei diesem Anlasse, weil ich in der Vorlage 37 meinen Antrag nicht verzeichnet finde, der erst im Finanzausschuß in der letzten Stunde gestellt worden ist, der aber eigentlich zu diesem Kapitel gehört, hier wiederholen. Das Landesbudget schließt mit einem unbedeckten Abgang von über 5 Millionen Schilling. Es heißt dann, es soll dieser seine Bedeckung finden teils durch Verhandlungen mit dem Bunde bezüglich jener Abgaben, welche an das Land zu überweisen sind, im übrigen durch Drosselungen und Sparmaßnahmen. Wir haben die Befürchtung, daß bei diesen Sparmaßnahmen, wieder wie im vergangenen Jahre, das Straßenwesen davon betroffen wird. Deshalb habe ich den Antrag gestellt, daß das Finanzreferat aufgefordert wird, im Falle der Vornahme von Drosselungen im Budget 1928, Ersparungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Straßenwesens zu vermeiden. Die Pflichtleistungen müssen erfolgen. Wenn der Abgang derart groß ist, daß man versucht dort zu sparen, wo keine Pflichtleistungen bestehen, dann ist es möglich, daß hievon die geplanten Straßenbauten betroffen werden, und daher bitte ich, man möge diesen meinen Antrag annehmen, der schon im Finanzausschuß einstimmige Annahme gefunden hat. (Beifall.)

Dr. Minarik: Hohes Haus! Die Drosselung der Post Straßenwesen im vorjährigen Budget hat gerade unsere Oststeiermark schwer getroffen, da kein anderer Landesteil mehr angewiesen ist auf gute Erhaltung und Pflege des Straßenwesens wie die Oststeiermark. Wir in der Oststeiermark mit unserem mangelnden Eisenbahnverkehr müssen immer wieder darauf hinweisen, daß wir gute Straßen brauchen. Aus diesem

Grunde begrüßen wir insbesondere, daß im heurigen Budget ein Betrag von über 2 Millionen Schilling eingesetzt ist und daß eine erhöhte oststeirische Straßenpflege durch Beiträge in Aussicht steht und dadurch eine Inangriffnahme dieser Straßenzüge zu erwarten ist. Zumindest die Inangriffnahme des Straßenzuges Weiz—Passail, wofür als erste Teilpost ein Betrag von 70.000 Schilling eingesetzt ist, wodurch ein alter Wunsch der dortigen Gegend, eine einzige Verbindungsstraße zwischen Weiz—Passail nach Graz hergestellt zu sehen, in Erfüllung geht, ist besonders hervorzuheben. Der Herr Abg. A u s t hat sich früher darüber verbreitet, daß das alte Gesetz über die Einbringung der Straßenerhaltungsbeiträge obsolet ist. Ich schließe mich dieser Anschauung an und begrüße es, daß eine Entschließung zur Annahme empfohlen wird, wodurch eine Novellierung dieses veralteten und in der Praxis unbrauchbaren Gesetzes in die Wege geleitet werden soll. Das Straßenwesen ist für uns in der Oststeiermark, am flachen Lande deswegen so wichtig, weil der Bund daran geht, durch ein großzügiges Bundesanlehen das Straßenwesen endlich einmal in Ordnung zu bringen. Und wenn wir draußen am flachen Lande, in der Oststeiermark mit der Pflege des Straßenwesens zurückbleiben, laufen wir große Gefahr, daß der ganze Automobilverkehr, der Fremdenverkehr, auf den Bundesstraßen sich abwickelt und unsere Nebenstraßen abseits gelassen werden und die Wirtschaft der Oststeiermark immer mehr und mehr verdorrt. Deshalb ist die Pflege des Straßenwesens eine wichtige Lebensfrage. Namens meiner Fraktion begrüße ich es auch lebhaft, daß für die Packstraße ein entsprechender Betrag eingesetzt ist, eine Angelegenheit, die nicht bloß die Weststeiermark betrifft, sondern eine Landesangelegenheit ist, und ich möchte den Herrn Landeshauptmann und das Landesbauamt bitten, mit der Kärntner Landesregierung in Verbindung zu treten, daß diese ein gleiches Gesetz schafft, damit dort die Vorarbeiten ebenso fortschreiten wie in Steiermark und so baldigst ein praktisches Resultat erzielt wird. Ich begrüße es, daß im Budget für Straßenwesen ein Betrag eingesetzt wird, wodurch sich das Budget als wirtschaftsförderndes hinstellt.

Tausk: Hohes Haus! Die Frau Abgeordnete A u e r hat den notorisch schlechten Zustand der Heinrichstraße zur Sprache gebracht, was sicher verdienstlich ist. Es ist ihr aber dabei nur ein Irrtum unterlaufen. Ich kann nicht untersuchen, inwieweit an diesem Irrtum Absicht, inwieweit Ahnungslosigkeit schuld war, da man so oft die Landeshauptstadt Graz und den Zustand der Heinrichstraße in Zusammenhang bringt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Heinrichstraße zu dem Danaergeschenk gehört, das der Bund der Landeshauptstadt Graz verehrt hat — ein Ruckucksei.

Die Frau Abg. A u e r wird sicherlich bei ihrer mächtigen Fraktion im Lande so viel Einfluß haben zu erreichen, daß man ein Kind nicht so verwahrlost weggeben soll, wie der Bund die Heinrichstraße hergeschenkt hat, wie er sie nicht mehr erhalten wollte. Nun haben wir nach langen Kämpfen erreicht, daß das Land jetzt bedeutende Beträge hergeben wird für die Erhaltung der Bundesstraßen im Gebiete der Stadt Graz. Die Erhaltung der Bundesstraßen kostet

der Stadt Graz 12 Millionen Schilling; das kostet das Geschenk des Bundes. Wir haben in langen Verhandlungen erreicht, daß das Land der Stadt Graz einen Beitrag geben wird zur Erhaltung der Bundesstraßen. Wenn Sie nun für diesen Beitrag stimmen, haben Sie auch etwas für ihre engere Heimat, die Heinrichstraße, getan. Aber es ist notwendig, hier im hohen Hause offen festzustellen, daß das Verschulden an diesen verwaorlosten Straßen den Bund trifft und Ihre mächtige Fraktion im Bunde. Dies zur Richtigstellung der Frage Heinrichstraße.

Ing. Paul: Hohes Haus! Herr Kollege A u f t hat über die Auszahlung der Subventionen an die Bezirke bezüglich Erhaltung der Bezirksstraßen Klage geführt. Diese Auszahlung ist tatsächlich sehr schleppend, aber nicht im Sinne des Straßenbaureferates. Leider ist durch die Verhältnisse gegeben, daß sich die Auszahlung lange hinauszieht, weil zum Beispiel für 1927 diese Subvention erst ausbezahlt werden kann, wenn die Bezirke ihre Abrechnungen für ihre im Jahre 1926 geleisteten Arbeiten vorlegen. Die Vorlage dieser Rechnungen und deren Überprüfung nimmt natürlich lange Zeit in Anspruch, so daß die Auszahlung, wie wir leider feststellen müssen, immer eine verzögerte sein wird.

Was nun das Gesetz bezüglich Heranziehung derjenigen zur Straßenerhaltung anbelangt, welche die Straße außerordentlich benützen, liegt die Schwierigkeit in der Erfassung derjenigen, die die Straßen außerordentlich beanspruchen, denn bisher hat sich niemand gefunden, der sich selbst gemeldet hat, er habe die Straße außerordentlich benützt. Im Wege von langwierigen Verhandlungen und im Rekurswege muß derjenige ausfindig gemacht werden, der die Straße außerordentlich benützt hat. Und weil diese Feststellung immer eine langwierige sein wird, wird auch ein anderer Weg, eine andere Form des Gesetzes kaum eine wesentliche Beseitigung bewirken können.

Was die Automobilsteuer anbelangt, so wurde heuer ausgesprochen, daß sie eine Zwecksteuer sein soll, und zwar zur Erhaltung der Straßen, so daß der Wunsch des Herrn Kollegen A u f t, es möge die Autosteuer auch den Bezirken als solche zum Teile zugute kommen, damit erfüllt ist, weil wir auf diese Weise in der Lage sein werden, die Herstellung der Bezirksstraßen zu unterstützen beziehungsweise dauernde Subventionen an notleidende Bezirke auszuführen.

Bezüglich des Baues der Packstraße möchte ich nur feststellen, daß unser Referat in inniger Verbindung mit dem Kärntner Straßenbaureferat ist und daß es sicherlich dem Einfluß dieses Referates gelingen wird, die Kärntner Kollegen zu einer größeren Beitragsleistung zu bewegen, als ursprünglich in Aussicht genommen war. Ich glaube nochmals versichern zu können, daß das Straßenbaureferat sich der Schwierigkeiten und der Bedeutung seiner Aufgabe voll bewußt ist und nach wie vor eifrig bemüht sein wird, den berechtigten Interessen und Wünschen der Bevölkerung tunlichst nachzukommen. (Beifall.)

G a f f: Hoher Landtag! Was für ein wichtiges Mittel, ein Machtmittel ein gutes Straßennetz ist, haben von den westlichen Völkern als erste schon die

alten Römer erkannt. Noch heute bestehen Straßen, die sie seinerzeit gebaut haben und die von uns ohne weiteres benützt werden können. Als die Eisenbahnen in Schwung kamen, trafen die Straßenbauten mehr und mehr in den Hintergrund, weil man die Straßen altmodisch hielt.

Der heutige Autoverkehr beweist uns aber, daß die Straßen wiederum von ganz besonderer Wichtigkeit geworden sind, daß sie Verkehrsmittel und nicht nur Machtmittel sind. Ohne Verkehrsmittel bleibt jede Gegend, und mag sie noch so schön sein, tot. Es gibt dann keine Absatz- und Verdienstmöglichkeiten, keinen Fremdenverkehr. Wir wissen, daß die Straßen eine unbedingte Notwendigkeit für den Fremdenverkehr sind.

Mit der neuen Zeit haben sich auch die Wünsche der Reisenden gesteigert. Sie verlangen sogar staubfreie Straßen und diesen Wunsch kann man nur begrüßen. Es wünschen auch diejenigen, die längs der Straßen wohnen, daß gegen die Staubplage etwas geschieht. Manche Ortschaften im Oberlande und in der West- und Oststeiermark sind heute fast unbewohnbar, weil jedes vorüberfahrende Auto dichte Staubwolken gegen die Fenster hinschleudert, wodurch die Häuser noch stark entwertet werden. Ich möchte mir daher erlauben an das Bauamt die Bitte zu richten, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, unsere Straßen nach modernen Grundsätzen zu bauen, wie sie in den westlichen Ländern Europas schon lange gebaut zu werden pflegen.

Für den Fremden, der im Auto unser Land bereift, bedeutet die Straße auch ein Wahrzeichen unserer Zustände. Wie es noch vor kurzem bei uns ausgesehen hat, haben sich viele Autofreisende höchlich gewundert, daß die Steirer überhaupt in Schuhen gehen und daß sie nicht so wie die Tschuschen die Füße mit Erdäpfelsäcken eingewickelt haben. Man mußte ja nach dem elenden Zustande der Straßen denken, daß die Steiermark eine Ubart der Walachei oder Mongolei darstelle.

Wir dürfen aber als ein Land, das etwas auf Ansehen halten soll, auf diesem Gebiet nicht zurückstehen.

Die Straßenbauten sind aber auch eine gute Kapitalanlage. Wir haben zwar von auswärtigen Geldgebern zu hören bekommen, daß derartige Bauten nicht zu den nutzbringenden zu zählen seien. Ob nun diese Geldgeber noch so erfahrene Wirtschaftsleute sein mögen, darin irren sie sich ganz gewiß. Ich kann mir kaum eine wichtigere und kaum eine günstigere Kapitalanlage vorstellen, als den Straßenbau. Der Straßenbau ist die Grundlage, die Voraussetzung eines jeden wirtschaftlichen Aufschwunges. Als Beweis kann ich Ihnen aufzählen, daß wir vielleicht hundert und aber hundert von Wirtschaften in Steiermark haben, die nicht einmal so hoch liegen, nicht einmal in 1000 Meter Seehöhe, sondern bloß 400—500 Meter hoch und dabei, obwohl sie vorzügliches Obst und guten Wein hervorbringen, wie zum Beispiel zahlreiche Wirtschaften in der Stainzer Gegend, doch fast unverkäuflich und heute fast wertlos geworden sind. Warum, weil derjenige, der sich dort ankauft und niederläßt, eigentlich schon gestraft ist; denn jeder Bedarfsgegenstand, den er dort hinausbringen muß, ist

nur mit ungeheuren Beschwerden und großem Aufwand von Kosten hinaufzubringen und jedes Erzeugnis, das er zu Tal, zur Stadt und zum Markt bringen will, verteuert sich dadurch so sehr, daß er auf so schlechten Wegen kaum die entsprechende Last aufladen kann. Würden wir nicht nur Hauptstraßen ausbauen, sondern auch die Seitenwege, sogar noch die Gemeindewege berücksichtigen, so würden wir bald ersehen, daß auch der Fiskus eine ganz beträchtliche Einnahme daraus gewinnen würde, weile jede einzelne Wirtschaft im Handumdrehen um das doppelte und dreifache teurer wäre und damit die Steuerkraft besser ausgenützt werden könnte. Bei Verkäufen würden die Übertragungsgebühren dementsprechend mehr für Bund und Land abwerfen.

Wo man hinschaut, würden bessere Verhältnisse eintreten, abgesehen davon, daß die Leute, die an solchen Seitenstraßen hausen, genau so Steirer sind wie die Grazer und sie genau so Steuer zahlen und genau solche Berücksichtigung verdienen wie der Städter oder der im Markt oder in der Ebene ansässige Staatsbürger. Zum Vergleiche darf ich mir vielleicht erlauben Ihnen mitzuteilen, daß die Schweizer, diese anerkannt erfahrenen und tüchtigen Wirtschaftsmenschen, schon seit vielen Jahren Autostraßen bis auf die Almen in der Höhe von 2400 m besitzen. Wie wir sie seinerzeit bei Studienreisen in die Schweiz gefragt haben, warum sie so autofreundlich sind, haben sie mitgeteilt, es fällt ihnen gar nicht ein, an Autos und Autosport zu denken, sie haben sich die Straßen für sich selbst gebaut, für ihre bäuerlichen Zwecke, und zwar aus dem Grunde, weil ein Bauer, der dringend auf der Alm zu tun hat, mit einem Motor in wenigen Stunden hinauf- und zurückfahren kann, während eine Almwanderung bei uns einfach 2 bis 3 Tage erfordert und ein Bauer, wenn es bei seinem Viehstand noch so ein großes Unglück gibt, kaum täglich, höchstens einmal in der Woche seine Alm besuchen kann. Daß damit nicht nur ein landwirtschaftlicher Zweck erfüllt ist, sondern auch durch Autostraßen die Gelegenheit gegeben ist, in einem Rutsch einen schönen Aussichtspunkt zu besichtigen, das ist nebenbei ein gesunderer Vorteil.

Wir haben zum Beispiel in Deutschland Straßen gesehen, auf denen die Bauern ihre Erntefuhren im Trab nach Hause fahren konnten. Es ist damit eine Menge an Zeit und Geld erspart, Gespanne und Fuhrwerke werden geschont und es ist daher kein Wunder, daß die deutsche Landwirtschaft auf allen Gebieten weit billiger arbeitet als wir.

Um nun auf den Bahnverkehr zurückzukommen, der von mehreren Rednern gestreift worden ist, glaube ich auch ohnweiters die Ursache aufdecken zu können, warum die steirischen Linien der Südbahnstrecke so stiefmütterlich bedacht worden sind. Es sitzen nämlich bei den Wiener Fahrplankonferenzen der Bundesbahn die politischen Vertreter der Bundesländer, die an der Westbahn interessiert sind. Einer der Stadt Wien, ein Niederösterreicher, ein Oberösterreicher, ein Salzburger, ein Vorarlberger und ein Tiroler. Daß die selbstverständlich in das gleiche Horn stoßen, werden

Sie ohnweiters einsehen. Und nun probieren Sie, diesen Sechsen, gleichgültig ob sie Christlichsoziale oder Sozialdemokraten sind, nun probieren Sie, diesen Sechsen auf der Westbahn auch nur einen einzigen Bummelzug wegzunehmen! Da bekäme es selbstverständlich die ganze Bundesbahnverwaltung mit sechs gewaltigen Streitern zu tun. Für das Gebiet der Südbahnlinie sitzt ein einziger Landesrat in dieser Konferenz. Das ist dann beiläufig so, wie wenn ein Firmiling mit drei Pferdehändlern tarockieren würde. (Heiterkeit!) Der ist glatt ausgeliefert. Wir müssen uns daher von der Bundesbahn gefallen lassen, was immer sie tut. Nicht nur, daß sie im Fahrplan wegstreicht, was sie will, gab sie uns die letzten alten Museumsstücke von Ratterkasten als Fahrpark. Und das nennt sie gleich beteiligen und den Fremdenverkehr bei uns heben.

Vielleicht erinnern sich die geehrten Mitglieder des hohen Landtages an eine Zeichnung, die vor dem Kriege in einem Witzblatt gestanden ist. Da war ein Verkehrsbeamter mit einer roten Kappe, der den Zudrang zum Eilzug zu bewältigen hatte, und da war, wie man aus dem Bilde entnehmen konnte, so ein schauerliches Gedränge, daß kein Mensch zu einem Platz oder Sitz gelangen konnte, worauf der Verkehrsbeamte sagte: „Man kann tun, was man will, der Fremdenverkehr ist nicht auszurotten.“

Das müssen wir unserer Bundesbahnverwaltung mitteilen. Wir haben ja einen Steirer drinnen sitzen, den Herrn v. Foest, haben in ihn großes Vertrauen gesetzt und haben gemeint, er wird doch wenigstens einige unserer steirischen Wünsche durchsetzen, aber nicht nur das allein ist nicht geschehen, sondern von Jahr zu Jahr wird weggestrichen, nach dem Grundsatz, daß man immer in der Richtung des geringsten Widerstandes am meisten ausrichtet.

Ich will Ihnen nicht lange Zähne machen mit dem norddeutschen Luftverkehr. Wir haben bei der Dortmunder Ausstellung gesehen, was sich da abspielt, wie ein vollkommen niedergeschmeckertes Land, ausgepumpt und ausgebaggert, sich durch unerhörte Tatkraft dennoch auch dort durchsetzt, wo der Widerstand am größten war und ist. Die Handelsflotte und die Luftflotte konnte man ihnen nicht verbieten und sie beherrschen mit der Luftflotte den Luftverkehr. Als Kuriosum will ich Ihnen mitteilen, daß sogar Zuchtvieh von der Dortmunder Ausstellung im Luftverkehr nach England ausgeführt worden ist. Wir wären froh, wenn wir in der Stadt Graz einen Ansaß zur Opferbereitschaft sehen würden wegen der Anlage eines Lufthafens, damit man sich doch endlich sagen könnte, es wird etwas, es besteht eine Hoffnung. Aber im ganzen Lande Steiermark, kommt mir vor, will jeder dabei sein, will jeder in unserer Zeitung genannt werden, spielt jeder gerne bei einer Eröffnungsfeier eine Rolle, möglichst sogar als Kommerzialrat, aber zahlen soll immer der andere.

In diesem Zusammenhange müssen wir schon auch der vielgenannten Investitionsanleihe gedenken, die jetzt dem österreichischen Staate zuteil werden soll. Wir haben mit einer großen Freude und Zufriedenheit vom Jahre 1919 bis zum Jahre 1927 zugehört, wie die

Herrn Vorarlberger, Tiroler, Salzburger und zum Teile Oberösterreicher die Elektrifizierungsarbeiten an den Bundesbahnen vollzogen haben, wodurch mehr Geld in ihre Länder gebracht wurde. Von Zehntausenden Arbeitern und Angestellten wurden dadurch die Tagelöhne beibehalten und Angestellten wurden dadurch die Tagelöhne in diesen Ländern verzehrt, was die Gesamtwirtschaft dieser Länder bedeutend anregte und belebte. Das ist alles recht schön, aber wir Steirer müssen uns sagen: Diese westlichen Länder sind ohnehin weitaus günstiger gelegen als wir, und haben weitaus günstigere Erwerbsmöglichkeiten für ihre Landwirtschaft, Industrie und andere Erwerbszweige. Ich erinnere an Salzburg und gewisse Teile von Tirol. Die haben ungleich bessere Absatzmöglichkeiten für Zuchtvieh nach Bayern, und so könnte ich Ihnen noch einige Duzend Beispiele aufzählen.

Diese westlichen Bundesländer haben also durch viele, so viele Jahre hindurch, fast durch ein Jahrzehnt, während der größten Not, durch die erwähnten Bauten aus Bundesmitteln sehr schöne Zuschüsse zu den Erwerbsmöglichkeiten bekommen, daß ich mir schon immer gedacht habe, wenn wir Steirer einmal darankommen, pessimistisch wie ich bin, dann wird es gewiß heißen, jetzt ist nichts mehr in der Schüssel darinnen. Jetzt auf einmal haben die Kohlenbarone und Kohlenjuden richtig entdeckt, es geht so nicht weiter mit der Elektrizität, denn mit der Kohle fährt man weit billiger. Das wollen wir nicht bestreiten, aber wir wollen auch einmal zu diesem Investitionsbraten eingeladen werden und bitten daher recht sehr, daß der geehrte Bund auch an uns denken soll, wenn wieder einmal Investitionsbraten öffentlich aufgetragen wird. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Wolf: Hohes Haus! Ich möchte den Anlaß der Beratung des Kapitels „Verkehrswesen“, insbesondere des Kapitels „Straßenbau“, nicht vorübergehen lassen, ohne hier im offenen Hause auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die sich Jahr für Jahr hinsichtlich der Erbauung der Straße nach Soboth ergeben haben. Durch Jahre schon sind Beträge im Landesvoranschläge eingelegt worden, wiederholt hat sich der hohe Landtag mit dieser wichtigen Frage beschäftigt. Leßthin haben sich die Bewohner des Gebietes von Soboth bemüht, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen auf ihre elenden Straßenverhältnisse dadurch, daß die ganzen Bewohner des Gebietes ostentativ von der Wahl ferngeblieben sind. Wahrlich ein rührender Versuch, laut und vernehmlich zu demonstrieren! Ich glaube, daß die Bewohner von Soboth wirklich dazu berechtigt waren. Von Jahr zu Jahr kommen Kommissionen in das Gebiet, Kommissionierungen werden vorgenommen, die Zeitungen beschäftigen sich mit dieser Straßensnise. Man eröffnet in Soboth wohl ein Schulhaus und macht Versprechungen, man rühmt die Bewohner wegen ihres heroischen Verhaltens anlässlich des Abwehrkampfes gegen Jugoslawien, man tut, als ob man die Sorgen erkennen würde und dann stellt sich heraus, daß doch nichts Tatsächliches geschieht. Mir ist bekannt, daß Schwierigkeiten waren mit der Straßenablösung von der Gutsherrschaft Knips von Eibiswald bis St. Oswald und ich habe mit Freude zur Kenntnis

genommen, daß diese Schwierigkeiten beseitigt sind. Nun sind in diesem Jahre 75.000 S im Budget eingelegt. Andererseits wissen wir, daß dieser Voranschlag abschließt mit einem Abgange von etwa 52 Milliarden. Ich fürchte nun sehr, daß der Herr Finanzreferent die Ersparungen, die notwendig sein werden, auch bei dem Kapitel „Straßenbau“ wird machen wollen und daß er auf die 75.000 S greifen wird, die im Jahre 1928 für den Straßenbau nach Soboth eingestellt worden sind. Ich glaube, daß es höchst an der Zeit ist, dieser tatsächlichen Schande ein Ende zu bereiten. Man kann über die Bedeutung dieses Gebietes in volkswirtschaftlicher Hinsicht denken wie man will. Ich glaube, daß das ganze Gebiet von Soboth volkswirtschaftlich nicht den Wert darstellt, daß der Straßenbau mit einem Aufwand von 8 bis 10 Milliarden gerechtfertigt erscheint. Aber *d a r ü b e r* zu reden ist jetzt müßig; das Gebiet gehört zu Steiermark und das ganze Land hat die Verpflichtung, diesen Bewohnern die wirtschaftliche Existenz zu ermöglichen. Es ist unumgänglich notwendig, daß ehestens, noch im Jahre 1928, dieser Straßenzug wenigstens teilweise hergerichtet wird, weil dadurch auch die Arbeitslosigkeit im Gebiete Eibiswald-Wies-Steyeregg wirksam bekämpft werden könnte. Ich habe daher an den Herrn Finanzreferenten die dringende Bitte, das dringende Ersuchen zu richten, daß diese Post nicht eingezogen wird in die Ersparungen wegen der notwendigen Bedeckung des Defizites. Ich will hoffen, daß wir im nächsten Jahre schon auf einen Erfolg in bezug auf den Straßenbau nach Soboth hinweisen können.

Leichin: Es erscheint ganz merkwürdig, daß bei dieser Post „Straßen“ immer auf die hohe Summe hingewiesen wird, die für den Straßenbau eingestellt wurde. Ich gebe zu, daß es im Rahmen der Finanzen des Landes eine beträchtliche Summe ist und einen Fortschritt bedeutet gegenüber der Summe, die bisher eingestellt und tatsächlich verwendet wurde. Wir haben in den vorausgegangenen Jahren immer wieder erfahren müssen, daß die Beträge, die eingestellt worden sind, nicht für den Straßenbau ausgegeben wurden, sondern daß der frühere Finanzreferent *P r i s c h i n g* einfach diese Beträge nicht verausgabte. Er erklärte einfach, dafür habe er kein Geld. Wenn man die Wichtigkeit des Straßenbaues erkennt, darüber immer wieder bittere Klage führt, daß die Straßen vernachlässigt sind, so müßten die Herren ihren eigenen Parteigenossen, den früheren Finanzreferenten, anklagen.

Nun noch eines. Wir sehen, daß im Voranschlag eine Million Schilling eingestellt ist. Ich erkenne an, daß das im Verhältnis zu den Finanzen des Landes eine bedeutende Summe ist; aber auch gegenüber dem, was in den vorausgegangenen Jahren geschehen ist. Damit will ich nicht behaupten, das nichts geschehen sei. Aber man vergleiche das, was die Stadtgemeinde Graz für die Straßen ausgibt. Sie will im kommenden Jahre die Annenstraße neu pflastern lassen, wofür sie 2-2 Millionen Schilling ausgeben muß. Das zeigt von einer viel intensiveren Tätigkeit, als sie bisher vom Lande entfaltet wurde, obgleich die Herren über das Wenige um so mehr reden. Das ist wirklich eine Arbeit, wo nicht nur Arbeiter Beschäftigung finden,

sondern die Stadtväter auch zeigen, mit welchem Geschick sie die Gelder für diese Bauarbeiten mobil machen. Da hätten Sie einen Vergleich anzustellen, einen Vergleich gegenüber der Tätigkeit der Stadtgemeinde Graz auf dem Gebiete des Straßenbaues, ohne dem jetzigen Finanzreferenten einen Vorwurf machen zu wollen. Wenn man die Tätigkeit der Gemeinde Graz auf dem Gebiete des Straßenwesens mit der Tätigkeit des Landes vergleicht, dann müssen wir schon sagen, daß die Tätigkeit des Landes gegenüber der Stadtgemeinde Graz als jämmerlich bezeichnet werden muß. Ich glaube, es wäre besser gewesen, wenn die Herren vom Straßenbau des Landes nicht soviel Aufhebens gemacht hätten. Allerdings wollten sie mit ihremerede der Bevölkerung nur zeigen, wie tüchtig sie sich einsetzen, um das Straßenwesen auszubauen, oder wie Abg. Illig gesagt hat, um den internationalen Verkehr von Leoben nach Graz abzulenken.

Herr Abg. G a ß hat in seiner humorvollen Weise ausgeführt, daß er pessimistisch ist und sich denkt, wenn es zu einer Elektrifizierung der Eisenbahn kommt, wenn Steiermark darankommen soll, wird für Steiermark kein Geld übrig bleiben, dann wird die Schüssel leer sein. Zu diesem Zwecke, die Elektrifizierung der Eisenbahn zu fördern, ist ein Antrag von Seite der Großdeutschen gestellt worden. Ich habe schon einmal auf diese Demagogie verwiesen. Nun hat Abg. G a ß noch einmal diese Frage aufgerollt. Es ist daher schon wichtig, aufzuzeigen, wie überhaupt die Frage des Elektrifizierungsprogrammes entstanden ist. Dabei müssen wir feststellen, daß diese Frage ausschließlich der Wahldemagogie ihre Existenz zu verdanken hat und man der großen Masse wohl Sand in die Augen streuen wollte, um den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ich will nicht auf die Veröffentlichungen der Bundesbahndirektion und auf die Antwort von einem Elektrotechniker im „Österreichischen Volkswirt“ eingehen. Es sind das Berechnungen, die von Fachmännern zu prüfen und zu beurteilen sind. Wir haben zu diesen Berechnungen keine Stellung zu beziehen. Wir müssen nur bedauern, daß durch die Einstellung der Elektrifizierung eine große Zahl Arbeitsloser, Arbeiter und Angestellte, um ihre Hoffnung betrogen werden.

Aber wie ist dieser Gedanke der Elektrifizierung überhaupt entstanden? Wir hatten im April die Wahlen. Da brauchte man einen Wahlschlager, um die sozialdemokratische Partei in eine ungünstige Position zu drängen, sich vor allem durch die Investitionstätigkeit der sozialdemokratischen Mehrheit in Wien nicht in den Schatten stellen zu lassen. In Wien investieren die Sozialdemokraten, und zwar nicht wenig. Jeder muß gestehen, daß Wien ungeheure Summen zum Aufbau der Wirtschaft ausgibt. Es gibt keine Stadt auf der ganzen Welt, die das leistet, was die Stadtgemeinde Wien auf diesem Gebiete der Aufbautätigkeit leistet. Sie baut nicht nur Wohnhäuser, sie tut alles, was sie nur machen kann, so daß auch die Gegner Achtung vor dieser Tätigkeit empfinden. Nun kamen die Nationalratswahlen. Da brauchte man irgend einen Schlager. Reklame um jeden Preis mußte gegen die Sozialdemokraten gemacht werden.

In dieser Wahlnot war es der christlichsoziale Nationalrat Dr. H a i n l, der das Schlagwort der Investierung großer Beträge für die Elektrifizierung der Eisenbahnen hineingeworfen hat. Wie dieses Schlagwort einmal da war, gab es kein Aufhalten mehr. Es wurde einfach in das Wahlprogramm der Einheitsliste aufgenommen. Damit glaubten sie, daß sie die Bevölkerung, daß sie Stimmen gewinnen werden. Erst nach der Wahl hat man diese Frage überprüft, ob sie technisch und finanziell möglich sei. Nachdem diese Frage auf ihre technische Durchführbarkeit und finanziellen Möglichkeiten geprüft war, hat man erst erkannt, daß man sie nicht aufrecht halten kann. Aber sofort, als dieses Schlagwort in die Wahlen hineingeworfen wurde, hat man ein Investierungsprogramm aufgestellt und bei der Aufnahme einer Völkerbundanleihe auch auf diese Frage Rücksicht genommen. Wir brauchen Kredite für Investierungszwecke, die uns der Völkerbund geben soll. Und nachdem die Frage ausgerollt war, mußte man in Genf und London gestehen, daß die Elektrifizierung unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich ist, man diesen Punkt der Völkerbundanleihe nicht mehr aufrecht halten kann. Bei der Frage der Elektrifizierung der Bundesbahnen wurde im Bunde dasselbe Manöver getrieben, wie bei der Dollaranleihe bei uns in Steiermark. Auch bei uns in Steiermark war es nicht anders. Wie ist das Programm für die Dollaranleihe aufgestellt worden? Man hat sich zusammengesetzt und dann hat der Finanzreferent gesagt, zu was werden wir die Gelder verwenden? Da bauen wir ein Hotel in Admont und eines in St. Michael usw. In dieser unverantwortlichen Oberflächlichkeit (G a ß: „Das ist nicht wahr, man hat die Straßen auch hineingenommen!), wurde mit dem Vermögen der Bevölkerung operiert, mit derselben wahldemagogischen Unverantwortlichkeit, wie man im Bund ein Investierungsprogramm aufgestellt hat. Nun hat man vor der ganzen Welt erklären müssen, wir können nicht investieren, weil keine Berechnungen darüber aufgestellt wurden, ob die Elektrifizierung für den Bund erträglich ist. Jetzt muß man dem Völkerbund sagen, wir werden das Geld zu anderem Zwecke verwenden. Vielleicht wird K i e n b ö c k an Stelle P r i s c h i n g s auf den Gedanken kommen, in Admont ein Hotel zu bauen. Ich wollte das nur zu dem Zwecke aufzeigen, weil immer wieder hier von christlichsozialer Seite mit der Unwissenheit der Bevölkerung gerechnet wird, weil Sie glauben, die Bevölkerung hat keine Ahnung von den Dingen, die geschehen, weil sie nur den Sonntagsboten und andere Lokalprovinzblätter (Zwischenruf: „Den Kleinbauern auch!“) lesen. (G a ß: „Reden Sie nicht so einen Quargel daher, reden Sie etwas Gescheiteres!“) Herr Abgeordneter G a ß, es wäre gut, daß Sie etwas gescheiter reden würden. Es wäre besser, Sie machten keine schlechten Witze hier im Hause. Das ist eine ernste Sache und hier handelt es sich um die Steuergelder der Bevölkerung. Sie haben mit Ihrer Partei bewiesen, daß Sie es mit Geldern der Bevölkerung nicht ernst nehmen, sondern vor allen Dingen an Ihre Partei — und an Ihre persönlichen Interessen denken.

Berichterstatter **Dr. Illig** (Schlußwort): Ich möchte zu den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten **Wolf** und teilweise auch zu den Worten des Herrn Abgeordneten **Leichin** bemerken, daß zur Hintanhaltung einer Streichung im Titel Straßenwesen der Abgeordnete **Dr. Kammerer** ja den Antrag eingebracht hat, daß im Falle der Notwendigkeit von Streichungen bei diesem Titel Ersparungsmaßnahmen vom Finanzreferenten vermieden werden sollen. Ich werde diesen Antrag als Berichterstatter aufnehmen.

Zu den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten **Auff** möchte ich nochmals darauf verweisen, daß für die Bezirksstraßen 300.000 S und außerdem noch 340.000 S für den Neubau von Bezirksstraßen in den Voranschlag eingeseht sind. Zu den übrigen Bemerkungen des Abgeordneten **Auff**, der es für notwendig gefunden hat, mich zu apostrophieren und festzustellen, daß ich die Fremdenverkehrsförderung nur aus dem Gesichtspunkte der Abschaffung der Herbergsabgabe betreiben will, will ich als Berichterstatter nicht sprechen und werde später hiezu Stellung nehmen.

Ich bitte jetzt über meinen Antrag abzustimmen und außerdem über den Antrag **Dr. Kammerer's**, den ich aufnehme, und welcher lautet (liest):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Falle von Drosselungen bei diesem Titel Ersparungsmaßnahmen zu vermeiden.“

(Kapitel 4, Titel 1, wird angenommen.)

Präsident: Wir kommen nunmehr zu Kapitel 4, Titel 2. Berichterstatter ist **Dr. Illig**.

Berichterstatter **Dr. Illig:** Ich habe zu berichten über Kapitel 4, Titel 2, Wasserbau. Es ist im allgemeinen dazu ungefähr das gleiche zu bemerken, wie zum Kapitel Straßenwesen. Auch hier ist erfreulicherweise eine Erhöhung der Aufwendungen des Landes festzustellen, auch hier ist natürlich das, was für 1928 vorgesehen ist, nur als ein Teil eines großen Wasserbauprogrammes anzusehen.

Das Erfordernis gliedert sich in ein ordentliches mit	29.500 S
und ein außerordentliches mit	966.000 „
somit Gesamterfordernis	995.500 S
Die Bedeckung ist vorgesehen mit	110.250 „
so daß sich ein Abgang von	885.250 S

ergibt.

Ich beantrage, Titel 2 des Kapitels 4: „Wasserbau“ mit den angegebenen Ziffern anzunehmen.

Pfortner: Hohes Haus! Auch im Kapitel „Wasserbau“ sieht der Voranschlag größere Beträge als Verwendung für 1928 vor. Die Beträge sind höher als wie im Vorjahre. Wir müssen als Vertreter der Arbeiterschaft nun bei dieser Gelegenheit wiederum unsere Klage, die wir auch im vergangenen Jahre leider erheben mußten, wiederholen, wir müssen leider feststellen, daß die Klagen, die wir vergangenes Jahr vorgebracht haben, zum großen Teile ungehört geblieben sind. Die Mißstände, die wir damals aufgezeigt haben, haben sich auch 1927 an vielen Baustellen wieder gezeigt. Ich weiß nicht, worauf das zurückzuführen ist. Will man bewußt den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, wiederholt in der Öffent-

lichkeit als einer der schuftigsten Unternehmer gebrandmarkt zu werden, durch gewaltsame Sparmaßnahmen Unruhe bei den bei den Wasserbauten beschäftigten Arbeitern herbeizuführen? Irgend ein Umstand muß dazu beitragen, daß alle diese Klagen stets unberücksichtigt geblieben sind. Vor einigen Wochen, es werden 5 Wochen sein, habe ich von dieser Stelle aus auf einen besonders krassen Fall hingewiesen, der sich bei der Ennsregulierung in Pruggen abgespielt hat, wo man die Wahlen der Betriebsräte von der Baukanzlei den Arbeitern vordiktirte. Der Herr Landeshauptmann hat versprochen, auf meine Anfrage zu antworten. Die Anfrage ist unbeantwortet geblieben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit diese damalige Anfrage ein wenig ergänzen und neuerdings auf diese Mißstände aufmerksam machen. Ich hoffe, daß es endlich den Bemühungen der Organe und Funktionäre, die dafür in Betracht kommen, gelingt, diese Mißstände aus der Welt zu schaffen. Es ist ein unerträglich Zustand, daß bei manchen Bauten des Landes Steiermark die Arbeiter viel schlechter bezahlt werden, als im letzten Betriebe. Ich sage nur bei manchen Bauten. Hier kommt es gerade auf die diensttuenden Bauleiter und anderen Beamten an. Wir haben noch später bei Kapitel 5 Gelegenheit über die Paltentalentwässerung zu reden. Ich möchte aufzeigen, daß wir dort einen großen Stock von Arbeitern beschäftigt haben. Herr **Baudirektor Eichkiz** und **Oberbaurat Dr. Simmler** haben die Baustellen wiederholt besichtigt und es ist dort nie zu Reibereien gekommen. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die Arbeiter sich organisiert haben, und daß mit den Betriebsräten Verhandlungen gepflogen wurden. Eine andere Gepflogenheit war nie dort der Fall. Die Betriebsräte wurden selbstverständlich anerkannt, und wenn Herr **Baudirektor Eichkiz** oder Herr **Oberbaurat Dr. Simmler** etwas wollten, so haben sie sich an den Betriebsrat gewendet, und es wurde im besten Einvernehmen gearbeitet. Nicht nur die Arbeit sondern auch die Lohnverhältnisse wurden im besten Einvernehmen geregelt. Man sieht, daß dies möglich ist, wenn der Beamte den Arbeitern gegenüber ein gewisses Verständnis an den Tag legt. Wie ist es bei der Ennsregulierung? Für diese ist ein ziemlich großer Betrag eingeseht. Wir sehen aber, daß die Löhne bei der Ennsregulierung bedeutend geringer sind, als bei der Paltentalregulierung oder bei anderen Baustellen, ja daß es vorkommt, daß die Arbeiter ganz unregelmäßig, so individuell, wie es der Bauschreiber vornimmt, bezahlt werden. Sie sind dem einzelnen Partieführer, dem ehemaligen Italiener **Motto** ausgeliefert, den man zum Betriebsratsvorsitzenden wählen ließ. Wo anders geschieht das nicht. Nur bei der Ennsregulierung hat man den Partieführer, der auch der Bauleitung und dem Ingenieur in den Kram paßt, zum Betriebsrat wählen lassen. Ein anderer Arbeiter, der zum Betriebsrat gewählt worden wäre oder ist, der wird willkürlich entlassen. Wie ich meine Anfrage vor einigen Wochen an den Landeshauptmann richtete, habe ich dargelegt, daß nicht nur die Entlohnung eine sehr unregelmäßige ist, sondern daß auch noch ein anderer Übelstand zu verzeichnen ist, daß man mit Vorliebe versucht, die Arbeiter zu entlassen, wenn sie einige Wochen

beschäftigt sind, daß man die Baustelle zum Durchzugsarbeitsplatz, zum Taubenschlag gemacht hat, weil man auch die Verschiedenheit in der Entlohnung der Arbeiter herbeigeführt hat. Nicht nur, daß diese Arbeitsstellen zum Taubenschlag für die Arbeiter geworden sind, man hat auch diejenigen Arbeiter, die sich nichts zu schulden kommen ließen, und die aus Furcht vor der drohenden Arbeitslosigkeit mit einer geringeren Entlohnung vorlieb nahmen, entlassen, wenn sie versucht haben, sich zu organisieren. Ich meine, wenn es dem Bauschreiber und Kanzleibeamten gestattet ist und möglich gemacht und zugestanden wird, in Heimwehrversammlungen zu reden und für die Heimwehr zu agitieren, wenn es also den Angestellten des Landesbauamtes ermöglicht wird, in ihrer freien Zeit zu tun und zu lassen, was sie wollen und ihre politische Tätigkeit nach ihrem Geschmack einzurichten, dann müssen wir mit allem Rechte fordern, daß auch den Arbeitern ihr volles Versammlungsrecht gewährleistet wird. Wir müssen verurteilen, daß bis zum heutigen Tage gerade bei der Ennsregulierung noch die traurigsten Zustände bestehen, daß man noch die Sklaverei schwingt über dem Arbeiter, der sich erkühnt, einer Organisation beizutreten und eine regelmäßige Arbeitszeit zu fordern. Es ist interessant, weiter zu bemerken, daß die „unbotmäßigen“ Arbeiter entlassen werden. Wenn man dann fragt, warum sie entlassen worden sind, dann gibt es eine sadenscheinige Ausrede: „Wir müssen den Stand der Arbeiter reduzieren, wir müssen abbauen.“ Und da kann ich folgenden interessanten Fall mitteilen. Es war am 26. November. Da hat man wieder einen Arbeiter, der schon monatelang beschäftigt war, entlassen, weil er in Ungnade bei der Bauleitung gefallen ist, weil er mit dabei war, den Betrieb in Pruggern zu organisieren. Man hat auf die Frage, warum er entlassen wurde, geantwortet, die Arbeit ist geringer, wir müssen im Betriebe Einschränkungen vornehmen. Das war am 26. November, am 28. November, also zwei Tage später, hat man auf derselben Baustelle, den reichsten Bauern von Pruggern, Franz Schwarz bei der Ennsregulierung aufgenommen. Den armen Teufel, der nichts besitzt, den wirft man hinaus, den reichen Bauern, der 6 oder 8 Pferde und ungezählte Stück Vieh besitzt, stellt man im Betriebe der Ennsregulierung an. Wir sind der Meinung, daß öffentliche Bauten dazu angefangen sein müssen, die arbeitslosen Arbeiter zu beschäftigen, solche Arbeiter zu beschäftigen, die mittellos sind, kein Eigentum, kein Vermögen besitzen. Aber die Ennsregulierung, die Bauleitung, vielleicht einige Beamte davon haben es sich zur systematischen Pflicht gemacht, stets die Arbeiter auszutauschen und Besitzer einzustellen. Ich kann nur mitteilen, daß nach meinen letzten Aufzeichnungen eine ganze Reihe von Besitzern eingestellt worden ist, während abgebaute Arbeiter mittellos werdend, wieder der Arbeitslosenunterstützung anheimfielen. In den Betrieb gestellt wurden die Besitzer David Gruber, Alois Schwab, Gottfried Pichler, Schwarz und Alois Kowendl. Das sind Besitzer, die bei der Ennsregulierung als Arbeiter eingestellt wurden. Dafür hat man andere Arbeiter entlassen. Das ist ein logisch unrichtiger Zustand, und

es muß zu einer Erbitterung kommen, und die Arbeiter müssen sich dagegen auflehnen. Aber, daß bewußt und systematisch vorgegangen wird, um eine Organisation nicht aufkommen zu lassen, dafür diene folgendes zum Beweis. In der Nähe bei Haus gibt es einen Sägearbeiter Ferdinand Pircher, einen Sozialdemokraten. Zu dem ist der Strommeister Lohr gekommen und hat ihm gesagt, wenn er weiter bei der Ennsregulierung arbeiten will, dann soll er sich endlich einmal christlichsozial organisieren lassen, dann findet er nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter bei der Ennsregulierung Arbeit. Außerdem sagte er, daß alle Arbeiter, die christlichsozial gesinnt sind, ihm zugewiesen werden sollen und er wird sie jederzeit aufnehmen. Das ist ein Zustand, der ebenfalls unhaltbar ist. Aber das ist kein Terror, kein Zwang (Zenz: „Sozialdemokratisches Rezept!“) Herr Pfarrer Zenz, ich habe schon das letzte Mal gesagt, bleiben Sie bei Ihrem Leisten. Es steht Ihnen schlecht an. Als Geistlicher sollten Sie sich schämen. (Wallisch: „Sie sollten als Geistlicher ja beruhigend wirken.“ — Gaf: „Wie Sie!“) Wenn LR. Zenz auch heute wieder versucht, über diese geschilderten Mißstände mit einem eigentümlichen Lächeln oder wegwerfenden Zwischenrufen hinwegzukommen, so kann ich das nur bedauern, weil er dadurch beweist, daß ihm jedes Gefühl für Gerechtigkeit abhanden gekommen ist. Er klassifiziert sich selbst damit. Wir haben noch das Gefühl, daß solche Unrechte nicht vorkommen dürfen. (Krenn: „Aber nur nicht immer!“) Wenn man auf der einen Seite gesetzliche Bestimmungen hinausgibt und die Unternehmer zu zwingen versucht, die Arbeiter beim Arbeitslosenamt anzufordern, dann müssen diese Richtlinien und Gesetze für alle Unternehmer Geltung haben, sie müssen in erster Linie auch für das Land Steiermark Geltung haben, nicht daß es einem einzelnen Bauleiter obliegt, die Besitzer in den Betrieb zu stellen und die Arbeitslosen, die armen Teufel draußen zu lassen.

Aber nicht nur bei der Ennsregulierung sind solche Mißstände aufzuzeigen, anderswo kommen ähnliche Dinge vor. Oberbaurat Wilkomizer hat bei der Lamingbachregulierung Arbeiter der Märzregulierung übernommen; als Betriebsräte, die ebenfalls bei der Märzregulierung beschäftigt gewesen sind, auch bei ihm um Arbeit anfragten, wurden sie abgelehnt. Ausgerechnet Betriebsräte hat man nicht genommen, weil man natürlich bei diesen Bauten — und auch Oberbaurat Wilkomizer scheint derselben Ansicht zu sein wie Oberbaurat Keller — Betriebsräte nicht brauchen kann, weil das „verheßte Leute“ sind, die versuchen, einen Kollektivvertrag zu erreichen oder zumindestens auf dessen Einhaltung zu bestehen. So haben wir eine Reihe von solchen Fällen, wo wir Beschwerde einlegen und fordern müssen, daß hier endlich geordnete Zustände einzutreten haben, wie wir sie gewöhnt sind an anderen Stellen.

Wir hoffen, daß diese neuerliche Sache, die wir hier zur Sprache bringen, dazu führen wird, unseren berechtigten Beschwerden Nachdruck zu verleihen und die entsprechenden Organe aufmerksam zu machen, sie zu veranlassen, daß sie diese Mißstände abstellen. Es

ist ein sehr ungutes Gefühl, wenn man hören muß, gerade bei den Bauten des Landes und insbesondere bei der Ennsregulierung werden die Arbeiter schikaniert, beobachtet und bespitzelt von allen möglichen Partieführern. Wenn man auf die Straße kommt, in den Bereich der Baubezirksleitung Liezen und mit den Arbeitern spricht, ist in 5 Minuten ein Partieführer oder der Baurat selber da und fragt den Mann: „Wer ist das, der mit Ihnen gesprochen hat.“ Ein schlechtes Gewissen müssen diese Leute doch haben, weil sie jeden Arbeiter so beobachten. Das ist ein vollständig unhaltbarer Zustand und wir richten von dieser Stelle aus bei der Beratung des Voranschlages auch an den Herrn Landeshauptmann Paul das dringende Ersuchen, endlich einmal hier Abhilfe zu schaffen. Es ist unbedingt notwendig, daß bei den Arbeitern draußen das Gefühl eintritt, daß sie nicht ungleichmäßig behandelt werden können und dürfen, sondern daß sie genau so behandelt werden müssen wie jeder andere und Sie müssen wie jeder andere ihnen auch das Recht geben, dieselben politischen Freiheiten in Anspruch zu nehmen als wie sie die Organe des Landesbauamtes in den Kanzleien in Anspruch genommen haben. Aus diesem Grunde möchte ich den Herrn Landeshauptmann Paul dringend ersuchen, diese berechtigten Beschwerden zur Kenntnis zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, daß wir im nächsten Jahre keine Gelegenheit mehr haben, dieselben Beschuldigungen neuerdings zu wiederholen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wiesler: Hohes Haus! Auch für den Titel 2 des Kapitels 4, Wasserbau, wurden von der Landesregierung hohe Beträge eingestellt, die natürlich nicht dem entsprechen, was im allgemeinen dieser wirtschaftlichen Sache zuzuwenden wäre. Doch muß man dankbar anerkennen, daß der Anfang gemacht wird, daß größere Beträge zur Verwendung gelangen sollen. Wenn ich auf meine eigenen Erfahrungen als Bezirksobmann vor dem Kriege im Bezirke Fürstfeld zurückblicke, so muß ich sagen, daß oft Gesuche einlangten, die immer wieder dahin gingen, daß man endlich einmal mit der Flußregulierung beginnen möge. Es ist in dieser Hinsicht vielleicht ein Fehler geschehen, daß die Flusspolizei nicht streng genug gehandhabt worden ist. Wäre das der Fall gewesen, wären die Anrainer leichter zu verhalten gewesen, die kleinen Schäden, die sich ergeben haben, durch das Schlagen von ein paar Stecken, von ein paar Piloten auszubessern, hätten sie das Notwendige vorgekehrt, um nicht größere Schäden entstehen zu lassen, dann wäre es nicht so weit gekommen, daß die Bauern, daß die Besitzer durch das Wegschwemmen von Erdreich große Grundteile verloren haben. Ich möchte die Anregung geben, daß das in gehöriger Weise durchgeführt wird, daß nicht die Gesuche von den Bauern, von den Besitzern, von den Anrainern an die Bezirke kommen, sondern daß man behördlich alle Monat oder sagen wir alle Vierteljahr von den betreffenden Persönlichkeiten, die abgeordnet werden, die Flußläufe durchgehen läßt, um zu sehen, was fehlt, um den einen oder anderen Besitzer zu einer sehr notwendigen Selbstbegehung des Bach- oder kleineren Flußlaufes zu verhalten. Die Flüsse müssen reguliert werden, weil damit auch größtenteils

im Zusammenhange steht die Entwässerung der Wiesen. Solange die Gefälle aber nicht durch die Regulierung der Bäche und Flüsse erhöht werden, das heißt verbessert werden, sind Entwässerungen unmöglich. Man muß daher, das wiederhole ich noch einmal, für diesen Betrag, der nun eingestellt worden ist und im Jahre 1928 sicher zur Auszahlung gelangen soll, dem Lande dankbar sein.

Ing. Paul: Hohes Haus! Auf die Anfrage des Herrn Abg. P o r t n e r wegen der Verhältnisse bei der Ennsregulierung in Pruggern möchte ich folgendes feststellen:

1. Daß nur betriebstechnische Rücksichten maßgebend waren, deren zufolge nach Fertigstellung der Erdaushubarbeiten für die Pflasterungsarbeiten nur mit einem geringeren Arbeiterstande das Auslangen gefunden werden konnte.

2. Hat ein Teil der Arbeiterschaft an einem Montage die Arbeit nicht aufgenommen und sich in der Ortschaft Pruggern in trunkenem Zustande unliebsam bemerkbar gemacht.

3. Erschien einer dieser Leute Montag, den 26. September in trunkenem Zustande auf der Baustelle, störte die Ruhe durch laute Schimpfworte, stieß gefährliche Drohungen gegen die Partieführer und die Bauleitung aus und konnte erst davon durch herbeigerufene Gendarmerie abgebracht werden.

Überdies hat sich ein großer Teil der Arbeiterschaft derart herausfordernd und aufreizend benommen und mit terroristischen Gewaltakten gedroht.

Es wurden daher vornehmlich im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit die unruhigen und zu Gewalttätigkeit neigenden Elemente entlassen.

Diese Entlassungen standen sonach in keinem Zusammenhange mit den Betriebsratswahlen.

Was die in der Interpellation angeführten ungesetzlichen Handlungen und Eingriffe der Ennsbauleitung hinsichtlich der Betriebsratswahl anbelangt, wird nachstehendes angeführt:

Die Betriebsratswahl auf der Ennsbaustelle Pruggern erfolgte am 4. Oktober 1927, an welcher sich vom Gesamtarbeiterstande von damals 90 Mann nur 21 Mann beteiligten.

Bei dieser Wahl wurden die Arbeiter: W i s c h n i k y Franz, Grabner Josef und Brandstätter Lorenz zu Betriebsräten gewählt.

Die Wahl erfolgte unter Außerachtlassung wesentlicher gesetzlicher Bestimmungen und Vorschriften.

Da diese Betriebsräte auch nachweislich Außerungen fallen ließen, daß alle Arbeiter, die sich nicht bis zu einem bestimmten Tage organisieren lassen sollten, entfernt werden würden, ist unter den anderen einheimischen Arbeitern begreiflicherweise eine Unruhe entstanden und die Forderung nach Rücktritt des Betriebsrates im Sinne des § 7 des Betriebsratsgesetzes erhoben worden.

Diese Forderung wurde von 44 Arbeitern vom damaligen Gesamtarbeiterstande von 50 Mann gestellt.

Am 9. November 1927 wurde die Neuwahl durchgeführt und das Ergebnis derselben von dem Wahlvorstand in Pruggern dem Einigungsamte in Leoben im Wege der Ennsbauleitung bekanntgegeben.

Betriebsrat Grabner Josef wurde, nachdem die 2. Betriebsratswahl rechtskräftig war, entlassen. Betriebsrat Wischnitzky ist ohne sich abzumelden nicht mehr auf der Baustelle erschienen, hat später um seine Abrechnung ersucht und sohin freiwillig sein Arbeitsverhältnis gelöst. Brandstätter Lorenz steht noch im Dienste der Ennsbauleitung.

Die Genannten haben nun beim Einigungsamte in Leoben eine Beschwerde wegen Entlassung eingebracht, die Gültigkeit der Neuwahlen überhaupt angefochten und das Begehren gestellt, die am 9. November in Pruggern durchgeführte Betriebsratswahl durch Schiedsspruch als ungesetzlich aufzuheben.

Bei der am 23. November 1927 hierüber stattgehabten Tagung vor dem Einigungsamte in Leoben wurde diese Beschwerde durch Urteil und Schiedsspruch abgewiesen.

Damit ist das Ergebnis der Betriebsratswahl vom 4. Oktober 1927 annulliert und jenes vom 9. November 1927 als rechtsgültig anerkannt worden.

Wie aus dem bisher Gesagten zu entnehmen ist, wurde den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes entsprochen und das Recht der Arbeiter auf freie Betriebsratswahl vollauf gewahrt.

Die Bauleitung der Ennsregulierung beschäftigt in erster Linie Arbeitslose, deren Aufnahme im Einvernehmen mit dem steierm. Arbeitsnachweis erfolgt. Weiters werden auch, und zwar in geringerer Anzahl kleine Besitzer, Keschler, beschäftigt, jedoch sind auch diese arbeitslos und bedürftig, können von ihrem Besitze nicht leben und sind daher auch als Berufsarbeiter anzusprechen. Die letzteren sind seit vielen Jahren bei den Arbeiten der Ennsregulierung beschäftigt, mit den Arbeiten vertraut, welche einer besonderen, nur durch jahrelange Übung zu erwerbenden Geschicklichkeit bedürfen und daher als Spezialarbeiter anzusehen.

Was nun den Bauer Schwarz betrifft, so möchte ich feststellen, und ich habe mich schon sehr gründlich mit dem Wasserbau beschäftigt, daß ich kein Vergnügen an dieser Arbeit entdecken konnte, und ich glaube kaum, daß der reichste Besitzer der Gegend sich kapriziert, an diesen Wasserbauten teilzunehmen. Es ist also nicht richtig, daß dieser Besitzer Schwarz als Arbeiter beschäftigt ist, sondern es ist das ein Bauernsohn namens Schwarz, der aber nicht dieser reiche Schwarz ist. Aus diesen Gründen und weil er arbeitslos ist, wurde er bei den Ennsbauten aufgenommen. Das bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Pfortner: Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann hat nun auf meine neuen Darlegungen in der Sache des Ennsregulierungsabschnittes Pruggern die Interpellation, die ich Gelegenheit hatte, vor einigen Wochen hier einzubringen, beantwortet. Ich muß nun vorweg sagen, daß diese Beantwortung, die hier der Herr Landeshauptmann uns gegeben hat, mir sehr bekannt vorkommt und habe ich so etwas Ähnliches hier bereits liegen, und zwar datiert vom 10. November 1927. Zu dem, was uns heute der Herr Landeshauptmann hier vorgelesen hat, muß ich schon mit einem alten Spruche sagen: „Ich kenne die Weise, ich kenne den Text und ich kenne auch den Herrn Verfasser“. Es ist

sonderbar, daß der Herr Landeshauptmann gerade bei Behandlung einer so ernstlichen Angelegenheit den Herrn Angeklagten hier sprechen läßt, und zwar den Herrn Baurat Keller, der selbst diese Mißstände herbeigeführt hat, sie systematisch fördert und dann das berichtet, was uns der Herr Landeshauptmann hier vorgelesen hat. Dieser Bericht ist vom Baurat Keller abgefaßt, es ist das alles von ihm mitgeteilt worden. Es ist selbstverständlich, daß der Angeklagte versuchen wird, sich in das schönste Licht zu setzen und alles abzuleugnen. Denn jeder Angeklagte hat das Recht, zu leugnen und wieder zu leugnen und er wäre ungeschickt, wenn er die Stichhaltigkeit dieser Anklagen so ohne weiteres zugeben würde. Aber damit, daß man gerade diese Erhebungen durch den Baurat Keller und vielleicht noch durch einen Partieführer hat durchführen lassen, dadurch allein zeigt und beweist man schon, daß man diese Sache entweder nicht ernst nehmen will, daß man nicht gewillt ist, diese Mißstände abzustellen oder daß man die ganze Geschichte auf die leichte Schulter nimmt und nicht die Absicht hat, hier Wandel und Remedur zu schaffen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch folgendes sagen und einige Richtigstellungen zur Kenntnis des Herrn Landeshauptmannes bringen. Wenn der Herr Landeshauptmann uns im Berichte des Baurates Keller erklärt, daß in allererster Linie die Arbeiter „aus betriebstechnischen Rücksichten, und zwar wegen Betriebseinschränkung“ entlassen werden mußten, so ist es sonderbar, daß diese „betriebstechnischen Rücksichten“ gerade in dem Momente eintraten, wo die Arbeiter eine geschlossene Organisation hatten. Solange die Arbeiter wild herumgelaufen sind, war keine Rede davon. Erst als die Betriebsratswahl ausgeschrieben war, das konnte erst geschehen, nachdem die Einmütigkeit in der Ansicht der Arbeiter herbeigeführt worden war, erst dann wurde auf einmal erklärt: „Wir haben zu viel Arbeiter.“ Und recht sonderbarerweise waren gerade unter diesen Opfern auch die Betriebsratskandidaten. Wir glauben nicht, daß es wirklich eine „betriebstechnische“ Notwendigkeit war, diese Arbeiter zu entlassen, sondern haben die Überzeugung und das Gefühl, daß es nur eine Maßregelung der Arbeiter war und noch etwas anderes. Weiter heißt es in diesem Berichte: „Einige dieser Leute erschienen am Montag, den 26. September früh in trunkenem Zustande an der Baustelle, störten die Ruhe durch laute Schimpfworte und konnten erst durch herbeigerufene Gendarmerie zur Vernunft gebracht werden.“ Herr Landeshauptmann, ich glaube, es dürfte das gleiche sein, was ich hier habe. Auch ich habe mich erkundigt. Es ist selbstverständlich, daß wir auf solche Mitteilungen genau eingehen; und was hat sich dabei herausgestellt? Da war ein Arbeiter oben, der nicht einmal organisiert war, ein Arbeiter namens D. S. Dieser war gewalttätig und hat randaliert und dieser wurde nicht entlassen, sondern dieser Arbeiter hat schon früher abgerechnet. Wegen dieses Arbeiters wurde die Gendarmerie in Kenntnis gesetzt und wegen dieses Arbeiters, der ausgerechnet nicht organisiert ist und der sich betrunken gezeigt hat, hat man auch andere Arbeiter „entlassen“. Noch etwas anderes, das von Wesenheit ist. Hier heißt es weiter, „daß gefährliche

Drohungen und laute Schimpfsworte gegen den Partieführer und die Bauleitung ausgestoßen worden sind.“ Es mag sein, ich war nicht dabei, aber soviel ich Baurat Keller persönlich kenne, glaube ich, daß er bedeutend übertreibt, wenn er sagt, daß die Drohungen so gefährlich gewesen sind. Es ist festzustellen, daß die Arbeiter, die dort als die Verheßenden, gefährliche Drohungen Ausstoßenden, als diejenigen bezeichnet werden, die laute Schimpfsworte gebraucht haben, gar nicht die Arbeiter waren, die entlassen, die abgebaut, die infolge betriebstechnischer Einschränkung abgebaut worden sind, das waren andere Arbeiter, die früher schon, vor der Betriebsratswahl selbst abgerechnet hatten. Also diese Leute, die in Lohndifferenzen standen ohne organisiert zu sein, ohne bei der Betriebsratswahl teilgenommen zu haben, ohne entlassen und abgebaut worden zu sein, diese Arbeiter haben mit dem Partieführer Streit gehabt und die nimmt man nun als Zeugen, daß es notwendig war, die Betriebsräte und organisierten Arbeiter abzubauen, trotzdem diese Dinge in keinem Zusammenhange stehen.

Wenn weiter der Herr Landeshauptmann in seiner Interpellationsbeantwortung anführt, daß der Schwarz angeblich kein reicher Bauer sei, so meine ich wieder, nachdem er das jetzt erst erfahren hat, nicht in der Lage gewesen sein, das festzustellen, sondern Tatsache ist und wir haben schon aus den Worten des Herrn Landeshauptmannes Paul erfahren, daß er nur glaubt, daß es nicht der Schwarz ist, der reiche Bauer. (Dötkling: „Der ist 70 Jahre alt!“) Dann ist es halt sein Sohn. Schauen Sie, Herr Kollege Dötkling, tun wir nicht 3-Tüpfel reiten; auf was läuft denn die Sache hinaus? (Dötkling: „Das haben Sie nötig gehabt! Einen armen Schneider haben Sie genannt. Informieren Sie sich besser!“) Sie haben selbst zugegeben, wenn er ein Besitzersohn ist, dann hat er es nicht nötig, bei der Ennsregulierung zu arbeiten, weil zwanzigmal ärmere Teufel da sind, die dort Arbeit finden wollen. Da werden Sie nicht darüber hinwegkommen und darum dreht es sich, daß es eine Schandè ist, wenn man Besitzer und Besitzersöhne anstellt und arme Teufel auf die Straße wirft. Das ist eine Protektionswirtschaft, die wir nicht dulden können. Wir können infolgedessen mit der Beantwortung der Anfrage durch Herrn Landeshauptmann Paul in keiner Weise zufrieden sein, weil sie nur der Rechtfertigungsversuch des angeklagten Baurates Keller ist. Wir würden wünschen, daß Herr Landeshauptmann Paul auch die Betroffenen einvernimmt, nicht nur diejenigen, die die ganze Sauce dort angestellt haben. Daß man mit den Arbeitern redet, die entlassen worden sind, die zum Teil die Wohnsitze noch oben haben, sie fragt, wie die Betriebsratswahl vor sich gegangen ist. Und wenn Herr Landeshauptmann Paul in uns vermeint den Anschein erwecken zu können, daß die Sache vollkommen rechtmäßig vor sich gegangen ist und sich beruft auf das Urteil des Einigungsamtes in Leoben, so mag er formell recht besitzen, aber in Wirklichkeit nicht. Die Sache ist die, daß die Arbeiter und Betriebsräte leider noch nicht genügend Kenntnis hatten vom Betriebsratsgesetz und auch nicht von der Einspruchsmöglichkeit. Sie haben die Frist nicht gekannt und haben es infolgedessen ver-

absäumt, gegen diese vorgenommene „Wahl“ der Betriebsräte durch Baurat Keller und den Partieführer Motko rechtzeitig Einspruch zu erheben. Aus formellen Gründen hat Baurat Keller recht bekommen beim Einigungsamt. Wenn die Arbeiter die Frist nicht übersehen hätten, wenn sie früher zu uns gekommen wären, hätten wir sie aufmerksam gemacht auf die Einspruchsmöglichkeit. Dann hätte Baurat Keller nicht die Möglichkeit gehabt, sich mit so einem Papierzertifikat auszuweisen, weil er nicht nach dem Geseze vorgegangen ist. Für uns ist die Sache nicht erledigt, sondern wir werden weiter Sorge tragen, daß in Zukunft solche Dinge nicht vorkommen können und wir werden auch Sorge tragen, daß auch im Lande Steiermark bei der Ennsregulierung die Rechte und Ansprüche der Arbeiter genau so gewertet werden wie in allen anderen Betrieben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Thoma: Hohes Haus! Die Frage der Ennsregulierung hat den hohen Landtag ja schon durch eine Reihe von Jahren beschäftigt. Ich möchte hier mit Vergnügen feststellen, daß einvernehmlich in diesem hohen Hause alle jene Maßnahmen zum Beschluß gekommen sind, welche einen Fortschritt beinhaltet haben. Wer mit offenen Augen durch das Ennstal geht, kann mit Vergnügen feststellen, daß diese Arbeiten eine Verbesserung des Bodens und des Tales im Gefolge haben und wir hoffen, daß die Möglichkeit besteht, in absehbarer Zeit die 12.000 Hektar Boden, die dort oben zu kultivieren sind, in eine Kulturläche überzuführen. Daß das tatsächlich möglich ist, beweisen die heute schon ausscheinenden Erfolge. Ich habe die felsenfeste Überzeugung, daß auch der weiteren Durchführung der Ennsregulierungsarbeiten ein weiterer Erfolg beschieden sein wird. Was die weitere Frage der Wildbachverbauung betrifft, so möchte ich feststellen, daß das heurige Jahr durch seine Unwetterkatastrophen gezeigt hat, daß die Wildbachverbauung ein wichtiges Kapitel darstellt. Ich bin der Meinung und Überzeugung, daß wir nicht sofort an die Regulierungsarbeiten schreiten können, weil vielfach die Regulierungskosten den tatsächlichen Endersolg übersteigen werden. Dem Aufwand von Milliarden würde nicht jener Erfolg gegenüberzustellen sein, der die Summe auch annähernd nur erreichen könnte, welche für diesen Zweck aufgebracht werden muß. Wenn ich einen Wunsch äußern kann, so geht er dahin, daß die Wildbachverbauung sich auch mit den Aufgaben beschäftigen möge, die an eine Reparatur oder einen zeitweisen Schutz der einzelnen Gebiete denken, damit nicht, wie es vorgekommen ist, einzelne Besitzungen oder Teile von Gemeinden ständig in schwerer Gefahr leben und ihrer Ruhe beraubt sind. Ich habe von einem System gehört und es ist auch in unserem Lande angewendet worden, das meiner Auffassung nach richtig erscheint, das System nämlich, den Besitzern, wenn die Wildbachverbauung sich nicht rentieren sollte, ihr Risiko abzulösen und nur mit den nötigen Sicherheitsmaßnahmen vorzugehen, so daß weitgehende Aufwendungen nicht zur Durchführung gebracht werden müssen. Soviel zur Wildbachverbauung.

Nun möchte ich zur Angelegenheit Pruggern Stellung nehmen und gleich von Haus aus feststellen,

daß Herr Abg. Pfortner nicht ganz recht unterrichtet ist. Schwarz Franz ist der Sohn des Besitzers Schwarz in Pruggern, lebt jedoch seit Jahren mit seinem Vater auf Kriegsfuß, weil er von dem Hofe seines Vaters weggegangen ist und weil er die Wirtschaft nicht bekommen kann. Schon seit Jahren bringt er sich dadurch durch, daß er jede Arbeit aufgreift und überall bereit ist, mitanzugreifen. Sein früherer Dienstposten, bevor er zur Ennsregulierung gegangen ist, war bei einem Kaufmann in Oblarn, der in der Zwischenzeit gestorben ist. Das zur Steuer der Richtigkeit. Ich stelle fest, daß man dem braven Mann Unrecht tut, wenn man seine Bemühungen, Arbeit zu finden, nicht anerkennt. Was einen zweiten, namens Korweindl, anlangt, so stelle ich fest, daß er ein armer Schneider ist, der keine Beschäftigung in seinem Berufe findet und sich daher den Ennsregulierungsarbeiten zugewendet hat. Ein dritter, namens Franz Gruber, ist ein kleiner Häusler in Pruggern, den sein Besitz nicht ernähren kann und der ständig Arbeit übernehmen muß und daher bei der Ennsregulierung gearbeitet hat. Letzter Mann ist auch im Vorjahr bei einem Elektrizitätswerk beschäftigt gewesen, weil er dort in der Zeit, wo ihn der Betrieb nicht ernähren konnte, Arbeit gefunden hatte. Ich stelle das fest, weil ich es als unangenehm empfinden würde, wenn diesem Menschen, von dessen Arbeitswillen ich überzeugt bin, unrecht getan werden sollte. Ich glaube, um auf die wirtschaftliche Frage zurückzukommen, daß gerade der Pruggern-Durchstich, der in Arbeit ist, jedenfalls sehr gute Erfolge zeitigen wird, wie die Auswirkungen bereits gezeigt haben, eine Ergänzung dieser früher schon durchgeführten Arbeiten darstellt. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß in diesem Kapitel es möglich sein möge, im nächsten Voranschlag einen noch höheren Betrag einzustellen, weil die Hoffnung besteht, daß dadurch viel neues Land und Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden können. (Beifall beim Landbund.)

Präsident: Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Ich schreite zur Abstimmung, und zwar über Kapitel 4, Titel 2, mit den vorgetragenen Ziffern.

(Kapitel 4, Titel 2, wird angenommen.)

Wir kommen zu Kapitel 4, Titel 3, Berichterstatter ist Herr Abg. Dr. Minarik.

Berichterstatter **Dr. Minarik:** Hohes Haus! In Verhandlung steht Kapitel 4, Titel 3, Gewerbeförderung und Fremdenverkehr. Das Erfordernis ist nach dem vorliegenden Voranschlag 35.000 S, zugleich Abgang.

Durch die Beschlüsse des Finanzausschusses erhöht sich die Rubrik 1, „Besondere Gewerbeförderungsaktionen des Landes“, um 10.000 S, beträgt daher 25.000 S, während nach Rubrik 3 neu einzustellen wäre „Beitrag für gewerbliche Ausstellungszwecke 15.000 S“. Das Gesamterfordernis erhöht sich daher von 35.000 S auf 60.000 S, zugleich Abgang.

Die Zwecke des Kredites wurden bereits heute im Laufe der Generaldebatte gestreift, ich enthalte mich wegen der Kürze der Zeit jeder weiteren Erörterung, auch weil ich vermute, daß das zuständige Referat hierzu Stellung nehmen wird.

Der Finanzausschuß stellt weiter folgenden Resolutionsantrag der Abg. Dr. Illig und Genossen (liest):

„Die Landesregierung wird beauftragt, aus jener Summe, welche für besondere Gewerbeförderungsaktionen des Landes bereitgestellt wird, einen größeren Teil für Studienreisen von steirischen Gewerbetreibenden in das Ausland zu widmen. Hiemit erledigt sich der Antrag der Abg. Dr. Illig, Gafz und Genossen, E.-Zl. 107.“

Ich bitte um Annahme der Voranschlagsposten und des Resolutionsantrages.

Dr. Illig: Hohes Haus! Ich möchte zum Titel „Gewerbeförderung“ folgendes bemerken: Ich betrachte es als einen Erfolg der bürgerlichen Parteien (Rufe: „Sehr richtig!“) und als einen Erfolg Wallisch: „Illig!“) Wollen Sie von mir eine Anweisung auf ermäßigte Preise? ja, auch mein Erfolg ist es — (Gafz: „Ist besser als der Brucker Erfolg, Herr Wallisch!“) als einen Erfolg des Gewerbestandes im allgemeinen, daß unter dem Titel „Gewerbeförderung“ überhaupt eine Post im Budget aufscheint, wenn auch die Summe von 25.000 S für besondere Gewerbeförderungsaktionen des Landes im Verhältnisse zum Gesamtbudget gewiß eine unbedeutende, eine viel zu geringe Summe ist. Aber immerhin bedeutet sie einen Fortschritt, wenn man bedenkt, daß man früher auf dem Standpunkt gestanden ist, daß Gewerbeangelegenheiten lediglich Bundes Sache seien (Zwischenruf: Sie gehen auch ins Cafe“) und im übrigen man sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, der man das Kammergebäude überlassen hat, mit dem Gewerbeförderungs-Institute allein die Gewerbeangelegenheiten zu vertreten und Gewerbebelange zu fördern hat. Ich teile diesen Standpunkt nicht. Ich will es unterlassen, hier die großen Aufwendungen in anderen Kapiteln, der im Verhältnisse zum Gesamtbudget verschwindend kleinen Summe von 25.000 S für besondere Gewerbeförderungsaktionen gegenüberzustellen, ich möchte aber nochmals feststellen, daß sich das Land seiner Pflicht gegenüber dem Gewerbestande nicht einfach mit dem Hinweis entziehen kann, das Gewerbe sei Bundes Sache, wenn diesem Stande so außerordentliche Steuern aufgelastet werden, wie beispielsweise die Lohn- und Gehaltsabgabe, wenn diese auch von der Industrie und von der Landwirtschaft getragen wird. Sie trägt dem Lande und den Gemeinden eine Summe von über 10 Millionen Schilling ein. Dann die Landesverbrauchsabgabe auf Bier, die freilich von der Industrie zu zahlen ist, aber doch dem Gewerbestande, und zwar einer einzelnen Gewerbekategorie aufgewälzt wird. Wenn auch der Gastwirtestand diese Abgabe wieder überwälzen kann, so muß er eben den Bierpreis erhöhen, so, daß dadurch ein bedeutender Konsumrückgang und eine schwere Schädigung dieses Gewerbes herbeigeführt wird. Diese zwei Abgaben sind natürlich noch nicht alle, die als vom Gewerbestande zu tragenden Abgaben zu betrachten sind und an denen das Land partizipiert, aber es sind diejenigen, die besonders drückend erscheinen und die ich deshalb herausgegriffen habe. Schon von dem Gesichtspunkte aus, daß man dem Gewerbestande so hohe Abgaben aufgelastet hat, erscheint es

mir also selbstverständlich, daß die Gewerbeförderungsaktion zu einer ständigen Pflicht und Aufgabe des Landes gemacht wird. Bisher ist ja für diese Dinge nicht das geringste Geld zur Verfügung gestanden. Wenn der Gewerbestand aus eigenem irgendeine größere Aktion unternommen hat, eine Fachausstellung oder dergl., so stand ihm nicht der geringste Fonds zur Verfügung, um eine solche Aktion, die ja nicht nur im Interesse des Gewerbestandes, sondern im Interesse der Allgemeinheit liegt, zu subventionieren, ja es hat sich sogar der Fall ereignet, daß bei Auszeichnungen, die aus Anlaß einer solchen Ausstellung gewidmet wurden, die Kosten dieser Auszeichnungen, die Anschaffung der diesbezüglichen Diplome, von den Ausgezeichneten, beziehungsweise von den Veranstaltern dieser Ausstellung selbst bezahlt werden mußten, weil selbst dieser geringe Betrag von kaum 100 S nicht vorhanden war. Jetzt werden wir für solche Anlässe Mittel zur Verfügung haben, es wird gewissermaßen ein Dispositionsfonds für derartige Aktionen vorhanden sein und es wird, wie wir schon in einem Antrage vorgehen haben, auch die Möglichkeit vorhanden sein, den Gewerbetreibenden Studienreisen in das Ausland zu ermöglichen. Ich denke dabei besonders an den Besuch von Fachausstellungen, welche wir in Österreich nur in geringer Zahl haben, die aber im Deutschen Reiche und in der Schweiz in großer Zahl und in hervorragender Aufmachung veranstaltet werden, so daß die heimischen Gewerbetreibenden auf Grund der gemachten Erfahrungen dann in der Heimat die gewerblichen Betriebe moderner ausgestalten könnten.

Ich begrüße es auch, daß im Voranschlage weiters 15.000 S für gewerbliche Ausstellungszwecke eingestellt sind. Es ist diese Summe in erster Linie für die Ausstellungen reserviert, welche die Grazer Messe im Jahre 1928 aus Anlaß der 800-Jahrfeier der Stadt Graz zu veranstalten beabsichtigt. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß nicht nur anlässlich dieses Jubiläums die gewerblichen Ausstellungen vom Lande subventioniert werden, sondern daß die Förderung des gewerblichen Ausstellungswesens eine dauernde Einrichtung im Landeshaushalte werde. Für allgemeine Fremdenverkehrsaktionen sind 20.000 S in den Voranschlag eingestellt. Auch das ist sehr begrüßenswert, andererseits bedauere ich es aber doch, daß man den Betrag von 18.000 S als Beitrag für den Landesverband für Fremdenverkehr nicht mehr in den Voranschlag für 1928 eingestellt hat. Es wird uns zwar vom Gewerbereserat versichert, daß ein Fremdenverkehrsgesetz in Vorbereitung ist, durch welches der Landesverband für Fremdenverkehr in finanzieller Beziehung auf eine gesicherte Basis gestellt werden soll, aber andererseits hege ich die Befürchtung, daß bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes einerseits der Verband auf einer ziemlich schwankenden Basis stehen wird, andererseits kennen wir dieses Fremdenverkehrsgesetz noch nicht und man befürchtet, daß der Kreis derjenigen, welche zur Tragung der Kosten dieser Vertretung der Fremdenverkehrsinteressen herangezogen werden sollen, nicht richtig gezogen wird, daß dieser Kreis eben viel zu klein ist. Wie ich vom Gewerbereserate erfahren habe, hat man (was sehr erfreulich ist) nicht die Absicht, die Kosten für diese Ver-

tretung der Fremdenverkehrsinteressen lediglich dem Gastwirtestande aufzubürden, wie man es in anderen Ländern versucht hat, als ob dieser Stand der einzige Nutznießer des Fremdenverkehrs wäre. Aber selbst wenn man die Handelskammer zur Zahlung der Kosten heranzieht, ist es noch keine gerechte Aufteilung, weil die Gesamtheit jener Kreise, welche durch die Kammer vertreten werden, nicht alle jene sind, die in hervorragendem Maße am Fremdenverkehr interessiert sind. Es erscheint nach wie vor gerechtfertigt, daß die Kosten für diese Fremdenverkehrsförderung in das Landesbudget eingestellt werden, weil dann die Gesamtheit aller Steuerzahler, die Gesamtheit aller jener zur Tragung dieser Kosten herangezogen wird, die vom Fremdenverkehr direkt und indirekt Nutzen ziehen.

Es ist in der Debatte im Finanzausschusse über den Landesverband für Fremdenverkehr von sozialdemokratischer Seite behauptet worden, dieser Landesverband schlafe und entfalte keine Tätigkeit. Nun, ich bin nicht Vertreter des Landesverbandes für Fremdenverkehr (Wolf: „Gast- und Kaffeehausgewerbe!“) und nicht einmal im Ausschusse desselben (Wolf: „Wird schon werden!“), aber ich habe doch so viel Einblick in die Tätigkeit desselben, daß ich mit ruhigem Gewissen sagen kann, er entfaltet seinem Umfange nach eine sehr erspriehliche Tätigkeit, die leider nur dadurch behindert ist, daß die Subventionen der öffentlichen Körperschaften nicht in jenem reichen Maße einfließen, wie es wünschenswert oder notwendig wäre, und andererseits ist es klar, daß die Auswirkungen der Tätigkeit des Landesverbandes sich hier in Graz und in Steiermark nicht so zeigen können. Denn naturgemäß muß sich die Tätigkeit des Fremdenverkehrsverbandes im Auslande, in anderen Ländern auswirken, wohin er sein Material versendet. Daher also ist die Tätigkeit des Landesverbandes an seinem Sitze nicht so sichtbar, weil er sie naturgemäß an anderen Orten entfalten muß.

Im Zusammenhange mit dieser Kritik über den Landesverband für Fremdenverkehr ist auch am Genossenschaftswesen im allgemeinen von sozialdemokratischer Seite Kritik geübt worden. Daß das Genossenschaftswesen den Sozialdemokraten nicht sympathisch ist, erscheint mir sehr begründlich. Die Gewerbe-Genossenschaften, die Gewerbeverbände, welche auf Grund der Gewerbeordnung errichtet sind und auch die freien Gewerbeverbände befinden sich durchaus in bürgerlichen Händen und die Versuche der Sozialdemokraten, auch hier einzudringen, haben sich bisher als unfruchtbar erwiesen. Natürlich ist es nicht so einfach, in diesen gesetzlichen Zwangs-Genossenschaften eine agitatorische Tätigkeit zu entfalten. Wir sind froh, daß wir diese Genossenschaften haben, und wir werden dieses Genossenschaftswesen und Verbandswesen im Gewerbe bestimmt weiter ausbauen. Es ist auch behauptet worden, daß diese Gewerbe-Genossenschaften und Verbände eine ganz unfruchtbare und unnütze Tätigkeit entfalten, sie beschränkten sich lediglich darauf, die Befugnisse der einzelnen Gewerbe-Genossenschaften ängstlich gegeneinander abzugrenzen, der Feinpulver schau, ob nicht der Wäscher seine Befugnisse ausübe und umgekehrt, die Kaffeehändler und Gastwirte lägen sich in den Haaren u. dgl.

mehr. Ich möchte feststellen, daß das gänzlich unrichtig ist. Es werden naturgemäß solche Kompetenzabgrenzungen den Gegenstand von Streitigkeiten, von Auseinandersetzungen bilden, aber im großen ganzen entfalten die Genossenschaften und Verbände eine außerordentliche erspriessliche Tätigkeit. Ich möchte darauf hinweisen, daß viele Genossenschaften Krankenkassen gebildet haben, welche äußerst erspriesslich Jahrzehnte hindurch gearbeitet haben, daß sie sich mit der Heranbildung im Gewerbe befassen, daß sie dem Lehrlingswesen Beachtung schenken, wenn auch gerade an der genossenschaftlichen Tätigkeit im Lehrlingswesen von den Sozialdemokraten immer starke Kritik geübt wird. Den Lehrlingen ist es immer gut gegangen, solange das alte patriarchalische Verhältnis bestanden hat, wo der Lehrling als ein Mitglied der Familie betrachtet und (Widerpruch der Sozialdemokraten. — Pfortner: „Patriarchalische Verhältnisse in Gestalt von Ohrfeigen!“) behandelt wurde. Jetzt ist in dieses patriarchalische Verhältnis zwischen Meister und Lehrling der Keil hineingetrieben worden. Jetzt wird der Lehrling aufgeheßt, daß er zum Gewerbegericht läuft. (Gaf: „Im Gymnasium heßen Sie auch schon die Schüler gegen ihre Lehrer und Eltern auf. Es werden noch Ihre eigenen Wähler Ihnen die Sessel vor die Tür stellen!“ — Wolf: „Gaf und Illig: Pat und Patathon!“) Die Genossenschaften schenken der Ausbildung im eigenen Gewerbe eine besondere Beachtung, haben verschiedene Fachausstellungen veranstaltet, haben einen neuen Typ von Ausstellungen eingeführt und sind bestrebt, das Ständebewußtsein zu heben, das Können zu heben, sie sind bestrebt, das Gewerbe und auch das österreichische Kunstgewerbe, welches einen weltbekannten Namen hat, auf eine noch höhere Stufe zu bringen und Österreich berühmt zu machen. Ich möchte nochmals feststellen: Wir sind froh, daß wir Gewerbe-genossenschaften haben. Wir werden bestrebt sein, sie auszubauen und zu festigen.

Die Herren Abg. Gföller und Leichin haben schon anlässlich der Generaldebatte sich ganz besonders mit dem Gewerbe befaßt und haben den bürgerlichen Parteien den Vorwurf gemacht, daß die Gewerbe-förderung, welche wir vom Lande betreiben wollen, lediglich eine Geste sei, daß das Demagogie sei, daß wir uns an den Handelsminister Schürff wenden sollen und daß dort die Adresse wäre, Gewerbe-förderung zu verlangen. Es wundert mich, daß gerade die sozialdemokratische Partei behauptet, wir betreiben Gewerbe-förderung als Demagogie. Sie, besonders einige Herren von Ihnen, spielen sich als Förderer und Retter des Gewerbes auf, obwohl gerade Sie den meisten Anlaß hätten, diesbezüglich Stillschweigen zu bewahren. Ich stelle fest, daß die sozialdemokratische Partei sich gar nie um das Gewerbe gekümmert hat und daß Sie erst in der allerletzten Zeit (Wallisch: „Siehe Gemeinde Wien!“), als Sie glaubten, die auf die 51 Prozent fehlenden Wähler gewinnen zu können, angefangen haben, beim Gewerbe Propaganda zu machen, jetzt erst hat der Breikner damit angefangen, derselbe Breikner, der einmal bei einer Budgetdebatte gesagt hat: „Die Zeiten sind vorbei, wo der Unternehmer noch Rücklagen machen konnte“

(Wallisch: „Ist ja nicht wahr!“), in Wien alle möglichen Fachvereine zu gründen. In zweierlei Weise üben Sie dort in Wien einen Druck auf die Gewerbe-treibenden aus. Erstens drohen Sie jenen, die in reinen Arbeiterbezirken ihre Geschäfte führen, mit dem Entzug der Kundschaft. Zweitens werden die Gewerbe-treibenden ins Rathaus geladen und ihnen eröffnet, eine Erleichterung des unerhörten Steuerdruckes sei nur zu erwarten, wenn die Gewerbe-treibenden sich in roten Fachvereinen organisieren. Auf diese Weise ist es gelungen, in Wien ein Häuflein von einigen hundert Abtrünnigen zusammenzubringen. Sie möchten dieses System in den Bundesländern auch einführen. (Wallisch: „Sind schon Tausende, über 10.000!“) Wie die Gewerbebefreiendlichkeit in Wirklichkeit aussieht, dafür kann ich Ihnen einige Beispiele anführen: In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 1. August 1924 ist zu lesen (liest): „Wir müssen die Besitzenden, das heißt die Gewerbe-treibenden, so mit Steuern und Abgaben belasten, daß ihre Betriebe erträgnislos werden, daß sie ihren Besitz — Häuser, Geschäfte, Fabriken, Bauernwirtschaften — um ein Spottgeld hergeben müssen.“ Der Stadtrat Richter, Ihr Parteigenosse, hat einmal gesagt (liest): „Wir Sozialdemokraten sind nicht dazu da, kleinen gewerblichen Betrieben die Existenz zu ermöglichen. Im Gegenteil, wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Zwergbetriebe zu verschwinden haben.“ Ihr Parteigenosse Bürgermeister Reumann hat erklärt (liest): „Ich bin nicht dazu da, die Interessen der Gewerbe-treibenden zu vertreten.“ Den Auspruch des Stadtrates Breikner anlässlich der Budgetdebatte 1925 habe ich schon zitiert: „Die Zeiten sind vorbei, wo der Unternehmer noch Rücklagen machen konnte.“ (Riemer: Ah, das ist ja schön!“ — Oberzaucher: „Zenobius!“) Das ist das wahre Gesicht der sozialdemokratischen Partei. Ihr Programm sagt ja schon, daß Sie diesen Mittelstand ausrotten wollen, Sie wollen in den Konsumvereinen alles zusammenfassen. Die Kleingewerbe-treibenden sollen den Schotter auf diesem Wege zur Sozialisierung bilden. (Machold: „Was ist es mit den christlichsozialen Konsumvereinen?“) Ich bin auch ein Gegner unserer eigenen Konsumvereine. (Leichin: „Und die landwirtschaftlichen Genossenschaften?“) Besonders deutlich hat das Ihre Parteigenossin Freundlich ausgesprochen. (Leichin: „Das ist ein alter Dreh!“) Wer ist nicht älter, wie die Sachen, die Sie vorbringen!

Nationalrätin Freundlich hat wörtlich gesagt (liest): „Unser Ziel ist, jede privatwirtschaftliche Einrichtung abzuschaffen.“ (Leichin: „Sehr richtig!“) Wir wollen keinen privaten Handel, keine private Industrie, keinen persönlichen Besitz. Wir können nicht für private Unternehmen, wenn sie auch Unternehmungen und Geschäfte von Parteigenossen sind, irgend eine Propaganda entfalten. Es kommt vor, daß arbeitslose Parteigenossen irgend einen Betrieb aufmachen, weil sie keine Beschäftigung finden. Es wäre verfehlt, wenn man sagen würde, die Lokalorganisation solle nun Propaganda unter ihren Mitgliedern machen, damit sie bei diesen Genossen einkaufen. Noch verfehelter natürlich wäre es, wenn man solche Pro-

paganda für irgend ein privates Unternehmen machen würde. Propaganda können wir nur für jene Betriebe entfalten, die keinem Einzelnen, sondern der Allgemeinheit, die der Arbeiterklasse selbst angehören. (Riemer: „Was ist Allgemeinheit?“) Heute mag es wohl dem Einzelnen erscheinen, daß er wenig davon habe, ob sein Freund, der vielleicht ein guter Parteigenosse ist, bei dem Verkauf verdient oder der Konsumverein. Als Sozialdemokrat muß er aber verstehen, daß es für sein letztes Ziel einen sehr großen Unterschied bedeutet, ob die Produktionsmittel, und seien es die kleinsten, den Privat- und Geschäftsleuten bleiben, oder ob sie gesellschaftliches Eigentum werden. Die Organisation kann ihren Propagandaapparat nur in den Dienst der Organisation stellen, niemals in den Dienst von privaten Interessen.“

Hohes Haus! So schaut die Gewerbevertretung der Sozialdemokraten in Wirklichkeit aus. Auch im hohen Hause haben wir schon gesehen, wie ernst es Ihnen ist. (Leichin: „Sie scheinen Angst zu haben vor uns!“) Auf der einen Seite hat Abg. Gföllner behauptet, die Gewerbebeförderung, die wir betreiben, sei nur eine Geste, auf der anderen Seite hat er sich darüber aufgeregt, daß wir die Herbergsabgabe, die längst in die Versenkung gehört (Wolf: „Das bestreiten wir ja!“), um 1 Prozent herabmindern. Diese Herabminderung war ihm schon zu viel und er

hat die Stirn gehabt zu sagen, daß wir den Fremdenverkehr durch 1 Prozent Abbau geradezu schädigen. (Gaf: „Hört!“ — Riemer: „Weil sonst die Gewerbetreibenden langsam zugrunde gehen!“) Ich bin der Ansicht, daß nicht nur der Bund, sondern auch das Land Fremdenverkehrsförderung und Gewerbebeförderung zu betreiben hat. Ich begrüße es, daß heuer der erste Schritt gemacht wurde mit der Einsetzung der bezüglichen Posten in das Budget. Ich gebe zum Schlusse meiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß diese Post von 60.000 S nur der erste Schritt (Gaf: „Nur Vorposten sind!“) zu einer großzügigen Gewerbebeförderungsaktion des Landes Steiermark sein wird. (Beifall bei der Einheitsliste.)

Präsident: Über Beschluß der Obmännerkonferenz gebe ich bekannt, daß um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr Schluß der Sitzung ist.

Präsident verkündet den eingebrachten Antrag (siehe Inhaltsverzeichnis).

Die nächste Sitzung des hohen Hauses findet morgen um 9 Uhr vormittags statt.

(**Präsident** verkündet die Tagesordnung und eine Sitzung des Finanzausschusses.)

Der nächste Redner morgen in der Wechselrede ist Abg. Dr. Sernek.

(Schluß der Sitzung um 19 Uhr 35 Minuten.)